Nr. 260. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Parteiverhältnisse in Holland.

R.-H. Der Parteitag zu Utrecht hat, wie vorauszusehen war, den Frieden und die Eintracht in der holländischen Sozialdemokratie nicht wieder hergestellt. Im Gegenteil: es ist seitdem ein schärferer Gegensatz der „zwei Richtungen" zu konstatieren, und wahrscheinlich werden sich später innerhalb der Partei zwei Gruppen, eine marxistische und eine revisionistische, herausbilden, deren Kristallisierung mit dem Utrechter Parteitag beginnen dürfte.

Leider aber vollzieht sich diese unvermeidliche Klärung und Gruppierung nicht auf dem normalen Wege der freien Diskussion. Die Ursache davon liegt in der Utrechter Resolution, die der marxistischen Richtung die freie Meinungsäußerung beschneidet, indem sie auch die sachliche Kritik, sobald diese die Gesinnungen und Taten anderer Genossen als revisionistisch oder reformistisch bezeichnet, für unzulässig erklärt. In dieser Resolution besitzt die Mehrheit*) der Partei eine der Minderheit und ihren Wortführern stets drohende Waffe, sie kann damit deren Auffassung, deren Kritik an nationalen und internationalen Ereignissen jederzeit abfertigen — das ist sogar bereits einige Male geschehen.

Die Utrechter Resolution hat aber noch andere unvermeidliche Folgen gehabt. Die von ihr am unmittelbarsten betroffenen Genossen, die drei Redakteure des Monatsblattes „Nieuwe Tijd",**) erklärten nach dem Parteitag, ihre Parteitätigkeit nicht in der bisherigen Weise fortsetzen zu können. Zwar waren sie nach wie vor bereit, sich an der internen Parteiarbeit zu beteiligen; die Partei aber öffentlich zu vertreten, an deren Leitung im Vorstand und in der Presse teilzunehmen, sowie sich bei Wahlen als Kandidaten aufstellen zu lassen, schien ihnen nicht länger möglich. Zur Motivierung ihrer Haltung führten sie an: 1. daß sie in der Debatte auf dem Parteitage von den Wortführern der Mehrheit als „Parteiverderber" hingestellt worden wären und der Parteitag dies Urteil durch seine Abstimmung bestätigt hätte. Wie könnten die Genossen da noch von ihnen erwarten, daß sie sich wie bisher an der Parteileitung beteiligten? 2. daß die Utrechter Resolution, die faktisch die Freiheit der Kritik in der Partei aufhebe, die Kraft der Marxisten in der öffentlichen Diskussion mit politischen Gegnern schwächte, da diese ihnen jederzeit entgegnen könnten: „Die marxistischen Grundsätze, die Ihr mit solchem Nachdruck verteidigt, sind Eure persönliche Angelegenheit, Ihr dürft sie nicht einmal verteidigen gegen eine andere Richtung in der eigenen Partei."

Dem Beispiel der „Nieuwe Tijd"-Redakteure folgten einige andere Genossen, die an der Provinzpresse oder sonst führende Stellen einnahmen. Als Kandidaten für die Parteileitung zogen sich alle marxistisch gesinnten Genossen zurück. Der neue Vorstand und die Redaktion des Zentralorgans „Het Volk" sprachen sich sehr mißbilligend über diese Haltung der Marxisten aus. Aber nicht nur bei den offiziellen Parteiinstanzen fand dieser Rücktritt Widerspruch. Die übergroße Mehrheit der Partei stimmte der Parteileitung in diesem Punkte zu: sie sieht im Entschluß dieser Genossen nur ein tadelnswertes „Schmollen" von Leuten, die aufgebracht seien über eine ihnen von der Partei erteilte Rüge. In der Tat lassen sich gegen diesen Beschluß auch manche Bedenken geltend machen. So dürfte es in der Praxis manchmal schwer, ja unmöglich sein, darüber zu entscheiden, welche Parteitätigkeit in die selbstgezogenen Grenzen fällt und welche nicht. Und da über die moralische Berechtigung einer Handlung der augenblickliche Erfolg entscheidet, ist der Entschluß dieser Genossen gewiß ein Fehler zu nennen, denn jener Beschluß konnte von der Partei in ihrer jetzigen Stimmung nicht verstanden werden, und so hat die Handlung dieser Genossen ihnen für jetzt nicht genützt, sondern geschadet. Dessen sind sie sich freilich genau bewußt, sie empfinden die ganze Schwierigkeit ihrer Lage, die Unmöglichkeit, in dieser Zwischenstellung lange zu verharren. Dennoch aber sind sie nach wie vor überzeugt, richtig gehandelt zu haben. Sie glauben noch immer, daß aus einer schweigenden Unterwerfung unter die Utrechter Resolution der Partei weit größerer Schaden erwachsen wäre, als aus ihrer jetzigen Haltung. Sie glauben sich und der Partei gegenüber verpflichtet zu sein, durch die Feststellung einer neuen allgemeinen Richtschnur ihres Handelns nach dem letzten Parteitag allen Genossen die Bedeutung und die Konsequenzen der Utrechter Resolution klar vor Augen zu führen, ihnen darzutun, wie die Partei durch diesen ernsten Schritt, die Freiheit der Meinungsäußerung und Kritik zu beschränken — und zwar jene Kritik, die immer einer rücksichtslosen scharfen Auffassung des Klassenkampfes das Wort redete — die Kraft eines Teiles ihrer Vertreter und Wortführer dem Feind gegenüber und damit ihre eigene Kraft schwächt. Es erscheint ihnen das als das einzige Mittel, die Partei über die von ihr geübte undemokratische und ungerechte Handlung zur Selbstbesinnung zu bringen — und damit dazu, ihre Vergehen in der einen oder anderen Form zu rektifizieren.

Neben diesem unerfreulichen Resultat hat der Utrechter Parteitag jedoch auch erfreulichere Erfolge gezeitigt. Er erweckte, vielleicht zum erstenmal, in weiteren Parteikreisen das Interesse für die „zwei Richtungen" in der internationalen Sozialdemokratie, und das Bedürfnis, etwas mehr darüber zu erfahren. Erörterungen über Marxismus und „Revisionismus" werden im kommenden Winter ein häufigeres Thema von Bildungskursen, Vorträgen usw. sein, wie je zuvor. Dieselben Lokalvereine, deren Delegierte auf dem letzten Parteitage gegen die „dogmatischen Marxisten" stimmten und deren Kritik am Revisionismus für unzulässig erklärten, fordern jetzt diese Marxisten auf, zu ihnen zu kommen und — manchmal in öffentlicher Diskussion gegen revisionistisch gesinnte Genossen — die marxistische Auffassung des Klassenkampfes klarzulegen. So werden die Marxisten, von Partei wegen dazu aufgefordert, das tun, was ihnen von Partei wegen untersagt wurde: den Unterschied zwischen der marxistischen und revisionistischen Auffassung des Klassenkampfes, des Parlamentarismus usw. auseinanderzusetzen. Daß sie die ihnen gebotene Gelegenheit gern annehmen, versteht sich von selbst. Als weiteres Beispiel, wie das Interesse an Erörterungen über die Grundsätze der Sozialdemokratie unter unseren Genossen im Zunehmen begriffen ist, erwähnen wir die Tatsache, daß eine jüngst von dem Genossen Pannekoek verfaßte Broschüre „Theorie und Grundsätze in der Arbeiterbewegung" in wenigen Wochen vollständig vergriffen war.

*) Man vergleiche den Artikel vom Gen. van der Goes in der „Neuen Zeit", Jahrg. 24, Bd. II, S. 254.

**) Ebenso unmittelbar betroffen war Genosse A. Pannekoek, er nahm aber von jeher nur wenig an der praktischen Parteiarbeit teil.

Die russische Revolution.

Die bevorstehenden Dumawahlen.

Petersburg, 3. November.

Endlich ist die Regierung mit ihrem Geheimnis herausgerückt: Die Wahlen zur neuen Duma sollen in der zweiten Hälfte des Dezember stattfinden. Man nahm allgemein an, daß die Wahlen erst im Januar ausgeschrieben werden würden, nun scheinen sich aber in letzter Stunde noch Einflüsse geltend gemacht zu haben, die ein weiteres Aufschieben der Wahlen als nicht ratsam erscheinen ließen. Welcher Art diese gewesen sein mögen, diese Frage beschäftigt heute auch die Presse, und da wird denn bekannt, daß selbst im Ministerrat noch bis zur letzten Stunde Meinungsverschiedenheit darüber geherrscht habe, ob man nicht versuchen sollte, überhaupt ohne eine Duma auszukommen!! Wenigstens sollte noch eine gewisse Zeit für die Vorbereitung und Bearbeitung der Wähler im Sinne der Regierungspolitik gewonnen werden. In dieser Hinsicht will man nun aber, wie es scheint, sich nicht allzu großen Hoffnungen hingeben, und da die Reise Iswolskis nach Paris gelehrt hat, daß auf größere Anleihen bei den bestehenden Verhältnissen kaum zu hoffen ist und die Ausweise der Reichsbank ein immer jämmerlicheres Gesicht zeigen, so geht die allgemeine Auffassung dahin, daß das Kabinett keineswegs in der Zuversicht gehandelt habe, nunmehr eine reaktionäre Duma zu bekommen, sondern allein unter dem Zwange des schreienden Geldbedürfnisses, das ja auch Herrn Iswolski in Paris die Versicherung abgedrungen haben soll, daß die Regierung nicht an eine Wiederkehr zum Absolutismus denke.

Nun sind gewiß die Versicherungen der russischen Regierungsmänner alles eher denn ehrliche Münze, aber die graue Wirklichkeit erinnert sie tagtäglich daran, wie trügerisch ihre Hoffnungen sind, mit der Revolution fertig zu werden. Eine Regierung, die die grausamste Bestialität zum Prinzip erhebt, ist ja von vornherein verloren. Diese Lehre ist so alt wie die menschliche Geschichte. Auch Stolypin mußte schließlich von der Erfolglosigkeit seiner Brutalitätspolitik wenigstens eine dämmernde Ahnung bekommen. Es ist freilich eine andere Frage, ob er oder seine Hintermänner sich dessen bewußt werden, daß die Politik der scheußlichen Repressalien, der täglichen und stündlichen Massenmorde sich auch nicht mit dem Schatten einer Duma vereinigen läßt. —

Daß die Regierung für ihre bisherige Politik in der Duma Unterstützung finden könnte, ist nach dem allgemeinen Urteil vollständig ausgeschlossen. Nun ist aber nach all den Erfahrungen der letzten Jahre sicher anzunehmen, daß die Regierung sich weiter sträuben wird, selbst nur einen Teil ihrer Machtvollkommenheit zu opfern; sie wird — wie bei der ersten Duma — mit ihren Verfolgungen und Morden nicht aufhören; unter diesen Verhältnissen wird der Kampf der Duma gegen die Regierung mit dem ersten Tage ihres Bestehens unvermeidlich sein, und zwar ein Kampf, nicht weniger scharf, als es der Kampf der ersten Duma war.

Daß die Regierung sich zum hartnäckigen Widerstande rüstet, geht aus den Vorbereitungen, die sie unternimmt, klar hervor. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß verschiedene Teile der besitzenden Klassen gegenwärtig weiter rechts stehen als im vorigen Jahre und bei den ersten Dumawahlen, doch zu einem organisierten Vorgehen werden sie kaum kommen. Daß ein Block zwischen dem reaktionären „Verband des 17. Oktober", der sterilen „Vereinigung für Handel und Industrie", der konfusen „Partei der friedlichen Erneuerung", der Junkerfippe des „polnischen Kolo" und den baltischen Bluthunden zustande kommen wird, darüber kann nach den heutigen Zeitungsmeldungen kein Zweifel sein. Ob aber dieser Mischmasch es zu irgend welchen ansehnlichen Wahlerfolgen bringt, das ist sehr fraglich. Die „Partei der friedlichen Erneuerung" und die „Vereinigung für Handel und Industrie" z. B. sind eigentlich nur kleine Zirkel in der Residenz ohne jeden größeren Anhang, und nicht viel besser steht es mit der „Partei des 17. Oktober". Nach wie vor bilden also unter den bürgerlichen Parteien die Hauptmacht die Kadetten, wenn auch ihr Einfluß in der letzten Zeit stark gelitten hat.

Wie bekannt, sind die Arbeiterparteien diesmal geneigt, an den Wahlen teilzunehmen, das Ministerium hat sich aber beeilt, das Wahlrecht der Arbeiter fast vollständig zu vernichten, so daß unter diesem neu hinzugetretenen Umstande wieder Stimmen laut werden, auch diese Dumawahlen zu boykottieren! So liegen z. B. die Dinge in Polen. Durch die Senatsinterpretation des Wahlgesetzes vom 11. Dezember, die juristisch und politisch ein krasser Gewaltakt ist und darin besteht, daß das Wahlrecht der Arbeiter nur auf die Arbeiterkurie beschränkt wird und die Arbeiter nicht mehr befugt sind, auch bei den allgemeinen Wahlen auf Grund ihres Wohnungszensus (wie es das Gesetz bestimmt und wie es auch bei den ersten Dumawahlen der Fall war) teilzunehmen, wird z. B. in Warschau jeder der drei Wahlmänner der Arbeiterkurie 12 000 Wähler vertreten, wogegen ein jeder der übrigen 77 Wahlmänner bloß 2000 Wähler vertritt! Daß unter solchen Verhältnissen die Teilnahme der proletarischen Massen keine gravierende Wirkung für den Ausfall der Wahlen haben kann, ist klar. Nach wie vor wird daher bei den Wahlen das Hauptgewicht auf die Agitation und die Durchdringung der politischen Atmosphäre zu legen sein.

Im ganzen und großen wird die Zusammensetzung der zweiten Duma kein wesentlich anderes Bild zeigen als die der ersten, und da man jetzt mehr Erfahrungen in der Organisation der außerparlamentarischen Stützpunkte für die Duma hat, als das bei der ersten der Fall war, so ist nicht einzusehen, warum die sogenannte Regierung mit der zweiten Duma besser fahren sollte als mit der ersten. Unter der Fahne der Feldkriegsgerichte lassen sich nun einmal weder moralische noch politische Erfolge erringen. —

Sozialdemokratie und Wahlkampagne.

Für die Leitung und Vereinheitlichung der Wahlkampagne wird von der russischen sozialdemokratischen Partei eine zentrale Wahlkommission organisiert. Ihre Zusammensetzung ist die folgende: 1. Das Zentralkomitee der Partei (7 Mitglieder des Zentralkomitees sind verpflichtet, ständig an den Arbeiten der Wahlkommission teilzunehmen). 2. Experten (kundige Personen, Juristen, erfahrene Politiker und dergleichen), die von dem Zentralkomitee ernannt oder von der Wahlkommission (unter Bestätigung durch das Zentralkomitee) eingeladen werden. 3. Den Gebietsorganisationen der Partei wird das Recht gegeben, je einen Vertreter von jedem Gebiet in die Wahlkommission zu entsenden. 4. Es wird prinzipiell als wünschenswert anerkannt, daß die gewerkschaftlichen Verbände in der Wahlkommission auch vertreten sein sollen.

Außer der Errichtung dieser zentralen Wahlkommission empfiehlt das Zentralkomitee den Lokalorganisationen sofort örtliche Kommissionen in jedem Wahlkreise zu bilden. Da die in den Städten bestehenden Einteilungen der Städte in „Rayons" der Partei mit den Wahlkreisen häufig nicht zusammentreffen, so empfiehlt das Zentralkomitee, die Wahlkreiskommissionen nicht nach Rayons, sondern nach Wahlkreisen zu bilden. Die nächste Aufgabe der Wahlkreiskommissionen ist: Registrierung der Wahlberechtigten und Anspornung derselben, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Der „Bund" und die Wahlen.

Der jüdische Arbeiterbund hat beschlossen, daß die Parteimitglieder den Verdienst eines Arbeitstages an die Parteileitung abgeben sollen, um daraus einen Wahlfonds zu gründen. Der Bund errichtet für die Wahlkampagne spezielle Organisationen sowie auch besondere juridische Institutionen. Das Zentralkomitee des Bundes empfiehlt, bei den Parteiorganisationen Wahlbureaus zu bilden, in welche die mit dem Bunde sympathisierenden Bevölkerungselemente eintreten sollen. Es wird insbesondere empfohlen, Juristen zu den Wahlbureaus heranzuziehen, damit sie bei den Wahlen juridische Beihülfe leisten.

Geldklemme.

Petersburg, 3. November.

Wie sehr die Regierung in der Geldklemme sitzt, beweist die bekannt gewordene Tatsache, daß im Dezember noch einmal eine innere Anleihe von 200—300 Millionen versucht werden soll. Die schlimmen Erfahrungen mit dem Pump im Inland haben die Regierung davon abgebracht, die Anleihe durch eine öffentliche Ausschreibung an den Mann zu bringen; man wird vielmehr nach der alten Methode die Titel allmählich den Kronsparkassen zufließen lassen. Dieses Institut ist schon bereits jetzt mit lombardierten Renten überlastet, und ihr Status dürfte selbst nicht den minimalsten Anforderungen an eine gesunde Bankpolitik entsprechen. Was schert sich aber die Regierung darum! „Oko" meldet heute, daß die Hofsphären sehr große Hoffnung auf die finanzielle Willfährigkeit der nächsten Duma setzen; denn Gutschkow und Konsorten hätten ihnen eingeflüstert, daß die Wahlen unbedingt einen Sieg der reaktionären Gruppen bringen werden. Man hoffe dort aber, auch eine auswärtige Anleihe ebenfalls noch vor dem Zusammentritt der Duma unters Dach zu bekommen. Jetzt werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diese zustande zu bringen, worauf auch die aufsteigende Tendenz auf der Petersburger und Moskauer Börse hinweist. Für die Finanzkreise, so melden sämtliche Blätter heute, sei es aber kein Geheimnis, daß es sich um eine künstliche Schraubung durch die Pariser und Berliner Spekulation handelt, um die russischen Papiere an den russischen Markt abzustoßen. Man werde sich hier jedoch hüten, auf den Leim zu gehen und man werde keine Käufe ausführen.

Vom „ordnungsmäßigen" Verlauf der Aushebungen.

Die offiziellen und offiziösen russischen Nachrichtenbureaus, vor allem aber solche, die ihre Nachrichten speziell für das Ausland zu frisieren haben, wußten bisher über die jetzt in Rußland stattfindenden Aushebungen lediglich „beruhigende" Nachrichten zu bringen. Es schien also, daß sowohl der Wiborger Aufruf als auch die sonstigen Vorbereitungen der extremen russischen Parteien absolut keine Wirkung auf die großen Massen in Rußland auszuüben in der Lage waren, beziehungsweise daß die praktischen Resultate all dieser Kundgebungen gleich Null sind. Indessen laufen jetzt aus verschiedenen Teilen Rußlands Nachrichten ein, die den Beweis liefern, daß die jetzigen Aushebungen in Rußland einen ganz eigenartigen Verlauf nehmen und der russischen Behörde große Sorgen bereiten. So z. B. in Saratow. Die Aushebungskommission trat da vor wenigen Tagen würdevoll in den von 580 Rekruten gefüllten Saal, und im nächsten Augenblick erscholl aus allen Kehlen die Arbeitermarseillaise; sie wurde so laut und so lange gesungen, bis die Kommission sich entfernte. Als die Kommission wiederkam, stimmten die Rekruten einen Trauermarsch an. Die darauf folgenden Auseinandersetzungen zwischen der Kommission und den Demonstranten, das Erscheinen der Kosaken auf der Bildfläche und die „Wiederherstellung der Ordnung" sind natürlich nicht gerade harmlos verlaufen, wenngleich auch keine Toten an Ort und Stelle blieben.

In vielen Fällen hat die Behörde dafür gesorgt, daß den „Ausschreitungen" der Rekruten durch ein „abgekürztes Verfahren" bei der Aushebung vorgebeugt werden konnte, wobei man in vielen Fällen zu Verhaftungen und „exemplarischen" Bestrafungen auf administrativem Wege griff. In einzelnen Fällen gingen die Aushebungen zwar ruhig vor sich, aber die Behörde mußte sich schon sehr bald davon überzeugen, daß es nur die Stille vor dem Sturm ist, da sich unter den Rekruten eine große Anzahl revolutionärer Agitatoren befindet.

Die „ordnungsmäßig" verlaufenen diesjährigen Aushebungen in Rußland werden schon in kurzer Zeit noch sehr wundersame Blüten treiben. —

Provokateurschüsse.

Ein Eskadronchef des Krimer Dragonerregiments hat die Vorgesetzten gebeten, dafür zu sorgen, daß die Soldaten gegen polizeiliche Provokateure geschützt werden. Es wurden nämlich vor kurzem drei Dragoner in Sewastopol von einem Unbekannten beschossen, der sie aber nicht traf. Der Unbekannte wurde verhaftet; es erwies sich, daß er ein Agent der politischen Geheimpolizei (sogen. „Schutzabteilung") war!! — („Ruskija Wedomosti", 18. Oktober.)

Dementi.

Petersburg, 6. November. (W. T. B.) In einer Zuschrift an die Zeitung „Towarischtsch" dementiert Finanzminister Kokoffzew die Meldung einiger Petersburger Blätter, daß er als ehemaliger Lyceist an der Boykottierung des Kammerjunkers Saburow wegen dessen Toasties auf einige ehemalige Reichsdumaabgeordnete beim Festmahle der Lyceisten teilgenommen habe. —

Der Petersburger Deputiertenrat.

Wir haben bereits am Freitag mitgeteilt, daß 15 Mitglieder des Deputiertenrats nach Sibirien verbannt, zwei zu Festungshaft verurteilt und die übrigen freigesprochen worden sind.

Wir geben im folgenden kurz umrissen die Lebensläufe der Hauptmitglieder des Rates:

I. Georg Chrustalew-Nossar

wurde im Jahre 1878 als Sprößling einer Bauernfamilie geboren. Wegen Agitation auf dem Lande wurde sein Vater nach Ufa verbannt, wo der Knabe seine Kindheit verlebte. Die Jugendzeit verlebte er im Chersonschen Gouvernement, wohin sein Vater nach der Verbannungszeit zurückkehrte. Die ganze Familie beschäftigte sich mit Ackerbau, wobei die Wirtschaft prinzipiell ohne die Mithülfe irgend welcher Landarbeiter betrieben wurde, da der Vater ein Anhänger von Tolstoj war. Die Verhaftung des Vaters zwang den jungen Chrustalew schon mit 12 Jahren Arbeit zu suchen, um die Mutter und die Familie zu unterstützen. Zwei Jahre lang war er Landarbeiter, worauf er zur Fabrikarbeit überging. Bis zu seinem 17. Jahre arbeitete er in der Zuckerfabrik des Grafen Bobrinsky. Der Glaube an die Macht des Wissens und die zufällige Bekanntschaft mit einem Studenten brachte ihn zu dem Entschluß, seine freie Zeit dem Selbststudium zu widmen und, wenn möglich, eine Universität zu absolvieren. Im Jahre 1896 war er bereits in der vorletzten Klasse eines humanistischen Gymnasiums in Kiew, im folgenden Jahre machte er seine Maturitätsprüfung und immatrikulierte sich an der juristischen Fakultät der Petersburger Universität. Im Jahre 1899 wurde er als Organisator von Studentenunruhen verhaftet, eingekerkert, später aus Petersburg ausgewiesen und unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Im Jahre 1902 machte er sein juristisches Staatsexamen. Seit der Absolvierung des Gymnasiums schriftstellerte er und war er eine Zeitlang Redakteur der bibliographischen Abteilung über Soziologie in der russischen Monatsschrift „Russischer Reichtum. Im Jahre 1898 ward er als Organisator eines politischen Gymnasiasten-Kongresses verhaftet, im Jahre 1899 als Leiter der Studentenunruhen, im Jahre 1901 als Teilnehmer an einer Studentendemonstration, im Jahre 1905 zum erstenmal als Teilnehmer an der Arbeiterkommission von Schidlowsky (die von der russischen Regierung selbst organisiert wurde, und gegen welchen die Sozialdemokratie agitierte) zum zweitenmal als Organisator einer politischen Demonstration aus Anlaß des 9. Januar, und zum drittenmal am 26. November als Mitglied des Rates der Arbeiterdeputierten.

In diese Biographie des Handarbeiters, Fabrikarbeiters, Rechtsanwalts und Schriftstellers ist noch einzufügen, daß Chrustalew die Zentralfigur des Prozesses, daß er Präsident des Reichs- und des Exekutivkomitees war, daß nach seiner Verhaftung die Petersburger Arbeiterschaft alles in Bewegung setzen wollte, um ihn zu befreien, daß sie seinetwegen einen allgemeinen Streik zu proklamieren beabsichtigte und daß sie sich mit dem Plane trug, irgend einen hohen Beamten zu arretieren und so lange in Haft zu halten, bis Chrustalew befreit wäre!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November.

Agratische Rettungsmanöver.

Das Bündlerorgan widmet der Ministerkrise heute wieder einen ganzen Leitartikel. In groteskem Widerspruch zu der Länge dieser Auslassungen steht die Behauptung, daß es sich bei den ganzen Krisengerüchten nur um „unnütze Redereien" handle. In der Tat ein seltsamer Sport, an unnütze Redereien selbst endlose Redereien zu verschwenden!

Die Besorgnis um ihren Pod spricht aus jeder Zeile des Artikels. Das Fleischwucherorgan verfolgt die Taktik, sich und seine agrarischen Freunde als schneeweiße Unschuldslämmer an den ganzen Quertreibereien hinzustellen. Kein Mensch denke daran, etwa den wackeren Bülow in den Orkus stürzen zu wollen. Es sei nur „Kannegießerei", von einer angeblichen Kanzlerkrisis zu sprechen. Bestünden doch „keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und dem verantwortlichen Träger seiner Politik". Der Kanzler erfreue sich nach wie vor des „Vertrauens und der persönlichen Wertschätzung des Monarchen". Wie könne da von einem Rücktritt Bernhards die Rede sein. Zwar werde er im Reichstage keinen leichten Stand haben, aber es werde geradezu den Eindruck der „Fahnenflucht" machen, wenn er „bei so zugespitzten Verhältnissen seinen Platz einem anderen einräume". So könne man mit Sicherheit annehmen, daß er selbst gar nicht daran denke, jetzt aus dem Amte zu scheiden.

Aber auch das Gerede von einem angeblichen Duell zwischen Bernhard und Podchen sei nichts als „Salbaderei". Sachliche Differenzen hätten zwischen beiden Herren nicht obgewaltet. Die Behauptung sei auch ganz unrichtig, daß der Kanzler dem Kaiser gegenüber für sein Bleiben im Amte als unerläßliche Bedingung den Rücktritt des Landwirtschaftsministers bezeichnet habe.

Uebrigens würde, so schreibt das Oertel-Blatt, dem Kanzler der Rücktritt Pods auch verzweifelt wenig nützen. „Die täppischen Herren haben längst verraten, daß das Ziel der Hetze nicht mehr der Landwirtschaftsminister allein, sondern der Kanzler und seine Gesamtpolitik ist." Durch die Verabschiedung Pods werde die Stellung des Kanzlers keineswegs gestärkt, sondern geschwächt werden:

„Den Beifall derer, die jetzt die Kanzlerkrisis an die Wand malen und von dem Duell Bülow-Podbielski faseln, wird er nur dann erringen, wenn er seine bisherige Wirtschaftspolitik preisgeben und die gegenteilige verfolgen wollte; und das kann er nicht tun, ohne sich tatsächlich unmöglich zu machen. (Diese Stelle ist auch im Bündlerblatt fett gedruckt!)

Schließlich versichert die „Deutsche Tageszeitung", daß der Besuch des Herrn Lukanus bei Pod nur ein Beweis gewesen sei, daß der Landwirtschaftsminister noch im Amte bleibe und sich des Vertrauens erfreue. Habe es sich doch um nichts anderes, als eine Personenfrage im Ressort des Landwirtschaftsministeriums gehandelt.

Das Organ Knuten-Oertels verfolgt in diesem Artikel eine zwar sehr pfiffige, aber trotzdem sehr durchsichtige Taktik. Es sucht Bülow mit Pod und dem agrarischen Aushungerungssystem Pods unlöslich zusammenzuschweißen! Es gibt Bülow deutlich zu verstehen, daß bei der Ausschiffung Pods notwendigerweise auch der Kanzler über Bord gehen werde. Sei er doch nicht minder als Pod für die agrarische Politik verantwortlich; suche er gleichwohl auf der mittleren Linie zu lavieren, so werde er sich unmöglich machen, d. h. so würden die Konservativen rücksichtslos alle Minen gegen ihn springen lassen. Um dem Kanzler noch in letzter Stunde einen Rückzug zu ermöglichen, wird ihm wohlwollend attestiert, daß er ja mit Podbielski in schönster Harmonie zusammengearbeitet habe und an dem Sturmlauf gegen ihn selbstverständlich absolut unbeteiligt sei. — Eine besondere Bosheit steckt auch in der Versicherung, daß Bülow selbst an einen Rücktritt gar nicht denke, ja, daß ein Rücktritt geradezu eine „Fahnenflucht" bedeute. Das will sagen, daß die agrarische und konservative Presse bei dem Falle Pods Bülow nicht nur zu stürzen gedenkt, sondern auch seinen Fall als schmähliche Niederlage auszuschreien beabsichtigt! —

Die hessische Regierung zwischen zwei Stühlen.

Die Scharfmacher können erleichtert aufatmen, die Regierung des Großherzogtums Hessen ist glücklich eingeschwenkt in die Bahn preußisch-sächsischer Regierungskunst. Trotzdem die Regierung in voriger Woche zur Verteidigung der landesherrlichen Bestätigung der Wahl des Genossen Eißnert zum Beigeordneten für Offenbach erklärte, daß „kraft des Gesetzes die Anhänger keiner politischen Partei von der Bekleidung eines Beigeordnetenamtes ausgeschlossen sind", ferner: daß „eine solche Ablehnung mit der von dem Gedanken der Selbstverwaltung beherrschten Städteordnung nicht im Einklang stehen würde", hat sie jetzt die Wahl des Genossen Zahn zum Beigeordneten in Mühlheim a. Main nicht bestätigt.

In dem Amtsblatt heißt es darüber: „Das Ministerium des Innern hat den Rekurs gegen das Erkenntnis des Provinzialausschusses der Provinz Starkenburg vom 29. September l. J. betreffend die Wahl des Peter Zahn III in Mühlheim zum Beigeordneten daselbst, verworfen und zwar im wesentlichen, weil angesichts der Vorschriften der Landgemeindeordnung über die Vertretung des Bürgermeisters durch den Beigeordneten die Uebertragung polizeilicher und anderer staatlicher Funktionen an den Gewählten nicht angängig erscheint. Die Bestätigung des Genannten als Beigeordneten ist damit endgültig versagt.

Die Beigeordneten der Städte werden vom Großherzog selbst bestätigt oder abgelehnt, in den Landgemeinden aber hat das Ministerium als höchste Instanz zu befinden. Der Großherzog hat nun einen Sozialdemokraten als Beigeordneten für die Stadt Offenbach bestätigt, sein Ministerium indessen einem solchen für die Landgemeinde Mühlheim a. M. die Bestätigung versagt. Dazu ist noch zu bemerken, daß der Entscheid des Großherzogs von demselben Minister gegengezeichnet ist, der als Minister des Innern die Wahl in Mühlheim nicht bestätigt. Man kann gespannt sein auf die Begründung, die das Ministerium seiner Entscheidung geben wird.

In Hessen ist also jetzt folgende Situation gegeben: In Städten können eventuell Sozialdemokraten Bürgermeister und Beigeordnete werden, weil sie der Großherzog bestätigt, in den Landgemeinden aber können Sozialdemokraten solche Aemter nicht bekleiden, weil das Ministerium und seine Organe sie nicht bestätigen.

Es ist zweifellos, daß die hessische Regierung durch das wütende Geschrei der Scharfmacher in und außer dem Lande eingeschüchtert wurde und sich scheut, der Politik des Großherzogs sich konsequent anzuschließen und die Sozialdemokraten als gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Bekanntlich hatten ihr die unter Heyls Führung stehenden Nationalliberalen hart zugesetzt. Indessen hat das schleunige Zurückweichen der Regierung doch nicht vermocht, die kochende „Volksseele" der führenden nationalliberalen Advokaten und Millionäre zu besänftigen.

Am Montag fand in Darmstadt eine von zirka 400 Personen besuchte nationalliberale „Landesversammlung" statt, in der die Entrüsteten der Regierung bittere Worte sagten, und auch beschlossen sie, im Landtag wegen der Bestätigung Eißnerts zu interpellieren. In erregten Worten sprachen sich sämtliche Redner — auch ein „Jungliberaler" — gegen die Bestätigung unseres Genossen aus. Ein Redner sagte, die Regierung habe mit dieser Bestätigung gezeigt, daß sie jedes Gefühl und Verständnis für den Kampf um die nationalen Güter in einem so exponierten Orte wie Offenbach verloren habe. Zwischenrufe wie: „Fort mit einer solchen Regierung!" ertönten. Die Nichtbestätigung in Mühlheim sei nur ein „Angstprodukt" hieß es. Freiherr v. Heyl war in höchsteigener Person anwesend, überließ das Reden aber seinen Leuten. Unter den Rednern taten sich hauptsächlich der bekannte Reichstagsabgeordnete und Steuerdoktor Becker-Offenbach und der Graf Oriola durch den wortgewaltigen Aufwand von „Entrüstung" hervor. Ersterer meinte u. a.: „Wenn in so schwerer Zeit der Träger der Krone nicht mehr den Weg zum Herzen des Volkes findet, dann müssen wir ihm den Weg zeigen." Graf Oriola empfindet es als hessischer Abgeordneter unangenehm, wenn man in Berlin Hessen stets als „rotes Großherzogtum" bezeichne. Ein Kriegervereinspräsident aus der Heylstadt Worms aber klagte beweglich darüber, daß man nach der Bestätigung eines Sozialdemokraten durch den Großherzog eigentlich keine Sozialdemokraten mehr aus den Kriegervereinen ausschließen könne. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei im Großherzogtum Hessen spricht ihr tiefstes Bedauern über die Bestätigung des von der sozialdemokratischen Mehrheit der Stadtverordneten in Offenbach gewählten Sozialdemokraten Eißnert aus.

Sie erachtet diese Bestätigung angesichts der bekannten Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie und der offenkundigen, fortwährend verhetzenden Agitation nicht bloß für überaus besorgniserregend für die verfassungsmäßige und gesetzlich bestehende Staatsordnung im Reiche und Einzelstaat, wie für die darauf beruhende bürgerliche Gesellschaftsordnung, sondern erblickt auch in der Bestätigung eine gegenwärtige große Gefahr für die friedliche und förderliche Entwickelung des Reiches und der Bundesstaaten. Die nationalliberale Partei erachtet es als eine öffentliche Pflicht, sich gegen die Bestätigung eines Sozialdemokraten in der Stadt Offenbach öffentlich auszusprechen und hegt die Ueberzeugung, damit zugleich den Anschauungen, den Gefühlen und Gesinnungen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung des Großherzogtums Hessen Ausdruck zu geben."

Die Versammlung wurde nicht, wie bei den Nationalliberalen sonst üblich, mit einem Hoch auf den Großherzog, sondern mit einem auf das deutsche Vaterland geschlossen. Die hessischen Nationalliberalen stehen eben auf dem Standpunkt der ostelbischen Junker: Der König absolut, wenn er unsern Willen tut.

Die hessische Regierung hat sich also trotz ihrer schwächlichen Haltung gründlich zwischen zwei Stühle gesetzt. Die nächste Landtagssession wird heftige Kämpfe bringen. Unsere Genossen werden die Gelegenheit mit Freuden ergreifen, den Nationalliberalen ihren Monarchismus und Liberalismus um die Ohren zu schlagen, gleichzeitig aber auch mit der Regierung abzurechnen. —

* * *

Deutsches Reich.

Das mißbrauchte Material des Herrn Erzberger.

Herr Erzberger erhebt in einer langen Zuschrift an die „Germania" entrüstete Beschwerde darüber, daß der Untersuchungsrichter mit dem Material, daß er, Erzberger, ihm am 10. Juni ausgeliefert habe, schweren Mißbrauch getrieben habe. Damals habe ihm der Untersuchungsrichter feierlichst zugesichert, daß er die beschlagnahmten Schriftstücke nicht weitergeben werde, könne eine solche Handlung ihm doch sein Amt kosten. Als er Erzberger dann am 18. Juli um die Rücksendung seines Materials ersucht habe, habe er die Antwort erhalten, daß der Erste Staatsanwalt die Beschlagnahme beantragt habe, falls nicht die betreffenden Schriftstücke bis zur Beendigung des Verfahrens bei den Akten blieben. Als er, Erzberger, am 26. Juli trotzdem auf der Herausgabe seiner Schriftstücke beharrt habe, habe der Staatsanwalt die Beschlagnahme der Schriftstücke abermals beantragt, doch sei ihm das Recht eingeräumt worden, beglaubigte Abschriften dieser Schriftstücke zu erhalten, damit er das Material parlamentarisch verwerten könne. Am 7. und 8. August habe er endlich die Abschriften erhalten. Unter den beschlagnahmten Sachen hätte sich auch Material befunden, das mit dem Prozeß wider Götz und Genossen nichts zu tun gehabt habe, so daß er den Eindruck erhalten habe, daß man überhaupt sein Material habe kennen lernen wollen.

Später habe er dann von einem der Angeklagten erfahren, daß er bei der Vernehmung sein, Erzbergers, Material in die Hände bekommen und daraus ersehen habe, daß der Geheime Legationsrat Rose mit eigener Hand Randnotizen darauf gemacht habe. Von zweiter Seite sei ihm mitgeteilt worden, daß auch Dr. Seitz Schriftstücke, die auf ihn Bezug gehabt hätten, durchgesehen habe. Aus alledem gehe hervor, daß der Untersuchungsrichter sein Versprechen, das ihm ausgehändigte Material dem Kolonialamt nicht zur Verfügung zu stellen, nicht gehalten habe.

Herr Erzberger wird aus diesen Erfahrungen, die er sich durch ein wenig mehr Rückgratfestigkeit und Geistesgegenwart hätte ersparen können, wohl die Lehre gezogen haben, daß auch auf die Zusicherungen eines Untersuchungsrichters nicht allzufest zu bauen ist.

Herr Erzberger meint zum Schluß seiner Erklärungen, daß die ganze Kolonialkorruption der Untersuchung durch eine parlamentarische Untersuchungskommission dringend bedürfe, da bei dem Zeitmangel und dem Mangel an Verständnis für die verwickelten, zum größten Teil politischen Verwaltungsfragen ein ausreichendes Verständnis der Gerichte nicht vorauszusetzen wäre. Die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission werde deshalb eine unabweisbare Forderung sein.

Es wird ja vom Zentrum, speziell vom Herrn Erzberger selbst abhängen, durch ein energisches Auftreten im Reichstage die Einsetzung einer solchen parlamentarischen Untersuchungskommission durchzusetzen. Es scheint freilich, als ob nach der Berufung Dernburgs zum Kolonialdirektor auch der Enthüllungseifer des Zentrums ganz erheblich abgeflaut sei. Zentrum und Freisinn sollten aber nicht außer acht lassen, daß man einen mit so großem Tamtam angekündigten Feldzug gegen die Kolonialkorruption nicht ohne weiteres mit einer Schamade beendigen kann! —

Eine stramme nationale Opposition.

Die wild-nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Organ der rheinisch-westfälischen Schlotbarone, führt wieder mal einen furchtbaren Kriegstanz auf. Mit dem armen Bülow ist sie ganz und gar nicht zufrieden. Die Lage sei so verfahren, wie nur irgend möglich. Deutschland sei trostlos isoliert, die „Marokkoblamage habe sich in dem schönen Schlagwort, „weder Sieger noch Besiegte", auf die Dauer nicht zudecken lassen." Pod aber sei noch immer im Amte, eine Bloßstellung Bülows, des preußischen Ministerpräsidenten, wie sie bisher unerhört gewesen sei. Dazu die Krise in den Ostmarken, wo mit nationalen Redensarten nichts mehr zu machen sei. Freilich, wenn Bülow gehe, werde doch alles beim alten bleiben:

„Was würde der Rücktritt des Fürsten Bülow an der „trostlosen Lage" auch ändern? Ob ein gehorsamer, unpolitischer General oder ein gedankenloser Greis oder ein gewandter Diplomat Reichskanzler war, der Kurs blieb derselbe. Die Nachfolger Bismarcks hatten nichts dareinzureden, ihn bestimmte der Kaiser ganz allein. So ist auch von einem neuen Kanzler nicht viel anderes zu erwarten. Männer mit eigenen Gedanken und von festem Charakter sind zurzeit am Staatsruder nicht zu gebrauchen."

Durch einen Kanzlerwechsel komme Deutschland aus der trostlosen Lage nicht heraus, eine Aenderung sei nur „von unten möglich, aus dem Volke heraus." Nur eine stramme nationale Opposition könne uns zurzeit retten. Eine Opposition, die all die Unzulänglichkeiten der heutigen Machthaber schonungslos aufdecke und ihr „rücksichtslos die Mittel zum elenden Fortwursteln" verweigerte.

Es macht sich sehr hübsch, daß das, was bisher immer die Sozialdemokratie erklärt hat, nun auch von einem nationalliberalen Blatte als notwendig anerkannt wird. Leider sind es aber nur nationalliberale Redensarten, die dem Fortwursteln im bisherigen Stile auch nicht einen Strohhalm in den Weg legen werden. Nationalliberale und Zentrum werden auch künftig um die Wette fortfahren, die aus einer nationalen und internationalen Vlamage in die andere taumelnde Reichspolitik blindlings mitzumachen. Aber sehr nett macht sich das Geständnis des nationalliberalen Blattes trotz alledem! —

Gegen die Lebensmittelverteuerung.

Stuttgart, 5. November 1906.

Mit der Frage, wie der Fleischnot abgeholfen werden kann, beschäftigte sich auch die Stuttgarter Handelskammer, wobei sich die in ihr dominierenden nationalliberalen Großkapitalisten zu Forderungen verstiegen, die nicht im Einklange mit der Haltung ihrer politischen Freunde in den Parlamenten stehen. Kommerzienrat Schiedmayer brachte eine umfangreiche Resolution ein, in der es heißt:

„Die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, in der Hauptsache eine Folge des Zusammenwirkens der Zölle, Viehsperren und des Fleischbeschaugesetzes, hat, entgegen den geäußerten gegenteiligen Erwartungen in den letzten Monaten, namentlich auch in unserem Handelskammerbezirk, den höchsten Stand des Vorjahres überschritten. Angesichts der drohenden Gefahr eines verschärften Notstandes im kommenden Winter bedauert die Handelskammer, daß nicht, wie es von allen Seiten gefordert worden ist, regierungsseitig positive, wirksame Maßnahmen zur Linderung der Fleischteuerung ergriffen worden sind. Geschieht jetzt nichts, so ladet die Regierung wie die Landwirtschaft ein Odium der großen Volksmassen auf sich, das die Uebertreibung des Schutzes der Landwirtschaft, wie 1892 geschehen, in das Gegenteil verkehren wird. Die Handelskammer spricht daher den dringenden Wunsch aus, daß schleunigst Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Volksernährung getroffen werden möchten. Das geeignetste Mittel erblickt die Kammer in einer wesentlichen Milderung der für lebendes Schlachtvieh geltenden Einfuhrbeschränkungen (wenigstens an der westlichen Grenze des Reiches). In zweiter Linie empfiehlt die Kammer die Einfuhr von frischem Fleisch, namentlich auch in gefrorenem Zustande, mehr als bisher zu erleichtern. Ein weiteres Mittel endlich ist auch die Einführung von Notstandstarifen (für die genossenschaftliche Fleischversorgung) und die Tarifermäßigung für den binnenländischen Fernversand frischen Fleisches (Eilgutversand zum Stückgutfrachtsatz. Aufnahme in den Spezialtarif für bestimmte Eilgüter), insofern dadurch ohne Verletzung der Grenzsperre ein Preisausgleich durch eine großzügige Einrichtung des Fleischfernbezuges herbeigeführt werden könnte."

Im Anschluß daran führte der Handelskammersekretär Professor Dr. Huber noch an der Hand umfangreicher statistischer Angaben den Nachweis, daß die heute herrschenden Verhältnisse bereits berechtigten, von einer Notstandslage zu sprechen.

Wenn so regierungstreue Herren das sagen und diese „Notstandslage" als einer Folge der Zoll- und Grenzsperrepolitik bezeichnen, so wird das vielleicht doch einen gewissen Eindruck nicht verfehlen! —

Die koloniale Wünschelrute.

Um die aberwitzige Geldverschleuderung für die südwestafrikanische Sandwüste weniger wahnsinnig erscheinen zu lassen, ist die Kolonialpresse bemüht, täglich neue Vorzüge dieser Sandwüste zu entdecken. Da man trotz aller Bemühungen noch keine Diamanten in Südwest aufzufinden vermocht hat, hat man es wenigstens so dargestellt, als ob man Wasser zu finden in der Lage gewesen sei. Denn alle die schönen Zukunftsrechnungen über die Schaffung von Viehfarmen hängen davon ab, ob man in Südwest mehr Wasser zu finden vermag. Um die unterirdischen Wasseradern zu erschließen, ist ja nun bekanntlich ein Herr v. Uslar mit einer Wünschelrute amtlich dorthin entsendet worden. Und eine Korrespondenz hat auch bereits die von den kolonialfreundlichen Blättern brühwarm übernommene Meldung in die Welt gesetzt, daß Herr v. Uslar mit seiner Wünschelrute überraschend gute Resultate erzielt habe. Dieser schwindelhaften Reklamenotiz gegenüber erklärt nun der Bezirksgeologe Dr. H. Loz in der „Vossischen Zeitung", daß ihm von seinem südwestafrikanischen Aufenthalt her die Stellen, wo angeblich die Wünschelrutenerfolge zu verzeichnen gewesen seien, sehr gut bekannt wären. An all den betreffenden Stellen sei schon früher Wasser vorhanden gewesen, so daß die Wünschelrute nur vorhandene Wasserstellen „entdeckt" habe. Man sieht also, auch die Wünschelrute verrichtet in Südwest keine Wunder. Nichtsdestoweniger wird wohl auch der Kolonialbörsianer Dernburg die wundertätigen Wirkungen der Wünschelrute als Beweise der großen Zukunft Südwests im Reichstag verzuführen versuchen. Und wir müßten uns sehr irren, wenn nicht alle bürgerlichen Parteien auf diesen Schwindel hereinzufallen nur allzu sehr geneigt wären! —

Ein Leipziger Schreckensurteil rechtskräftig!

Leipzig, den 6. November. (Privatdepesche.)

Das Reichsgericht hat heute die Revision in dem Prozeß des Genossen Heinig von der „Leipziger Volkszeitung" wegen Aufreizung zum Klassenhaß und angeblicher Beleidigung des sächsischen Landtages verworfen. Das Urteil lautete bekanntlich auf 21 Monate Gefängnis und ist am 12. Februar d. J. gefällt worden. Der Reichsanwalt hat in der heutigen Revisionsverhandlung selbst die Aufhebung des Urteils, soweit die Beleidigung des sächsischen Landtages in Frage kommt, beantragt, sowie die Einstellung des Verfahrens. Der Senat ist über den Antrag des Reichsanwalts zur Tagesordnung übergegangen und hat die Revision im vollen Umfange verworfen. —

Sie sind einander wert!

Eine reizende Enthüllung aus dem Lager der Sozialistenfresser bringt die Nr. 66 der Korrespondenz des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Das vernichtende Urteil, das der sachverständige Max Lorenz über die Agitation des Reichsverbandes anläßlich des Ordnungs-Hereinfalls im Wahlkreise Döbeln fällte, hat die Herren Liebert und Bovenschen dermaßen geärgert, daß sie mit folgender Indiskretion herausrücken:

Auf die Anwürfe aber, denen der Reichsverband in der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz" ausgesetzt gewesen ist, haben wir keine Veranlassung, ausführlich zu erwidern. Der Herausgeber der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz" nämlich, der ehemalige Sozialdemokrat und Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Parteiblätter, Herr Max Lorenz, hatte bald nach der Gründung des Reichsverbandes, am 30. Juni 1904, die Gewogenheit, ein Exemplar seiner „Antisozialdemokratischen Korrespondenz" dem Reichsverband zum Preise von 100 M. vierteljährlich anzubieten. Der Reichsverband lehnte dankend ab und ersuchte Herrn Lorenz, die weitere Zusendung seiner Korrespondenz an den Reichsverband einzustellen. Ein halbes Jahr später, am 30. Dezember 1904 erhielt der Reichsverband von Herrn Lorenz ein weiteres Schreiben, in dem er den Reichsverband die „Antisozialdemokratische Korrespondenz" zu einem hohen Preise zum Kauf anbot. Der Antrag des Herrn Lorenz wurde vom Vorstande des Reichsverbandes aber einstimmig abgelehnt. Wer diese Tatsachen mit den jetzigen Angriffen des Herrn Lorenz gegen den Reichsverband vergleicht, wird es dem Reichsverband wohl erlassen, mit dem Herrn Lorenz zu polemisieren. Mit solchen „Realpolitikern" diskutiert man nicht, die schiebt man einfach beiseite.

Es erübrigt sich jede Bemerkung, es sei denn die, daß Max Lorenz, der bei seiner Gastrolle in unserer Partei immerhin mehr von ihrem Wesen begriffen hat als die großen Strategen des Reichsverbandes, mit seiner Kritik der Reichsverbandsagitation auch dann recht behält, wenn die Motive dazu in seinem Geldbeutel zu suchen sind. —

Ausland.

Oesterreich.

Der Dringlichkeitsantrag Gaßmann betreffend die sofortige Beratung der Wahlreformvorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses wurde gestern (Dienstag) weiter beraten. — Der Slowene Korosec trat für die Dringlichkeit ein und betonte, die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts sei auch im Interesse des Bauernstandes gelegen. Genosse Pernerstorfer befürwortete die Dringlichkeit und erklärte, die Sozialdemokraten nähmen die Vorlage mit allen Unzulänglichkeiten und Fehlern an, weil sie eine Etappe auf dem Wege der völligen Demokratisierung Oesterreichs sei. Formanek führte aus: Wiewohl die Vorlage die Tschechen nicht befriedigen könne, enthalte sie doch unter den gegebenen Verhältnissen das Erreichbare. Chiari erklärte, jede wirkliche Volkspartei müsse für die Dringlichkeit der Wahlreform eintreten. Nachdem noch Placek gegen und Ryha für die Dringlichkeit sich ausgesprochen hatten, wurde die Debatte geschlossen. Zu Generalrednern wählte man Schöpfer, der für und Tavcar, der gegen den Antrag sprechen wird. Darauf wurde die Sitzung geschlossen; die nächste Sitzung findet heute (Mittwoch) statt. —

Kirche und Strafgesetz.

Daß die Staatsgewalt vor den Klostermauern Halt machen müsse, gilt in Oesterreich noch immer als selbstverständlich. Ein Fall, der sich letzter Tage in Salzburg abspielte, beweist dies wieder einmal aufs deutlichste.

Eine Klosterfrau war als Zeugin vor Gericht zitiert, sie erschien aber nicht, mit Berufung auf die klösterliche Klausur. Statt — wie es doch sonst der Fall ist — sich nun der Zwangsmittel zu bedienen, die die Strafprozeßordnung in reichlichem Maße vorgesehen hat, wandte sich der Gerichtshof an den Fürstbischof, der sehr ungehalten erklärte, eine solche Ladung unter keinen Umständen zulassen zu können; nur der Papst, sonst niemand auf der Welt (folglich auch nicht das Gericht und das Gesetz) könne dies gestatten! — Was beschloß nun der Gerichtshof in seiner Weisheit? Er zog mit dem ganzen Rechtsprechungsapparat in das Kloster! Dort wurde die Klosterfrau verhört. Die Umstände nun, unter denen die Aussage erfolgte, sind auch recht interessant: Der Gerichtshof hat die „himmlische" Klosterfrau nicht etwa zu sehen bekommen, sondern sie befand sich hinter einem verhängten Gitter! (Ob sich gerade die zitierte Klosterfrau hinter dem Gitter befand und ob sie die Aussage machte, läßt sich natürlich nicht konstatieren.) Auf diese merkwürdige Aussage hin wurde der Angeklagte zu 2 Monaten Kerker verurteilt! Daß dadurch das Verfahren der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit verletzt ist, versteht sich von selbst. —

Frankreich.

Das Vertrauensvotum!

Nach amtlich richtig gestellten Ziffern wurde die von Rabier eingebrachte Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird, mit 376 gegen 94 Stimmen angenommen. Die Mehrheit umfaßt die unabhängigen Sozialisten, die Sozialistisch-Radikalen, die Radikalen, die Mitglieder der Demokratischen Linken und der Republikanischen Vereinigung sowie 25 Gemäßigte Republikaner, 3 Nationalisten und 1 Unabhängigen Radikalen. Die Minderheit besteht aus Konservativen, Nationalisten und Gemäßigten Republikanern. 100 Deputierte, darunter 51 Geeinigte Sozialisten und 34 Gemäßigte Republikaner enthielten sich der Abstimmung.

Jaurès erklärt in der „Humanité", die Stimmenthaltung der geeinigten Sozialisten bedeute, daß diese das Ministerium nicht nach seiner Erklärung, sondern nach seinen Taten beurteilen werden. Immerhin müsse man zugeben, daß die Erklärung einen bestimmteren und festeren Ton als die des Ministeriums Sarrien habe.

„Lanterne", das Organ des äußersten linken Flügels der Radikalen, sagt, man müsse betreffs der Erklärung einige Vorbehalte machen, doch sei es bedauerlich, daß die Regierung vor der vollständigen Aufhebung der Kriegsgerichte, vor der Monopolisierung des Unterrichts und vor der Erteilung des Syndikatsrechts an alle Staatsbedienstete zurückschrecke.

Der „Figaro" vergleicht das Regierungsprogramm mit den Arbeiten des Herkules und meint, diese seien zwar übermenschlich, aber doch nur zwölf an der Zahl gewesen, während die Regierungserklärung an 50 Versprechungen gebe! Mehrere heroische Generationen würden sogar zu ihrer Ausführung nicht genügen. —

Dementi.

Paris, 6. November. Die Agence Havas ist ermächtigt, die Nachricht, es sei die Abschaffung von sieben Reiter-Regimentern geplant, zu dementieren. Die Kavalleriekommission habe lediglich die Möglichkeit der Abschaffung von 28 Schwadronen als Kompensation für die Vermehrung der Feldartillerie zugegeben. —

England.

Gefährliche Meutereien von Matrosen werden aus dem Kriegshafen Portsmouth gemeldet. Am Sonntag gab es ein kleineres Vorspiel. In der Nacht zum Dienstag aber ist es zu ernsteren Vorfällen gekommen. Londoner Telegramme des „Tag" vergleichen die Meutereien mit denen von Kronstadt und Sewastopol, was aber übertrieben erscheint. An tatsächlichen Angaben enthalten die Meldungen:

Die Behörden hatten gestern abend versucht, jeden Verkehr der außerhalb der Flottenkaserne befindlichen Heizer mit den darin befindlichen zu verhindern. Die Leute, welche nicht in die Kaserne gelassen wurden, verabredeten jedoch mit den darin befindlichen durch das Gitter eine gemeinschaftliche Erhebung. Gegen Mitternacht erstürmten die Leute draußen die Offizierwohnungen, welche der Kaserne gegenüber liegen. Fenster und Türen wurden unter wildem Tumult demoliert, die Wachen und die Polizei waren machtlos. Die Meuterer waren lange Zeit Herren der Situation und benahmen sich wie Wahnsinnige, brüllten, fluchten auf die Offiziere und bewarfen ihre Fenster mit einem Steinhagel. Die Garnison wurde alarmiert, und bewaffnete Abteilungen von den Marinekasernen und den Kriegsschiffen eilten herbei. Glücklicherweise hatten die Meuterer keine Waffen, nur in einigen Fällen hatten sie den Wachen Bajonnette entrissen. Endlich nach längerem Kampfe gelang es der bewaffneten Macht, die Aufständischen zurück- und in die Kaserne zu treiben, welche darauf mit einem Truppenkordon umgeben wurde. Sämtliche Heizer auf den im Hafen liegenden Kriegsschiffen nahmen für die Aufständischen Partei und brachten ihnen offene Kundgebungen ihrer Sympathie dar. Die Flottenkaserne ist arg zertrümmert. Nach den letzten Nachrichten zogen die Meuterer in der Kaserne umher und demolierten sie. Die Truppen folgten ihnen nur und vermieden einen handgreiflichen Zusammenstoß. Mehrere wurden verletzt, doch sollen keine Todesfälle oder schwere Verwundungen vorgekommen sein.

Einige von den Meuterern angegriffene Offiziere wurden schwer verletzt.

Eine andere Meldung sagt: Die Aufrührer wurden von den unter Waffen befindlichen Truppen umringt und aufgefordert, zu kapitulieren. Dies taten sie. Die Mannschaften der Schiffe befanden sich die ganze Nacht über unter Waffen. Bei den schweren Kämpfen wurden mehrere Leute ernstlich verletzt. Während des Tumultes versuchten die Heizer aus der Kaserne zu brechen und die Wachen zu überwältigen. Die Heizer auf den Kriegsschiffen demonstrierten lärmend für ihre ausständigen Kameraden. Jetzt soll alles ruhig sein.

Schweden.

Militaristische Pläne.

Anfang dieses Jahres wurde den Chefs des Generalstabes und der Flotte der Auftrag zuteil, gemeinsam einen Plan zur Reform des Verteidigungswesens auszuarbeiten. Sie haben diesen Plan nun am 30. Oktober der Regierung vorgelegt. Dem schwedischen Volke sollen neue, in diesem Lande bisher unerhörte Opfer aufgehalst werden: Die Dienstzeit der Infanterie, die im Jahre 1901 bei Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht auf acht Monate festgesetzt wurde, soll auf ein ganzes Jahr verlängert werden. Die Grenze des Wehrpflichtsalters soll vom 40. auf das 42. Lebensjahr erhöht, und die Stärke der Infanterie soll um 24 Bataillone vermehrt werden.

Mit der Verlängerung der Dienstzeit soll allerdings eventuell bis zum Jahre 1913 gewartet werden, weil dann erst die neuen Kasernen fertig werden. Aber die Kosten des Heerwesens, die im laufenden Jahre auf 42 800 000 Kronen berechnet sind, werden schon 1908 auf 58 280 000, und im Jahre 1909 gar auf 62 335 000 Kronen steigen!

Die Flotte soll gewaltig vergrößert werden: 4 Panzerboote, 2 Torpedokreuzer, 8 Torpedojäger, 12 Torpedoboote und 8 Unterseeboote sind das mindeste, was man an neuen Fahrzeugen in den nächsten sechs Jahren für notwendig erachtet. Damit wird jedoch — so meinen die Verfertiger des Planes — die Flotte noch nicht einmal die Stärke erreichen, wie sie die neue politische Lage erfordere!

Das alles wird von einem Volke verlangt, das seit 20 Jahren vergeblich um das allgemeine Wahlrecht kämpft und dem man vor nunmehr fünf Jahren neue militärische Lasten unter der bestimmten Voraussetzung aufbürdete, daß ihm nun auch sein Wahlrecht nicht länger vorenthalten werden sollte. —

Bulgarien.

Sofia, 6. November. (W. T. B.) Die Ministerkrise ist beendet. Petkow übernimmt das Präsidium, Stanciow das Portefeuille des Aeußern. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist noch nicht besetzt. —

Gewerkschaftliches.

Sind Einzelmitglieder am Orte anmeldepflichtig?

Die Verwaltungsstelle Bochum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war im April 1905 auf Wunsch aus den Kreisen der Mitglieder aufgelöst worden und der Bevollmächtigte Ebers hatte sämtliche bei der Ortspolizeiverwaltung angemeldeten Mitglieder wieder abgemeldet. Trotzdem nahm die Polizei an, es bestehe in Bochum ein Verein der dortigen Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes weiter. Sie forderte deshalb Ebers, der jetzt als Vertreter des Zentralvorstandes zu Stuttgart in Bochum fungierte und vom Zentralvorstand direkt besoldet wurde, als vermeintlichen Vorsteher des vermeintlichen Bochumer Vereins auf, ihr gemäß § 2 des preußischen Vereinsgesetzes ein neues Mitgliederverzeichnis einzureichen. Da E. dem Verlangen nicht nachkam, so wurde er wegen Uebertretung der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angeklagt.

Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei und führte aus: Allerdings seien nach der Auflösung der Bochumer Verwaltungsstelle in Bochum die Zwecke des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter hervorragender Beteiligung des Angeklagten weiter verfolgt worden, insbesondere in Versammlungen, die man jetzt als Versammlungen der Bochumer Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einberufen habe. Aber es sei damit nicht erwiesen, daß nach der Auflösung der Verwaltungsstelle die Bochumer Einzelmitglieder ein selbständiges Vereinsleben geführt hätten. Verschiedene Umstände sprächen dagegen, so z. B. die Tatsache, daß die Verwaltungsstelle aufgelöst worden sei, weil eine Anzahl Mitglieder erklärt hätten, sie hätten Nachteile davon, wenn sie in einer Verwaltungsstelle organisiert wären. Hinzu komme auch, daß jetzt der ganze Erlös aus den Beiträgen der Bochumer Verbandsmitglieder in die Hauptkasse nach Stuttgart fließe, aus der E. besoldet werde.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts, vor dem Rechtsanwalt Cohn den Angeklagten vertrat, verwarf die gegen das Urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit der Begründung, daß das Rechtsmittel an den tatsächlichen Feststellungen scheitere.

Berlin und Umgegend.

An dem Streik in den Siemenswerken sind jetzt bereits zirka 1500 Personen beteiligt. Die Entlassung von etwa 300 Vertrauensleuten am Freitag hat, obwohl sie ein Gegenschlag gegen die Streikenden sein sollte, die Direktion offenbar nur selbst geschädigt. Sie läßt jetzt deshalb alle „Herbergen zur Heimat" in der Provinz abklopfen, um Arbeitswillige aufzutreiben. In den Werksversammlungen, die am Sonnabend und Sonntag abgehalten wurden, stellten sich die zahlreich erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedensten Abteilungen durchaus auf den Standpunkt der Streikleitung und gelobten, sich in steter Kampfbereitschaft zu halten und ebenfalls sofort die Arbeit niederzulegen, sobald die Organisationsleitungen dies für erforderlich halten. Eine einmütige Zurückweisung erfuhren auch jene irreführenden Zeitungsartikel, die in der letzten Woche offenbar von der Direktion in die Unternehmerpresse lanciert worden sind, um nach bewährten Mustern den Streik als einen frivol angezettelten hinzustellen. Diese Presse, von der wie gewöhnlich die „Arbeitgeber-Zeitung" wieder den Vogel abschießt, kann sich gar nicht genug darin tun, die „bekannte Humanität und Arbeiterfreundlichkeit" der Siemens-Firmen zu rühmen. Dabei weiß jeder klardenkende Arbeiter im Werke zur Genüge, daß sich gerade diese Firmen seit Jahren ihr humanitäres Mäntelchen nur deswegen umgehängt haben, um die Arbeiter desto besser ausnutzen zu können. Was hat es den Arbeitern denn genutzt, daß die Firmen die reguläre Arbeitszeit auf 8 resp. auf 8¼ Stunden „festgesetzt" haben? Diese Arbeitszeit ist doch nur dann innegehalten worden, wenn im Werke wenig zu tun war; ja dann wurde sie sogar noch weiter verkürzt. Meistens aber mußten die Arbeiter schon jahrelang durchschnittlich 10 Stunden täglich arbeiten. Es war dies eben die Folge des raffinierten Ueberstundensystems in den Werken. Den Firmen war es also nur lediglich darum zu tun, nach außen hin mit einer scheinbar kurzen Arbeitszeit zu glänzen, während dort in Wirklichkeit länger gearbeitet werden mußte, wie in den meisten anderen Berliner Großbetrieben. Wenn jetzt also die Kapitalistenpresse so tut, als käme sie wegen dieses Streiks aus der Verwunderung gar nicht heraus, so kennt sie entweder d·

Verhältnisse in den Siemens-Werken nicht, oder aber sie treibt einfach bewußte Heuchelei. Die organisierten Arbeiter haben aber längst den Pferdefuß erkannt, der stets unter dem „arbeiterfreundlichen" Mantel der Direktion hervorsah. Aus diesem Grunde traten sie jetzt auch energisch in den Abwehrkampf ein. Sie wollen in erster Linie eine ausreichende Garantie dafür, daß nur wirklich notwendige Ueberstunden geleistet zu werden brauchen, nicht aber, daß die Direktion durch willkürliche Dekretierung von Ueberstunden die Arbeitszeit nach Belieben verlängert.

Ferner wehren sie sich gegen die offenkundige Bevorzugung der direktionsseitig protegierten „gelben Gewerkschaften", für welche die Meister unverhohlen Agitationsdienste verrichten. Die Bestimmung in der neuen Arbeitsordnung, wonach „politische oder gewerkschaftliche Betätigung irgend welcher Art innerhalb des Fabrikgrundstücks unstatthaft" ist, wird eingestandenermaßen nur gegen die den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Anwendung gebracht, wogegen die „Gelben" (mit Einschluß der Hirsch-Dunckerschen) und die Christlichen sich in dieser Beziehung betätigen können, wie sie Lust haben. Es kräht kein Hahn danach, im Gegenteil, die Bestrebungen dieser braven „Dihlmänner" werden nach Möglichkeit gefördert. Wenn die Kapitalistenpresse es nun obendrein so hinzustellen beliebt, als sei vor allem der Metallarbeiterverband gegen die Einführung der Proportionalwahl zum Arbeiterausschuß, so trifft das ebenfalls nicht zu. Mit der Proportionalwahl an sich sind die modern organisierten Arbeiter einverstanden, jedoch verlangen sie, daß die so gewählten Ausschußmitglieder sich ihre Subkommission selbst wählen.

Wie durchaus einseitig die neue Arbeitsordnung zuungunsten der organisierten Arbeiter gehandhabt werden sollte, das beweisen ja auch die Verhandlungen, die vor Ausbruch des Streiks zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion deswegen geführt wurden. Nur zur rein formellen Beseitigung einiger der hahnebüchensten Härten wollte sich die Direktion verstehen. Zum Beispiel ließ sie den Passus fallen, wonach die Arbeiter ihren Meister erst ausdrücklich um die Erlaubnis „bitten" sollten, wenn sie die Fabrik gelegentlich mal vor Beendigung der Arbeitszeit verlassen wollten, was besonders auf die Ueberstunden gemünzt war. Der „Erlaubnis" selbst aber sollen sie unter allen Umständen bedürfen, widrigenfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Im übrigen verhielt sich Herr Direktor Dihlmann allen weiteren Wünschen der Arbeiter gegenüber durchaus ablehnend. Seine stereotype Antwort lautete bei der Durchnahme der Paragraphen meistens so recht von oben herab: „Nein, daran wird nichts geändert; ist erledigt, bitte." Als die Arbeiter ihn dann darauf aufmerksam machten, daß diese Arbeitsordnung die stete Quelle von Differenzen im Werk sein würde, da meinte er ironisch: „Das lassen Sie nur unsere Sorge sein; wir werden dann schon wissen, was wir zu tun haben." Geradezu schroff wurde der Herr Direktor aber, als die Ausschußmitglieder die Aufnahme einer Bestimmung verlangten, wonach die Meister gehalten sein sollten, die Arbeiter anständig zu behandeln. Ein solcher Passus, meinte er, werde niemals in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Die Meister seien doch keine Kommissionsräte, von denen man immer eine gewählte Sprache verlangen könne, eine zeitweilige Grobheit lasse sich bei ihnen nun einmal nicht vermeiden. Den Hinweis darauf, daß aber doch stets von den Arbeitern ein anständiges Benehmen und eine geziemende Ausdrucksweise verlangt werde, tat der Herr Direktor mit einer bezeichnenden Handbewegung ab. Wahrscheinlich sollte damit gesagt sein: „Ja, Bauer, das ist auch was anderes."

Mit diesen Darlegungen erledigt sich somit auch der Hinweis der Kapitalistenpresse darauf, daß die meisten Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung aus der alten übernommen seien. Wenn es wegen der alten Arbeitsordnung nicht zu größeren Differenzen kam, so lag dies ganz gewiß nicht daran, daß die organisierten Arbeiter etwa mit derselben zufrieden gewesen wären. Ach nein, die so „sinnreich" durchgeführte Ueberstundenwirtschaft hat schon längst den weitgehendsten Mißmut unter den Arbeitern hervorgerufen. Anstatt aber eine zeitgemäße Verbesserung der alten Arbeitsordnung vorzunehmen, gefiel sich die Direktion in einer erheblichen Verschlechterung derselben. Es braucht mithin die Kapitalistenpresse wegen des Streiks gar nicht so verwundert zu tun. Den Streik hat die Direktion der Siemens-Werke lediglich selbst verschuldet.

Der Streik der technischen Hartgummiarbeiter dauert fort. Von den Fabrikanten der Branche ist einem ihrer Kollegen gegenüber, welcher die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatte, jetzt das beliebte Mittel der Materialsperre angewandt worden. Diese Firma sah sich daher genötigt, ihre gegebene Unterschrift unter den neuen Tarif wieder zurückzuziehen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, wegen Mangel an Material (Gummi usw.) ihren Betrieb zu schließen. Vorläufig tut die Fabrikantenvereinigung noch so, als sei ihr der Streik ziemlich gleichgültig. Sie bemüht sich jedoch mit größtem Eifer, mittelst Annoncen in der bürgerlichen Presse Arbeitswillige heranzuziehen. Alle Gummiarbeiter und Dreher usw. werden daher ersucht, die Betriebe dieser Branche bis auf weiteres streng zu meiden.

Die Streitigkeiten über den Arbeitsnachweis der Glaser vor dem Einigungsamt.

Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wurde gestern über den § 9 des Statuts des paritätischen Arbeitsnachweises für das Glasergewerbe verhandelt, gegen den, wie der „Vorwärts" am 24. Oktober cr. bereits mitteilte, die Gewerbedeputation der Innung gegenüber Einspruch erhoben hat.

Bekanntlich handelt es sich bei dem Einspruch der Gewerbedeputation um die Bestimmung, daß bei der Arbeitsvermittelung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche den im Vertragsverhältnis stehenden Organisationen angehören, in erster Linie berücksichtigt werden. Der Innung kam der Einspruch offenbar sehr gelegen. Das zeigte sich in ihrer Quartalsversammlung am 15. Oktober cr., wo die Zuschrift der Gewerbedeputation verlesen und folgende Resolution gefaßt wurde:

„Die Innungsversammlung beschließt, daß auf dem allgemeinen Arbeitsnachweis gleiches Recht für alle dort Arbeit suchenden Gesellen herrschen muß; es darf kein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten gemacht werden. Das Kontrollieren der Mitgliedsbücher der Organisierten darf nicht gestattet werden. Kündigung findet nicht statt. Sollte keine Einigung stattfinden, so ist eine Scheidung herbeizuführen und der alte Innungsnachweis wieder herzustellen." —

Gegen diese Resolution stimmte nur der Gesellenausschuß.

Wie dieser Innungsbeschluß beweist, und wie Jahn als Vertreter der Gehülfen vor dem Einigungsamt weiter ausführte, wird von der Innung tatsächlich gegen jene Bestimmung des Arbeitsnachweisstatuts eifrig agitiert, obwohl doch die Innung dem Tarifvertrag gemäß verpflichtet wäre, für die Durchführung der Bestimmung zu sorgen. Jahn stellte nun den Antrag, das Einigungsamt möge die Innung, sofern sie jene Agitation nicht einstelle, für tarifbrüchig erklären, und ferner erklären, daß jede Einmischung Außenstehender — hier der Gewerbedeputation — in die vertraglich festgelegten Abmachungen entschieden zurückzuweisen sei.

Die Vertreter der Arbeitgeber, namentlich der Obermeister Jast, wandten dagegen ein, daß die organisierten Gehülfen in viel ärgerer Weise tarifbrüchig geworden seien. In ganzen Betrieben wäre aus nichtigen Gründen die Arbeit eingestellt worden; auf dem Arbeitsnachweis würden Beitragsmarken geklebt, die Mitgliedsbücher kontrolliert und Agitation betrieben. — Die Arbeitgeber stellten den Antrag, den § 9 des Arbeitsnachweisstatuts in ihrem Sinne abzuändern. Sie äußerten auch den Wunsch, daß die Ausgelernten der Innung bei der Arbeitsvermittelung als zur Innung gehörend angesehen werden müßten.

Jahn erwiderte darauf, daß dies doch nicht tunlich sei, weil ja Gehülfen nun einmal nicht als Innungsmitglieder gelten könnten. Im übrigen bemerkte er, daß es selbstverständlich Sache der Gehülfenvertreter im Nachweis sein müsse, festzustellen, wer von den Arbeitsuchenden organisiert sei. Wenn tarifwidrige Arbeitseinstellungen vorgekommen seien, so sei das ohne Billigung der Gehülfenorganisation geschehen, die stets darauf hingewirkt habe, daß der Tarifvertrag auch in dieser Hinsicht nicht verletzt werde. — Ferner wurde von Arbeitnehmerseite ausgeführt, daß auch die Arbeitgeber schon auf Grund des § 9 verlangt und durchgesetzt hätten, daß unorganisierte Meister bei der Vermittelung von Arbeitskräften hinten angesetzt wurden.

Der Obermeister Jost behauptete auch, daß er bei Festsetzung jenes Paragraphen von dem besser mit derartigen Dingen vertrauten Vertreter der Gehülfen überrumpelt worden sei, wogegen Jahn erwiderte, daß gerade über diese Bestimmung sehr eingehend, und zwar zwei Stunden lang verhandelt wurde. Ferner schienen die Arbeitgebervertreter darüber im unklaren zu sein, was der Satz: „Redaktionelle Aenderungen bleiben der Schlichtungskommission vorbehalten" bedeutet; sie wollten darunter offenbar sachliche, ihren Wünschen entsprechende Aenderungen verstanden wissen.

Nach weiteren Auseinandersetzungen, die sich auch auf den von der Innung beschlossenen Ausschluß der Kündigungsfrist, von dem im Tarifvertrag nicht die Rede ist, bezogen, berieten die Parteien gesondert. Irgend ein Vergleich kam nicht zustande. Das Einigungsamt verkündetee nach längerer Beratung folgenden Schiedsspruch:

„Das Statut des paritätischen Facharbeitsnachweises und die Geschäftsordnung des Nachweises sind integrierende Bestandteile des von den Parteien vor dem Gewerbegerichte abgeschlossenen Tarifvertrags vom 20. und 23. August 1906. Alle Vertragschließenden sind verpflichtet, die Bestimmung des § 9 der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises unbedingt zu befolgen. Für die Entscheidung des Einigungsamtes und das Bestehen des Tarifvertrages kann die Mitteilung der Gewerbedeputation vom 1. Oktober an den Vorstand der Glaserinnung zu Berlin nicht in Betracht kommen."

Das Einigungsamt gab der Innung dann noch den Rat, hinsichtlich der Mitteilung der Gewerbedeputation eventuell eine Entscheidung der letzten Instanz herbeizuführen. Zur Erledigung der übrigen Streitpunkte empfahl das Einigungsamt den Parteien, eine Kuratoriumssitzung einzuberufen.

Die Kutscher der Petroleumfirma Hugo Jooke, Kaiserin Augusta-Allee 6, führen seit einiger Zeit braune Kontrollkarten des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Charlottenburg, bei sich.

Es wird nun gebeten, daß die geehrte Kundschaft sich recht oft diese Kontrollkarte vorzeigen läßt.

Nicht abgestempelte Karten haben keine Gültigkeit.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Charlottenburg.

Deutsches Reich.

Nachdenkliche Scharfmacher.

Der Binnenschifferstreik wirkt. Die Unternehmer sind jetzt zu Unterhandlungen bereit, wenn sie als „Herren im Hause" geachtet werden. Der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verwandte Gewerbe, Hamburg, hat in seiner gestern in Berlin abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Es wird den Mitgliedern des Verbandes überlassen, mit ihrer Schiffsmannschaft an Hand der Dresdener Vergleichsvorschläge das Arbeitsverhältnis neu zu regeln, wobei indessen der Standpunkt, Verhandlungen mit dem Hafenarbeiterverband abzulehnen, nach wie vor festgehalten wird. Voraussetzung der Verhandlungen mit der Schiffsmannschaft ist vorherige bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. — Die Herren werden sich schon bereit erklären müssen, vor Aufnahme der Arbeit sich mit ihren Leuten zu einigen. Immerhin ist ihr Einigungsbedürfnis bemerkenswert.

Zur Bewegung der Buchdrucker.

Eine Versammlung des Ortsvereins Mannheim nahm nach langer Debatte die folgenden drei Resolutionen an:

1. Daß in Anbetracht der teueren Lebensverhältnisse in hiesiger Stadt, die sich namentlich durch das kommende Ausstellungsjahr noch mehr steigern werden, eine Erhöhung des Lokalzuschlages unbedingt notwendig sei.

2. Daß dem Redakteur Rexhäuser ein Mißtrauensvotum und ein Tadel für seine Schreibweise im „Korrespondent" auszusprechen sei.

3. Daß die Versammlung nach wie vor auf dem Standpunkte stehe, daß der neue Tarif abzulehnen sei, und daß die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung dringend notwendig sei.

*

Nach dem „Korrespondent" haben 187 Orte und Bezirke den Tarif angenommen. 28 Orte ihn abgelehnt und zwei den Beschluß ausgesetzt.

Das Wort gebrochen haben die Mannheimer Metzgermeister. Der Friedensschluß vor dem Gewerbegericht war bekanntlich auf der Grundlage erfolgt, daß die Gehülfenorganisation anerkannt und die Aussperrung aufgehoben würde. Im Vertrauen darauf, daß die Innung ihren Obermeister, den Stadtrat Groß, nicht im Stiche lassen würde, hatte das Gewerkschaftskartell den Boykott, der sehr wirksam war, aufgehoben. Die von den südwestdeutschen Metzger-Innungen eingesetzte Kommission hatte indes in der letzten Woche erklärt, daß sie nur in den Gesellenausschüssen die gesetzliche Vertretung der Gesellen erblicke, daher auf anderem Wege Gesellenangelegenheiten nicht zu regeln haben. Und am Freitagabend hat sich die Mannheimer Innung auf diesen Standpunkt der Kommission gestellt und so auch die weiteren noch ausstehenden Verhandlungen unmöglich gemacht. Die Gewerkschaft und das Gewerkschaftskartell werden nunmehr bei ihrem dadurch gebotenen weiteren Vorgehen die Innung beiseite lassen, jedenfalls die Interessen der Metzgergehülfen auf das entschiedenste vertreten. Und solchen, durch nichts zu rechtfertigenden Wortbruch wollen die Scharfmacher vom Hackklotz mit der „Eigenart" des Gewerbes und der „ordnungsgemäßen Fleischversorgung" der Bevölkerung begründen.

Zu neuen Kämpfen rüsten die baugewerblichen Hülfsarbeiter Nürnbergs, die seit ungefähr einem Jahre ausgezeichnet organisiert sind. Sie beschlossen nahezu einstimmig, den Wochenbeitrag von 45 auf 60 Pf. zu erhöhen. Die Erhöhung von 15 Pf. soll ganz in die Lokalkasse fließen, um bei den künftigen Kämpfen entsprechende Zuschüsse zu den Unterstützungen leisten zu können. Diese Maßnahmen sind auch sehr notwendig, denn die Unternehmer rüsten ebenfalls. Erst vor wenigen Tagen haben die süddeutschen Bauunternehmerverbände mit dem schweizerischen in Konstanz getagt, wobei ein Abkommen über gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen getroffen wurde. Die Herren wollen die gegenwärtigen Verhältnisse verschlechtern oder doch wenigstens verewigen, unter die zehnstündige Arbeitszeit soll nicht mehr herabgegangen werden.

In Karlsruhe i. B. haben die christlichen Gewerkschaften bei der am Montag stattgefundenen Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse eine vernichtende Niederlage erlitten. Ihre Liste, auf die sie, um zu täuschen, die Namen bekannter Parteigenossen gesetzt hatten, erhielt 321, die der freien Gewerkschaften 2181 (1904: 1200) Stimmen. Die Wahl ist typisch für das Schwinden des Einflusses des Zentrums bei den Arbeitern in den größeren Städten Südwestdeutschlands.

Noch einmal Rexhäuser. In dem gestrigen Artikel haben sich zwei unliebsame Fehler eingeschlichen. Auf der zweiten Seite Spalte 2 (1. Beilage) ist hinter der achten Zeile die Schlußzeile des Absatzes in Wegfall gekommen. Der Absatz muß also lauten:

Wie faul muß eine Sache stehen, wenn sogar der Sekretär des Tarifamtes an dieser klaren Antwort auf eine ebenso klare Fragestellung herumdeuteln muß, um seinem Freunde Rexhäuser zu Hülfe kommen zu können.

In derselben Spalte Zeile 17 von unten muß es heißen:

„weil sie die Vorwürfe einzelner ihrer Kollegen nicht länger anhören wollten, daß sie zuviel arbeiteten!"

Die Auslassung dieses Wortes: „einzelner" könnte einen Vorwurf gegen die gesamte Kollegenschaft herauslesen lassen, was der Wahrheit nicht entsprechen würde.

Ausland.

Lithographen-Streik. Wegen nicht bewilligter Lohnforderungen sind in Budapest die Arbeiter sämtlicher lithographischen Anstalten in den Ausstand getreten.

Die Ersatzwahl im dritten Berliner Landtagswahlkreise.

Die Wahlmänner-Ersatzwahlen vollzogen sich gestern zum ersten Male unter dem neuen Wahlgesetz. Lange genug hatte es gedauert, bis die Wähler des dritten Landtagswahlkreises berufen wurden, für den bereits im Februar d. J. verstorbenen Abgeordneten Zwick eine Ersatzwahl vorzunehmen. Nach langem Hin und Her wurde endlich die Wahl ausgeschrieben, aber sie vollzog sich nicht auf Grund der neuen Wahlkreiseinteilung, sondern nur auf der Basis eines neuen Wahlreglements. Während früher sämtliche Wähler zur festgesetzten Stunde bei Beginn der Wahlhandlung im Wahllokal anwesend sein mußten, konnten diesmal die Wähler während der Wahlstunden ihr Wahlrecht ausüben. Dieser Umstand kommt natürlich unserem Gegner mehr zugute als uns. Nicht, daß wir es beklagten, daß der Wähler sein Wahlrecht während der Wahlzeit ausüben kann, sondern zu unserem Ungunsten wirkt die Bestimmung, daß bereits um 7 Uhr die Wahl geschlossen wird. Um diese Zeit sind noch viele Arbeiterwähler, die ins ökonomische Joch gespannt sind, unabkömmlich, und können oft ihre Stimme nicht abgeben. Aus verschiedenen Bezirken wird uns berichtet, daß im Wahllokal befindliche Wähler ihre Stimme nicht abgeben konnten, weil bereits die Uhr sieben zeigte. Aus einem Bezirk meldet man uns, daß allein 50 Wähler deshalb um ihr Wahlrecht kamen. Es heißt zwar, daß die Wahlzeit in eine für die Wahlbeteiligung möglichst günstige Zeit gelegt werden soll, allein wir bestreiten aufs entschiedenste, daß der 7 Uhrschluß für die Wähler der 3. Abteilung ein solcher Zeitpunkt ist. Zu diesen Schwierigkeiten kommen noch eine ganze Anzahl anderer, und man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß das Wahlrecht zum preußischen Landtag so eingerichtet ist, um den Arbeitern die Ausübung direkt zu verekeln. Und noch ein Umstand ist zu berücksichtigen: Es handelte sich um eine Ersatzwahl, in der nicht einmal sämtliche Wahlmänner neu zu wählen waren, sondern nur für die seit 1903 verstorbenen, verzogenen oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner Ersatzwahlen vorzunehmen waren.

Es sind gewählt worden: **417 sozialdemokratische Wahlmänner,** 20 freisinnige und 1 konservativer Wahlmann. In 15 Bezirken findet eine Stichwahl statt; **an 12 von diesen sind wir mit unseren Wahlmännern beteiligt.** Nach den bisher ermittelten Resultaten haben **wir einen Gewinn von 13 Wahlmännern zu verzeichnen.**

Demnach ist das Verhältnis zu dem von 1903 unerheblich verändert, wenn nicht die heutigen Wahlen in der zweiten Abteilung Ueberraschungen bringen. Für uns sind natürlich neben der Zahl der gewählten Wahlmänner von großer Bedeutung die für diese abgegebenen Stimmen. Und über diese Seite der heutigen Wahl gedenken wir uns zu verbreiten, wenn die Stimmenzahlen vorliegen. Sicher ist aber schon heute, daß die Wahl von neuem den Beweis für die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems geliefert hat, daß Tausende und Abertausende der Bevölkerung von einer Vertretung im preußischen Landtag ausschließt, während eine Handvoll Leute, die den großen Geldsack haben, die Zusammensetzung des Landtags bestimmen. Und das nennt sich dann „Volks"-vertretung!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Rehfelde, 6. November. (Amtliche Meldung.) Heute um 2 Uhr 52 Minuten nachmittags entgleisten bei der Ausfahrt auf Gleis 3 vom Güterzuge 7583 auf Station Rehfelde vierzehn Wagen. Beide durchgehende Hauptgleise sind gesperrt. Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. **Hülfsbremser Nürrig-Lichtenberg-Friedrichsfelde ist tot.** Die Störung des Betriebes wird voraussichtlich sechs Stunden dauern.

Die Liebe.

München, 6. November. (W. H.) In der Nähe der Station Eisenstein warfen sich gestern der **17jährige** Bergarbeiter Prohaska und dessen **16jährige** Geliebte, nachdem **sie sich zusammengebunden hatten, vor einen Zug.** Beide wurden gräßlich verstümmelt. **Der Bursche war sofort tot, während das Mädchen später verstarb.**

Wahländerung.

Paris, 5. November. (W. T. B.) Ministerpräsident Clemenceau beabsichtigt demnächst, dem Ministerrat einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, nach dem bei den Kammerwahlen die Arrondissementswahlen **durch Listenwahlen ersetzt und alle zwei Jahre ein Drittel der Deputierten, deren Mandat sechs Jahre laufen soll, neu gewählt werden sollen.**

Das Trennungsgesetz.

Paris, 6. November. (W. T. B.) Die radikale Linke hat einstimmig beschlossen, zu verlangen, daß **das Trennungsgesetz in seinem ganzen Umfange zur Anwendung gelange** und daß besonders der Heimfall der Kirchengüter **am 11. Dezember 1906** und nicht erst am 11. Dezember 1907 eingetreten habe. Diese Haltung der Gruppe wird verschieden beurteilt, in gewissen Kreisen will man darin ein Manöver gegen das Kabinett erblicken.

Demonstration vor Gericht.

Odessa, 6. November. (W. T. B.) Vor dem Kriegsgerichte begann heute die Verhandlung der Angelegenheit betreffend die aus 11 Personen bestehende militärische Organisation, deren Mitglieder wegen Verbreitung von Ideen, die auf die Vernichtung der bestehenden Staatsorganisation hinzielen, unter die Truppen angeklagt sind. **Da das Gesuch der Verteidiger auf Befragung von Zeugen abgeschlagen wurde, verließen sämtliche Verteidiger und die in Freiheit befindlichen Angeklagten den Gerichtssaal.**

Die bestrafte Gesinnung.

Sewastopol, 6. November. (W. T. B.) Das Kriegsgericht verhandelte heute über die Angelegenheit des im Mai d. J. gegen den Festungskommandanten General Kepljujez verübten Bombenanschlages und verurteilte den sechzehnjährigen Edelmann Makarow unter Berücksichtigung seiner Minderjährigkeit wegen Teilnahme an dem Anschlage **zu zwölf Jahren Gefängnis.** Die übrigen drei Angeklagten wurden von der Anschuldigung der Teilnahme an dem Anschlage **freigesprochen, jedoch wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialrevolutionären Partei zu sieben bezw. vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Parteitag der Franzosen.

Limoges, 3. November. (Eig. Ber.)

Dritter Tag.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt Sembat. Die Diskussion über Partei und Gewerkschaft wird unterbrochen und Revelin referiert über den Antrag zugunsten der Listenwahl und der Proportionalvertretung. Er beantragt, eine populäre Broschüre über diesen Gegenstand herauszugeben und eine energische Propaganda zu beginnen. Der Parteitag beschließt eine Resolution, die die Listenwahl und den Proporz, aber das erste nur in Verbindung mit dem zweiten fordert.

Die Kommission legt die Resolution über die Haltung der Partei gegenüber der neuen Regierung vor. Sie hat folgenden Wortlaut:

Von der Erwägung ausgehend, daß kein Wechsel im Personal der Bourgeoisregierung irgendwie die prinzipielle Politik der Partei ändern könnte, ruft der Kongreß dem Proletariat in Erinnerung, daß selbst das fortgeschrittenste Programm der Bourgeoisdemokratie unzureichend ist. Er erinnert die Arbeiter daran, daß ihre Befreiung nur durch die Verwirklichung des gesellschaftlichen Eigentums möglich ist; daß es keinen Sozialismus gibt als in der organisierten und geeinigten sozialistischen Partei und daß deren parlamentarische Vertretung, indem sie sich bemüht, die Reformen durchzusetzen, die die Aktionskraft des Proletariats verstärken, gleichzeitig ohne Unterlaß allen beschränkten und allzu oft trügerischen Programmen die Wirklichkeit und die Vollständigkeit (intregalité) des sozialistischen Ideals entgegensetzt.

Die Resolution wird fast einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Diskussion über Partei und Gewerkschaft wieder aufgenommen. Renaudel spricht für den Frieden mit der Konföderation. Die Gewerkschaften haben nicht nur eine reformistische, sondern auch eine revolutionäre Bedeutung. Sie werden in der künftigen Gesellschaft die Produktion organisieren müssen. Die Revolution — das ist die soziale Umwandlung, und diese ist Aufgabe der Gewerkschaften. Auch der Generalstreik ist ein Mittel der sozialen Revolution. Wir stehen heute der Konföderation genau so gegenüber, wie wir selbst in der Zeit des Parteizwistes einander gegenüberstanden. Lassen wir von den Beleidigungen und Verdächtigungen ab! Die Partei soll sich nicht erniedrigen, sie soll aber auch keine Unterordnung der einen Aktionsform unter die andere zulassen. Wir haben die Beschlüsse der Gewerkschaften zu sehr vernachlässigt, wie das Eintreten vieler Abgeordneten für die obligatorischen Schiedsgerichte beweist.

Renard (Textilarbeiter) hält eine ungemein eindrucksvolle Rede für den Antrag der Nordföderation. Die geschlossene Beweisführung, die aus einer reichen Erfahrung und gründlichem Wissen geschöpften Argumente, die schlichte und doch kraftvolle Sprache des Redners rufen oft Beifall auf allen Seiten hervor. Der Redner zeigt zunächst die Unaufrichtigkeit der Syndikalisten, die die Neutralität als Deckmantel der antiparlamentarischen Propaganda benützen: In Amiens haben wir wohl zum Teil Genugtuung erhalten, wenn man auch unseren Antrag illoyal behandelt hat. Wir wollen die Gesellschaft auf allen Gebieten bekämpfen. Die Gewerkschaft allein kann die Lohnarbeit nicht aufheben. Der Generalstreik hat nirgends Erfolg gehabt. (Unruhe.) Wohl aber können Ausstände großer Korporationen unter Umständen die Durchsetzung von Gesetzentwürfen im Parlament erzwingen. Dies Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft ist in allen anderen Ländern als notwendig erkannt worden. Der Redner wendet sich dann gegen die Amateure des Syndikalismus, die jungen Millionärssöhne, die Streiks auf der Generalstabskarte verzeichnen, aber nirgends zu finden sind, wo wirklich gekämpft wird. — Die deutlichen Anspielungen auf Lafonts gestrige Rede wecken donnernden Applaus. — Es ist sehr billig, ruft der Redner, auf dem Parteitag seinen Esprit auf Kosten verdienter Parteigenossen glänzen zu lassen, aber fern von dem entsetzlichen Elend, das jeder Streik im Gefolge hat, gemächlich seinen Kuchen in die Schokolade zu tunken. Setzen Sie Ihren klingenden Schellen einen Dämpfer auf! Nicht den Massen zu schmeicheln, ist unsere Aufgabe, sondern unter Umständen auch vor Streiks zu warnen! Man darf nicht Streiks unter ungünstigen Verhältnissen und gegen die öffentliche Meinung beginnen! Noch ist in den Gewerkschaften viel zur Erziehung der Mitglieder zu tun. Renard verliest den Brief einer Sektion der Textilarbeiter, worin diese den Austritt aus der Gewerkschaft anzeigt, weil diese auf ihrem Kongreß die Unterstützung der schutzzöllnerischen Agitation zur Erhöhung des Zolls auf Rohseide verweigert hat. Die der Partei angehörenden Gewerkschaftler vergessen oft, daß sie Sozialisten sind, besonders auch auf den Gewerkschaftskongressen. Wir bestehen nicht auf dem Schlußsatz unserer Resolution. Was wir wollen, ist die wirklich gewerkschaftliche Arbeit in den Gewerkschaften. (Anhaltender Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Limoges, 2. November. (Eig. Ber.)

Am Beginn der Sitzung wird auf Antrag der Nordföderation ein Protest gegen das über die Petersburger Arbeiterdelegierten gefällte Urteil beschlossen.

Genossin Frau Dr. Pelletier spricht über das Frauenwahlrecht und beantragt eine Resolution zu seinen Gunsten, die trotz einiger von Provinzgenossen erhobenen Bedenken über den Einfluß des Klerikalismus auf die Frauen angenommen wird.

Genosse Compère-Morel, der alte Vorkämpfer des bäuerlichen Sozialismus referiert im Namen der ländlichen Delegierten über die Landagitation. Er empfiehlt, vorläufig von einer Resolution abzusehen, da die regionalen Verschiedenheiten zu groß seien. Die Frage der Sozialisierung des ländlichen Grundbesitzes sei noch nicht gelöst. Vielleicht werde man durch bäuerliche Kooperativen zur Vergesellschaftung kommen. — Auf Antrag des Redners wird die Konstituierung einer Agrarkommission beschlossen, die eine Enquete im großen Stil bei allen Föderationen veranstalten soll.

Die Debatte über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft wird wieder aufgenommen. Nach Hervé, der die Politik der Konförderation für eine wahrhaft sozialistische Politik erklärt und in ihr eine heilsame Synthese von Marxismus und Bakunismus erblickt, legt

Jaurès eine Resolution der Föderation Tarn vor, die die Notwendigkeit der doppelten Aktion vertritt, die volle Autonomie der Konföderation anerkennt, die Steigerung der gewerkschaftlichen Aktion bis zum Generalstreik verkündigt und die freie Kooperation der zwei Organisationen für das gemeinsame Ziel von ihrer fundamentalen Uebereinstimmung erwartet. Zu seiner Begründung führt Jaurès aus: Wir dürfen auch nicht die Möglichkeit von Mißverständnissen aufkommen lassen. Die gewerkschaftliche Idee muß in ihrem ganzen Reichtum bestehen bleiben. Die Gewerkschaften auf das kooperative Gebiet beschränken, hieße sie verkleinern. Mit Freude sehe ich die Gewerkschaften mit der Logik, die die Tugend unserer Rasse ist, vom einzelnen Streik bis zum Generalstreik fortschreiten. Dieser ist nicht an ein bestimmtes Datum gebunden, sondern ein Ziel, dem wir zustreben. Wir sehen den Block der Arbeit sich immer verstärken und schließlich in einen Block der Arbeitsverweigerung verwandeln. Schon die Furcht vor dieser Gefahr, der Schwindel, der die Kapitalistenklasse erfaßt, kann ein Instrument der gesellschaftlichen Umgestaltung werden. — Der Kongreß von Amiens hat schon, indem er die Notwendigkeit von Reformen anerkannte, tatsächlich eine Verbindung mit uns geschaffen. Denn welche Partei nimmt sich der Reformen so aufrichtig und eifervoll an wie die sozialistische? Und noch mehr: Durch die Anerkennung des sozialistischen Endziels hat die Konföderation die Brücken zu allen bürgerlichen Parteien abgebrochen und eine zu uns herüber geschlagen. Ich beglückwünsche mich zu diesem Elan der französischen Arbeiterklasse, aber ich frage: Wie kommt es, daß die Konföderation durch die Propaganda des Generalstreiks dem französischen Proletariat eine stärkere revolutionäre Energie verleihen kann, als sie die sozialistischen Parteien des Auslandes besitzen? Woher sonst, als weil im französischen Proletariat eine mächtige politische Tradition lebt, die Erinnerung an die großen Revolutionstage! Wenn wir der Konföderation die Bürgschaft für ihre volle Bewegungsfreiheit geben, werden die Einwendungen der Syndikalisten gegen das Zusammenwirken notwendig hinfällig. Hören wir auf, die Methoden nach ihren bisherigen ungenügenden Resultaten endgültig zu beurteilen. Kombinieren wir alle Methoden, um den Sieg des Proletariats zu beschleunigen. Werfen wir nicht selbst, wie sonst die Bourgeois, uns unsere Millionäre gegenseitig an die Köpfe! Der Sozialismus geht sicher über das korporative Gebiet hinaus. Er zeigt zum erstenmal die Möglichkeit einer Befreiung von allen Formen der Ausbeutung, der Befreiung der ganzen Menschheit. Halten wir dieses Ideal fest, auch wenn es gelingen sollte, die Massen der mittleren Klassen gegen uns aufzuhetzen. Wir wollen auch in einem solchen Sturm nicht eine unserer Forderungen aufgeben, nicht uns zur Empfehlung von Palliativmitteln hergeben, sondern unser Ziel, das die allgemeine Erhebung der Menschheit bedeutet, verkündigen. Den Syndikalisten aber rufen wir zu: Das Unternehmertum wendet alle Mittel, die direkte Aktion der Aussperrung und die Benützung des staatlichen Apparates an. Wollt ihr den Unternehmern gleich das halbe Schlachtfeld überlassen? Und wenn der Generalstreik geglückt, die bürgerliche Gesellschaft desorganisiert, die Macht in den Händen des Proletariats ist, dann bleiben die Millionen der Mittelklassen, die vom Kapitalismus erdrückt, aber noch nicht ganz vernichtet sind. Um ihretwillen darf der Sozialismus nicht innerhalb der Grenzen des Proletariats bleiben. Er muß verhüten, daß die Unwissenheit der anderen Klassen Verwirrung anrichte. Ohne Kompromisse zu schließen, müssen wir das Milieu für den Generalstreik schaffen. Es ist kindisch, wenn die Metaphysiker des Syndikalismus behaupten, der Unterschied zwischen Gewerkschaft und Politik sei, daß in jener die bewußten Minoritäten, in dieser die bewußtlosen Majoritäten die Entscheidung hätten. Auch in der Politik führen die bewußten Minoritäten. Aber hier wie dort gilt es, ein günstiges Milieu zu finden. Partei und Gewerkschaft haben lange genug gestritten. Beide kommen nur vorwärts, wenn sie einander nicht lähmen. Der Parlamentarismus wird seine Fehler überwinden, wie die Gewerkschaft die ihren. (Anhaltender Beifall.)

Allemane beruft sich darauf, daß er schon seit 40 Jahren für den Generalstreik Propaganda mache. Die Anarchisten hätten diese Idee lange bekämpft und erst in jüngerer Zeit adoptiert.

Nachtsitzung.

Die Diskussion wird in einer Nachtsitzung, die sich bis nach Mitternacht hinzieht, beendet. Es kommt noch Guesde zu Worte, der aber mit einem starken Unwohlsein zu kämpfen hat und seine Rede abkürzen muß. Er sagt im wesentlichen:

Die Nordföderation hat nie die Einigkeit der Gewerkschaften stören wollen. Die lokale Verbindung mit der politischen Partei ist eine Tatsache, die nicht auf den Norden beschränkt ist. Sie besteht sogar in Carmaux, dem Wahlkreis Jaurès. Die Nordföderation will auch nicht die korporative Aktion beschränken, sondern diese beschränkt sich selbst. Wir erkennen es nicht an, daß die Gewerkschaften die heutige Gesellschaft überleben sollen. Diejenigen, die sagen, daß die sozialistische Produktion die Produktion der Gewerkschaften sei, täuschen die Arbeiter. Die sozialistische Gesellschaft wird, wie Jaurès gesagt hat, allgemein menschlich sein. Die Gewerkschaft ist eine Kampforganisation, die dem schlechten Willen der Bourgeoisie Verbesserungen zu entreißen hat. Eine Gewerkschaft, die diese Rolle überschreitet, spaltet die Arbeiterschaft. Es soll keine roten und gelben Gewerkschaften geben, sondern eine einheitliche korporative Vereinigung aller Arbeiter. Indem man sie, wie die Konföderation auf Gesinnungen wie den Antipatriotismus vereidigt, spaltet man die Arbeiterschaft. Die Konföderation ist noch lange nicht die organisierte Arbeiterklasse. Sie ist viel zu schwach, als daß sie die Superiorität über die Partei beanspruchen dürfte. Die Gewerkschaften haben andere Aufgaben als die Partei. Sie kämpfen gegen die einzelnen Unternehmer, unter Umständen gegen die Gesamtheit der Unternehmer, aber nicht gegen die Einrichtung des Unternehmertums. Die revolutionäre ökonomische Aktion ist die der politischen Partei, die allein an die Institution des Eigentums greift. Die politische Aktion ist nicht bloß die Fabrikation von Deputierten und Gesetzen, sondern die ökonomische Expropriation. Die Gewerkschaft genügt nicht sich selbst. Auch dann nicht, wenn sie gewaltsame Mittel anwendet. Wenn man Laternen einwirft, Soldaten erschlägt und Fabriken erstürmt, hebt man damit das Eigentum auf? Man muß der revolutionären Phrase ein Ende machen, weil sie todbringende Illusionen schafft. Wir dürfen die Arbeiter nicht betrügen lassen und müssen ihnen zeigen, daß das Proletariat die Regierung, den Staat anzugreifen hat. Mein Standpunkt ist der aller internationalen Kongresse. Wollen Sie mit der Internationale brechen, den paar Anarchisten von Amiens zuliebe? Wir wollen keinen Krieg gegen die Konföderation, überhaupt keinen gegen die Arbeiter, auch wo sich diese täuschen. Aber wir müssen den Arbeitern die Wahrheit des Sozialismus in Erinnerung rufen, zum Schutz vor den Trugbildern des neuen Syndikalismus. Auch wir wollen die beiden Aktionen. Nicht weil sie gleichen Wert, sondern weil sie gleiche Notwendigkeit haben. Weil wir keine Politik in den Gewerkschaften wollen, müssen wir diese den Anarchisten entreißen. Unsere Genossen in den Gewerkschaften sollen aber im Einvernehmen mit der Partei und mit ihrer Unterstützung arbeiten. (Starker Beifall.)

Verschiedene zu diesem Punkte eingebrachte Resolutionen werden zurückgezogen. Es bleiben nur zwei übrig: die von Jaurès vertretene und die der Föderation Nord, doch zieht diese den Schlußsatz zurück, der am meisten Anstoß erregt hat. Man übergibt beide der Kommission zur Redigierung einer für den ganzen Kongreß annehmbaren Formel, doch wird beschlossen, daß die Kommission vorher durch eine Abstimmung feststellen soll, welche der beiden Tendenzen die Mehrheit hat. Die Kommission tagt bis 4 Uhr früh, kommt aber zu keiner Einigung.

Vierter Tag.

Vormittagssitzung.

Die Sitzung beginnt erst um 10 Uhr, da die Delegierten zuvor am Grab des seinerzeit bei den Streikunruhen erschossenen Arbeiters einen Kranz niedergelegt haben.

Es wird über die zwei Resolutionen von Tarn und Nord die Abstimmung nach Mandaten vorgenommen. Sie ergibt folgendes Resultat:

Zahl der gültigen Mandate	289
Für die Resolution Tarn	148
„ „ Nord	130
Enthaltungen	9
Auf dem Appell meldeten sich nicht	2

Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß die Arbeiterklasse ihre vollständige Befreiung nur durch die kombinierte Kraft der gewerkschaftlichen und der politischen Aktion der Gewerkschaften, die bis zum Generalstreik vorwärts getrieben wird, und des Sozialismus bewirken kann, der die ganze politische Gewalt zum Zwecke der vollständigen Befreiung vom Kapitalismus erobert;

in weiterer Erwägung, daß diese doppelte Aktion um so wirksamer sein wird, als der gewerkschaftliche und der politische Organismus eine volle Autonomie haben werden,

nimmt der Kongreß die Erklärungen des Kongresses von Amiens zur Kenntnis, die die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaft gegenüber allen politischen Parteien feststellen und gleichzeitig dem Syndikalismus ein Ziel anweisen, das der Sozialismus allein unter den politischen Parteien anerkennt und verfolgt.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß diese fundamentale Uebereinstimmung notwendig, ohne Konfusion, ohne Unterordnung, ohne Mißtrauen eine freie Korporation beider Organisationen herbeiführen wird, fordert der Kongreß alle Genossen auf, nach ihren Kräften dahin zu wirken, daß das Mißverständnis zwischen der Arbeitskonföderation und der sozialistischen Partei zerstört werde."

* * *

Nachtrag: In der Donnerstagsitzung wurde ein Begrüßungsschreiben des deutschen Parteivorstandes verlesen, der das Bedauern ausspricht, daß die deutsche Sozialdemokratie diesmal keinen Delegierten entsenden konnte.

* * *

Limoges, 4. November.

Nachmittagssitzung.

(Vorläufiger Bericht.)

Beraten wird der Punkt: Die Nationalitäten, der Militarismus und der Krieg; die internationale Aktion der Arbeiter; der Sozialismus und das Vaterland. Die sehr lebhafte Debatte, an der Hervé, Jaurès, Vaillant, Guesde, Sembat u. a. teilnehmen, endet mit Annahme einer Resolution Vaillant, die erklärt, daß jede Nation und ihre Arbeiterklasse die Pflicht habe, die Unabhängkeit ihres Landes zu verteidigen; die Arbeiter aller Länder haben dabei zu helfen. Die Sozialisten haben Kriegen vorzubeugen und sie mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention bis zur Insurrektion zu verhüten. Diese Resolution erhält 155 Stimmen. Eine Resolution Guesde, die als einzig wirksame Aktion gegen Krieg und Militarismus den Kampf gegen den Kapitalismus erklärt, erhielt 98, die Hervésche Resolution 31 Stimmen. Die Nachtsitzung brachte den Schluß des Parteitages mit einer ergebnislos verlaufenen Debatte über die Frage, ob man zugleich Sozialist und Freimaurer sein kann. Als nächster Parteitagsort wurde Nancy bestimmt.

Zur Frage des gesetzlichen Mindestlohnes.

London, 31. Oktober.

Die Frage der gesetzlichen Festlegung eines Mindestlohnes beschäftigt gegenwärtig die meisten Sozialpolitiker Englands. Ein derartiges Gesetz soll erlassen werden, aber nur für Heimarbeiter und die übrigen unteren Schichten des Proletariats — insgesamt etwa fünf Millionen männliche und weibliche Arbeiter. Für weniger als den Mindestlohn soll keiner dieser Arbeiter beschäftigt werden; der Mindestlohn soll die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ermöglichen und so dem körperlichen und geistigen Verkommen eines Teiles der Arbeiterklasse vorbeugen.

Die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohnes entspringt folgender Erkenntnis: Innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Gesellschaft gibt es vorläufig nur zwei Methoden, einer Verelendung der Arbeiterklasse Einhalt zu tun: die Fabrikgesetzgebung und das Gewerkschaftswesen. Dies sind die Methoden, die wir vom 19. Jahrhundert übernommen haben. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigt sich aber, daß diese beiden Methoden nicht wirkungsvoll genug sind, die Existenz eines großen Teiles der Arbeiterklasse zu ermöglichen. Die Fabrikgesetzgebung schützt nur diejenigen Arbeiter, die eine mehr oder weniger beständige Beschäftigung in der Fabrik finden. Die nur gelegentlich beschäftigten Arbeiter, die Arbeitslosen und die Heimarbeiter bleiben also von den Wohltaten des Arbeiterschutzes ausgeschlossen. Das Gewerkschaftswesen erleichtert nur den organisierten Arbeitern den Kampf um ein Existenzminimum. Und organisierbar sind nur diejenigen Arbeiter, die ein gewisses Maß von körperlicher und geistiger Tätigkeit besitzen, um den Gedanken der Organisation erfassen und festhalten zu können. Wie die Erfahrung lehrt, ist dieses Maß von Tüchtigkeit nur bei einer Minderheit von Arbeitern zu finden. So bleibt ein großer Teil von Arbeitern außerhalb der Fabrikgesetzgebung und außerhalb der Gewerkschaft. Unter diesen befinden sich die Heimarbeiter, die industrielle Reservearmee und die „Unemployable", d. h. diejenigen, die zu keiner Arbeit taugen. Die Unemployable sind entweder körperlich oder geistig minderwertig und bilden, wie manche Gesellschaftsforscher mit einem biologischen Ausdrucke sagen: die Abfälle des gesellschaftlichen Stoffwechselprozesses. In Wirklichkeit sind jene die Opfer der bisherigen sozialen Ordnung und müssen vor der Gesellschaft in Schutz genommen werden.

Das Problem des Mindestlohnes beginnt also dort, wo die Arbeiterschutzmethoden des 19. Jahrhunderts, die Fabrikgesetzgebung und das Gewerkschaftswesen, versagen. Durch die Fabrikgesetzgebung greift der Staat in den technischen Produktionsprozeß zugunsten der darin beschäftigten Arbeiter ein, ohne sich indes um das Geldverhältnis zwischen Kapital und Arbeit direkt zu kümmern. Das Gewerkschaftswesen greift auch in das Geldverhältnis ein, aber hier stehen Private gegen Private, wobei der Staat nur den Polizisten spielt. Durch die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes soll der Staat nun einen weiteren Schritt tun und in das Geldverhältnis eingreifen. Aber er muß unseres Erachtens weiter gehen. Er muß das Minimum an materiellen und geistigen Bedürfnissen festlegen, das eine englische Arbeiterfamilie zu Anfang des 20. Jahrhunderts nicht nur wirklich hat, sondern wie sie es haben muß; denn es handelt sich bei dieser Maßregel doch um eine Hebung der unteren Schichten und nicht um eine Niederhaltung derselben. Das Bedürfnisminimum kann also nicht auf denselben tiefen Niveau bleiben, wie es jetzt ist oder wie es die unteren Schichten sich selbst denken. Es muß vielmehr so gestaltet sein, wie ökonomisch gebildete Sozialpolitiker, die den überschäumenden Reichtum der modernen Gesellschaft kennen, es für kulturwürdig halten.

Das Problem ist auch nach dieser Erwägung noch lange nicht erschöpft. Was soll mit den Arbeitern geschehen, die unter den jetzt obwaltenden Umständen noch einigermaßen beschäftigt sind, aber den gesetzlichen Mindestlohn nicht verdienen können? Denn dieser Mindestlohn wird verhältnismäßig anständig sein müssen, und für einen anständigen Lohn wird doch der Arbeitgeber nur durchaus leistungsfähige Arbeiter anstellen wollen. Werden da nicht viele minder leistungsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen schlechter daran sein als jetzt?

Die Frage des Mindestlohnes ist also recht schwierig und tiefgreifend; sie ist keine einfache Lohnfrage, sondern ein großes Stück der sozialen Frage. Die Gesetzgeber würden zu erwägen haben: Ist der Reichtum und das Nationaleinkommen Englands groß genug, um die kulturwidrige Not der unteren Schichten des Proletariats beseitigen zu können? Wie hoch soll das Bedürfnisminimum einer proletarischen Familie sein? Sind Staat und Gemeinde bereit, diejenigen Arbeiter, die von der Privatproduktion nicht den gesetzlichen Mindestlohn erhalten und deshalb nicht beschäftigt werden können, mit Beschäftigung zu versehen? Denn es ist sicher: bleiben diese Arbeiter unbeschäftigt, so werden sie das Mindestlohngesetz nicht beachten, sondern weiter als Heimarbeiter für Hungerlöhne schuften. Soll nun das Mindestlohngesetz wirkungsvoll sein, so müssen Staat

und Gemeinde die durch das Gesetz brotlos gewordenen Arbeiter beschäftigen können.

Die englischen Sozialpolitiker und Sozialisten, die sich mit der Frage des Mindestlohnes beschäftigen, scheinen all diese Einwände, Schwierigkeiten und Erwägungen in Betracht zu ziehen. Sie sind sich wohl bewußt, daß sie da an eine Frage herantreten, die nicht im Handumdrehen gelöst werden kann. Für dieses Problem interessieren sich drei Gruppen: die Sozialpolitiker (Sozialliberale und Fabier), die Liga für Frauengewerkschaften und die Sozialisten. Die Ansicht der Fabier ist in einer Broschüre: „The Case for a legal Minimum Wage", ebenso in einigen öffentlichen Aeußerungen Sidney Webbs niedergelegt. Die Frauengewerkschaften erklärten auf dem diesjährigen Trade-Unionskongreß in Liverpool, daß an eine gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiterinnen nicht zu denken sei, bis diese nicht durch einen gesetzlichen Mindestlohn an Stärke und Selbstvertrauen gewonnen haben. Die Sozialisten interessieren sich für diese Frage, da sie der Ansicht sind, der gesetzliche Mindestlohn müsse zu einer Ausdehnung der staatlichen und munizipalen Unternehmungen führen.

Von den Aeußerungen zur eigentlichen Lage sind drei wichtig: Auf die Frage, ob das Nationaleinkommen Englands groß genug sei, die kulturwidrige Not der unteren Schichten des Proletariats zu beseitigen, antwortete der sozialliberale Abgeordnete Chiozza-Money in einem Vortrage auf der Heimarbeits-Konferenz am 26. Oktober. Er sagte: Das Nationaleinkommen des Vereinigten Königreichs beläuft sich auf 1710 Millionen Pfund Sterling. Davon fließen 890 Millionen an fünf Millionen Personen, welche Einkommensteuer zahlen. Etwa ein Dreißigstel der Nation bezieht ein Drittel des Nationaleinkommens. Frei von Einkommensteuer sind 38 Millionen Personen, die insgesamt 880 Millionen Pfund Sterling beziehen. Das Durchschnittseinkommen eines englischen Kleinbürgers ist 75 Pfd. Sterl. jährlich, das eines Arbeiters 45 Pfd. Sterl., das eines gelegentlich beschäftigten Arbeiters und eines Heimarbeiters 26 Pfd. Sterl. Eine Erhöhung des Wochenlohnes auf 30 Schilling würde eine Summe von 195 Millionen Pfund Sterling kosten, die den großen Einkommen entnommen werden könnten, ohne daß ihren Eigentümern irgend welcher Schaden zugefügt würde. Die Zeit ist überreif für einen wöchentlichen Mindestlohn von 30 Schilling.

Sidney Webb meinte auf derselben Konferenz: die Wirkungen eines gesetzlichen Mindestlohnes könnten nur gute sein. Ein derartiges Gesetz werde zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit führen, ferner zu einem Bestreben der Arbeitgeber, alle technischen Fortschritte auszunützen, schließlich zur Ausscheidung der minder leistungsfähigen Werkstätten. Die Heimarbeit wird aufhören; sie wird dem Wettbewerb unterliegen, wenn sie nicht mehr durch Hungerlöhne gestützt ist. Alles was zur Produktivität der Arbeit und zur Vervollkommnung der Technik beiträgt, ist gut für die ganze Gesellschaft. Man muß wohl darauf gefaßt sein, daß sich anfangs die Zahl der Arbeitslosen vergrößern wird, aber der Arbeitslosigkeit kann nach und nach abgeholfen werden durch Einschränkung der Zahl der jugendlichen Arbeiter und durch Einführung eines Normalarbeitstages. Bleiben werden nur die Unemployable, für die Staat und Gemeinde sorgen müssen.

Von Allgemeinheiten zu Einzelheiten übergehend gibt die oben genannte Broschüre der Fabier folgenden Umriß des Gesetzes: Das Gesetz soll den ganzen Staat umfassen, um keinem seiner Distrikte einen Vorteil über den anderen zu geben. Es muß zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern unterscheiden. Der weibliche Mindestlohn soll geringer sein als der männliche; denn ein gleicher Mindestlohn würde dazu führen, die Arbeiterin auszuschalten und sie aufs Pflaster zu setzen. Der Mindestlohn des Mannes muß derart festgesetzt sein, daß er zur Erhaltung einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Familie genügt. Der Lohn der Arbeiterin ist nur für eine einzelne Person zu berechnen. Eine Witwe mit Kindern, die von ihr abhängig sind, soll einen staatlichen Zuschuß erhalten. Die Grundlage des Mindestlohnes ist das festgestellte Bedürfnisminimum, das für alle Arbeiter dieser Kategorie gleich ist. Da aber die Lebensmittel- und Kleidungspreise sowie Wohnungsmiete nicht überall die gleichen sind, so sollen die Lokalbehörden Lohnämter einrichten, um das Bedürfnisminimum in Geld zu übersetzen. Der Mindestlohn wird als Zeitlohn aufgefaßt. Da aber vielfach Stückarbeit vorherrscht, so sollen Gewerksämter eingerichtet werden, um den Stücklohn mit dem Mindestlohn in Uebereinstimmung zu bringen. 56 Arbeitsstunden sollen als eine Arbeitswoche betrachtet werden. Um allzu tiefe Störungen zu vermeiden, ist das Gesetz nach und nach, aber systematisch einzuführen. —

Aus der Partei.

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. vermehrte seinen Mitgliederbestand im 3. Quartal von 3227 auf 3412. Da außerdem noch 520 Genossen regelmäßige Beiträge entrichten, beträgt die Zahl der organisierten Parteigenossen insgesamt 3932. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 4995,82 M. An das Provinzial-Agitationskomitee wurden 300 M. und an den Parteivorstand in Berlin 800 M. gezahlt. Als Kassenbestand verbleibt die Summe von 221,79 M. Vom Wahlfonds wurden als Jahresbeitrag des Frankfurter Wahlkreises 1500 M. an den Parteivorstand abgeführt.

Der sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend zählte am Schluß des Monats Oktober 7574 Mitglieder gegen 7533 Ende September.

Im Wahlkreis Sagan (Schlesien), wo erst im September 1905 der erste sozialdemokratische Ortsverein mit 18 Mitgliedern gegründet wurde und es gegen Ende des Jahres 1905 nur zwei Ortsvereine mit 42 Mitgliedern gab, zählt der Kreisverein jetzt 329 Mitglieder.

Die Errichtung eines Parteisekretariats wurde auf der Wahlkreiskonferenz für den Wahlkreis Mannheim beschlossen. Zur Aufbringung der auf jährlich gegen 3000 M. betragenden laufenden Ausgaben soll eine Erhöhung des Beitrages um monatlich 5 Pf. für die Genossen der Stadt eingeführt werden, während die Landorte nur 1 Pf. pro Monat und Mitglied mehr an die Kreiskasse abführen sollen.

Der Sozialdemokratische Verein des Wahlkreises Mannheim ist im dritten Quartal von 4542 auf 4668 Mitglieder gewachsen. Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 2995,92 M., der Kassenbestand beträgt 629,33 M.

Der Sozialdemokratische Verein Pirmasens hatte in 9 Monaten 1691,54 M. Einnahmen. Der Vermögensbestand ist 806,41 M. Der Mitgliederbestand ist stehen geblieben.

Die progressive Parteisteuer wurde auf der Landeskonferenz der anhaltischen Sozialdemokratie in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 56 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Der Beschluß lautet wie folgt:

Der Vereinsbeitrag beträgt für Mitglieder bis zu 1200 M. Einkommen monatlich 10 Pf. Für je angefangene weitere 300 M. Einkommen sind gleichfalls 10 Pf. zu zahlen. Von dem Vereinsbeitrage sind 20 Proz. an den Parteivorstand in Berlin zu senden.

Der Landesvorstand hatte den Antrag gestellt, nur hatte er die Staffel auf 600 M. normiert. Durch ein Amendement des Genossen Buchdrucker Max Metzner wird die noch weit schärfere Staffel von 300 M. beschlossen.

Zur Deckung lokaler Bedürfnisse wird neben dem obigen Beitrag ein besonderer Ortsbeitrag erhoben.

Der Aufsichtsrat des „Volksblatt für Anhalt" beschloß die Anstellung eines lokalen Berichterstatters für Dessau, als der Genosse Buchdrucker Heinrich Linneweber gewählt wurde. Das anhaltische „Volksblatt" hat jetzt drei Redakteure und einen Berichterstatter. — Für Cöthen und Coswig wurden vom Aufsichtsrate die Genossen Lagerhalter W. Theuerjahr und Tischler Wilh. Müller als örtliche Parteibeamte angestellt.

Totenliste. In Hamburg starb der Genosse Friedrich Lendholt, der Braasten einer von der alten Garde. Er war einer der Tätigsten und Treuesten unter dem Sozialistengesetz und hat mutvoll die gefährlichsten Posten bekleidet. Seit langem hinderte ihn schwere Krankheit — die Schwindsucht hat ihn weggerafft — an öffentlicher Tätigkeit, aber bis zum letzten Atemzuge blieb er der Partei treu.

Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Es sei hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß die Expedition der „Jungen Garde" jetzt durch den Genossen Paul Körner, Mannheim, T 6, 14, besorgt wird. Sämtliche Bestellungen der Ortsvereine, Vertrauensleute, Abonnements und der Versand von Probenummern werden von dort erledigt. Ortsvereine, die durch den Wechsel der Expedition nicht bis zum 4. des Monats im Besitz ihrer Zeitungen sind, werden gebeten, sofort zu reklamieren.

Expedition: Paul Körner.

Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Zuviel erwartet das „Volksblatt für Anhalt" von den vom Parteivorstand in Aussicht genommenen Reichskonferenzen der Parteisekretäre und Parteiredaktionen. Es meint:

Das wird recht gut sein, z. B. um solche unerquicklichen und höchst schädlichen Konflikte zwischen „Vorwärts" und Buchdrucker-„Korrespondent" zu vermeiden.

Wir glauben nicht, daß solche Konferenzen verhindern können, daß Herr Rexhäuser auf sachliche Kritik in pöbelhaften Ausfällen antwortet.

Gut abgeführt hat die „Leipziger Volkszeitung" einen schmutzigen Angriff, den der „Lederarbeiter" gegen sie gerichtet hat. Dies Blatt hatte ihr „schmutzige Bekämpfung" des Buchdruckertarifs vorgeworfen und dann geschrieben:

„Das ist wahre Demagogie. Die leitenden Personen der „Leipziger Volkszeitung" kennen doch die Arbeit und das Arbeiterleben nur vom Hörensagen, . . . es ist der Appell an die schwielige Faust von Leuten, die sich ihre Stiefeln im Leben noch nie selbst geputzt haben!"

Wo hier die Demagogie und der Appell an die schwielige Faust steckt, entgegnete die „Leipziger Volkszeitung", ist klar. Im übrigen sei dem „Lederarbeiter" zu seiner Beruhigung mitgeteilt, daß die in Frage stehenden Artikel sämtlich von „Leuten" verfaßt sind, deren Stiefel noch nie ein anderer geputzt hat. Sie stammen nämlich von — Mitgliedern des Buchdruckerverbandes!

Gemeindewahlen. In Neu-Ruppin beschlossen unsere Genossen, sich in energischer Weise an den Ende dieses Monats stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. In einer Versammlung am Montagabend referierte Genosse Fülle-Berlin über die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, worauf vier Kandidaten zur dritten Wählerklasse, zwei Ansässige und zwei Unansässige, aufgestellt wurden. Durch eifrige Agitation bis zum Wahltermin wollen unsere Genossen versuchen, der Neu-Ruppiner Arbeiterschaft endlich Vertretung im dortigen Rathaus zu verschaffen.

Aus der holländischen Sozialdemokratie.

Amsterdam, 3. November. (Eig. Ber.)

Vor acht Tagen brach an unserem holländischen Parteiblatte „Het Volk" in einem unüberlegten Augenblick ein Streik der Austräger aus. Es handelt sich um eine schon seit langer Zeit schwebende Differenz zwischen dem Verein der Austräger und der Verwaltung über die Löhne. Diese sind auch durchaus nicht geringer als an irgend einem bürgerlichen Blatte Hollands und die Austräger haben manche Vorteile wie Krankengeld, jährliche Vakanz mit Beibehaltung des Lohnes und Vakanzzuschlag usw. Aber die Löhne der verschiedenen Austräger waren sehr ungleich und stets schwankend, da sie auf einem Besorglohn pro Stück beruhten. Durch den Umzug der Leser, vor allem nach den neueren Stadtteilen, gingen früher verhältnismäßig ertragsreiche Austrägerbezirke zurück. Einen von der Verwaltung schon früher vorgeschlagenen Stundenlohn zur Erreichung gleichmäßigerer, gerechterer und stabiler Löhne hatte der Verein der Austräger als nachteilig angesehen. Der Verein verlangte nunmehr die Garantie eines Lohnminimums mit Ancienmitätssteigerung, unter Beibehaltung jedoch des Stücklohnes. Die Verwaltung erachtete das für eine unmöglich zu erfüllende Forderung mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit und die finanzielle Schwäche unseres Parteiblattes, das noch immer beträchtlicher Unterstützung aus einem von den holländischen Genossen errichteten Garantiefonds bedarf. Bevor die Angelegenheit, die wahrscheinlich durch ihre schon allzu lange Dauer verschärft war, von den verschiedenen Instanzen geregelt werden konnte, brach der Streik aus. Die Austräger behaupten infolge Provokation des Geschäftsführers. — Am heutigen Sonnabend wurde die Arbeitsniederlegung vom Verein der Austräger aufgehoben, nachdem in einer Konferenz mit der Verwaltung des Blattes letztere auf Einführung des Stundenlohnes vom 1. Januar ab bestanden hatte, wobei jedoch gegenseitige Verhandlung stattfinden soll. Die Aufhebung des Streiks wurde in einer Versammlung des Vereins mit einer Resolution beschlossen, worin die Meinung ausgesprochen wird, daß nur Bewilligung der gestellten Lohnforderung eine dauernde Besserung ermögliche; die Art und Weise der Behandlung dieser durchaus angemessenen Forderung durch die Verwaltung des Blattes wird getadelt und die Bekämpfung und der Widerstand vor allem seitens der Redaktion von „Het Volk" bedauert. Der Vorbehalt weiteren kräftigen Widerstandes wird gemacht, falls der einzuführende Stundenlohn Verschlechterung der jetzigen Löhne verursachen sollte.

Die holländische Kapitalistenpresse freut sich ob dieser Differenz in einem Parteiinstitute, klagt, daß es seine Art hat, drauflos, weigert sich aber — die von ihren Expeditionen gezahlten Löhne zu publizieren, die jedenfalls die am „Het Volk" bezahlten hinter sich lassen. Natürlich bieten jene Betriebe keine der erwähnten Vorteile ihren Austrägern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Prozeß Liman—Mehring, der am Montag zu Leipzig verhandelt werden sollte, ist, wie die „Leipziger Volkszeitung" mitteilt, in letzter Stunde wegen Erkrankung des Richters vertagt. „Augenscheinlich wurde dem Herrn schlimm, als er das Material gegen den Liman durchlas", meint unser Leipziger Parteiorgan optimistischer Weise.

Die „Leipziger Volkszeitung" teilt außerdem mit, daß dem Genossen Herre die neueste Anklageschrift wegen Böhme-Beleidigung zugestellt ist. Durch zwei Ueberschriften soll dieses schnöde Verbrechen begangen sein. Einmal durch die Ueberschrift des Leitartikels in Nr. 246 der „Leipziger Volkszeitung" Liman und Böhme (die Schandtat liegt in dem Wörtlein: und) und zweitens in der Ueberschrift des Prozeßberichts: Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank.

Freuden der Landagitation. Die „Pfälzische Post" berichtet von den Erlebnissen zweier Landauer Genossen, die am vorigen Sonntag das Dorf Mörzheim besuchten, um dort Abonnenten für das Parteiorgan zu werben. „Nach getaner Arbeit", erzählt unser Ludwigshafener Parteiblatt, „kehrten zwei der Genossen in einer Wirtschaft ein und gerieten mit den anwesenden Gästen in politischen Meinungsaustausch, was dem anwesenden Sohne des Bürgermeisters Silbernagel nicht in den Kram paßte. Er ging fort und holte seinen Vater, den Dorfobersten, der die beiden †††-Sozialdemokraten zur Raison bringen sollte. Kaum hatte der Dorfoberste in Begleitung von sechs handfesten Bauern die Schwelle des Wirtszimmers betreten, polterte er auch schon los: „So, das sind die Sozialdemokraten, die unser Dorf unsicher machen wollen." Er ging auf einen der Genossen zu, warf ihm einen Lausbuben an den Kopf, und drohte ihm mit „in den A . . . . treten." Als sich darauf der betreffende Genosse, ein schon längst im wahlfähigen Alter stehender Mann, diese Art Behandlung verbat, ergriff das Bürgermeistersöhnchen einen Stuhl, um mit demselben auf den Genossen einzuschlagen; der Genosse war aber etwas flinker und fing den ihm zugedachten Schlag ab. Alles fiel dann über ihn her, in der Zeit von 0,5 hatte er die Wirtschaft im Rücken, so schnell war er hinausbefördert worden. Nun wurde der andere Genosse, der seinem bedrängten Kollegen beistehen wollte, aufgefordert, das Lokal und das Dorf zu verlassen. Da er einsah, daß er hier den kürzeren ziehen würde, wollte er sich in das Unvermeidliche fügen, unter der Bedingung, daß ihm polizeilicher Schutz gewährt werde. „Was, Schutz willst Du, ich gebe Dir Schutz, einen Tritt auf das A . . . . loch bekommst Du!" Das war die Antwort, die ihm der Herr Dorfoberste gab. Ehe sich der Genosse versah, hatte ihn der Herr Bürgermeister schon am Kragen gepackt, im Nu war er mit gebrochenem Finger, zerrissenen Kleidern und so weiter im Wirtschaftshofe angelangt. . . . Jedenfalls wird die Sache für den Mörzheimer Dorfobersten noch einen unangenehmen Nachgeschmack haben. . . ."

Soziales.

Nachklänge zum Feldzug der Reichsverbändler gegen die Ortskrankenkasse der Schneider.

An die „segensreiche" Tätigkeit der Reichsverbändler in der Ortskrankenkasse der Schneider erinnert wieder eine jüngst erledigte Beleidigungsklage, die gegen den Genossen Täterow anhängig gemacht war. Wegen der Mißwirtschaft in der Schneiderkasse unter der glorreichen Aegide des Schneidermeisters Broda kam es bekanntlich zu mehrfachen Auseinandersetzungen zwischen den organisierten Schneidern und dem reichsverbändlerischen Anhang der wohl sehr staats-, aber nicht kassenerhaltenden Meisterschaft. Hieraus resultierte dann ein ganzer Rattenkönig von Beleidigungsklagen gegen den Genossen Täterow. In einem dieser Prozesse hatte damals der Schneidermeister Schmidt als Zeuge bekundet, daß Täterow in einer stürmisch verlaufenen Versammlung mit einem Bierseidel nach seinem reichsverbändlerischen Gegner geworfen habe. Auf Grund der weiteren Beweisaufnahme kam das Gericht aber zu der gegenteiligen Ueberzeugung und sprach Täterow frei. Nun sollte T. den Herrn Schmidt jedoch schwer beleidigt haben, weil er in zwei Versammlungen angeblich behauptete, Schmidt habe bei der Bierseidelgeschichte einen Meineid geleistet. Die Folge war also eine neue Anklage gegen T. In dem Termin ergab sich nun, daß T. sich lediglich dagegen verwahrt hatte, daß Herr Schmidt mit der unwahren Behauptung krebsen ging. T. sei wegen des bewußten Werfens mit dem Bierseidel bestraft. Das Gericht erkannte an, daß T. durchaus in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe und kam nach kurzer Beratung wieder zu einem Freispruch.

Wertzuwachssteuer in Hessen.

Die hessische Regierung hat ihren Landständen ein Spezialgesetz über die Wertzuwachssteuer unterbreitet, das im wesentlichen folgendes bestimmt: Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern sind berechtigt, ortsstatutarisch die Wertzuwachssteuer einzuführen. Als Wertzuwachs gilt der Mehrwert, den das veräußerte Grundstück zur Zeit der Veräußerung gegenüber dem Wert zur Zeit des Erwerbes hat. Der Wertzuwachs, der vor dem Inkrafttreten eines die Steuer einführenden Ortsstatuts eingetreten ist, bleibt von der Steuer verschont; abgesehen von einer, eine gewisse rückwirkende Kraft enthaltenden Uebergangsbestimmung kommt nur der Wertzuwachs zur Versteuerung, der von Erlaß eines solchen Ortsstatuts ab entsteht. Vom Wertzuwachs abzusetzen und somit nicht zu versteuern sind Aufwendungen des Eigentümers für die Bebauung des Grundstücks, für Umbauten und sonstige Herstellungen, die zum Straßen- und Kanalbau geleisteten Beiträge, bei unbebauten Grundstücken 4 Proz. Zinsen vom Wert des veräußerten Objektes. Werterhöhungen infolge des Fundes von Mineralien, Quellen usw. Die Steuersätze dürfen den Satz von 20 Proz. des Wertzuwachses überhaupt nicht, wenn die Wertsteigerung aber nicht mehr als 60 Proz. beträgt, den Satz von 15 Proz. des Wertzuwachses nicht übersteigen; sie können progressiv und proportional der Höhe des Wertzuwachses sein, vorgeschrieben ist keines von beiden. Wohl aber bestimmt der Entwurf ausdrücklich, daß die Sätze nach der Zeitdauer des Besitzes abgestuft werden sollen: beträgt diese über 5 und unter 10 Jahren, so dürfen höchstens zwei Drittel, beträgt sie über 10 Jahre, so darf nur die Hälfte jener Sätze erhoben werden. Die Abgabe soll von den staatlichen Steuerbehörden veranlaßt werden. Die Vorschriften des Entwurfs sollen nur den Rahmen bilden, innerhalb dessen sich die Ortsstatuten der Gemeinden frei bewegen können.

Witwen- und Waisenversicherung der Seeleute.

Als die Seeberufsgenossenschaft in ihrer Genossenschaftsversammlung vom 11. Dezember 1905 die Satzungen der Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherungskasse beraten und angenommen hatte, wurde von den der Unternehmerklasse dienenden Organen ein gewaltiges Tamtam über diese angebliche sozialpolitische Großtat geschlagen. Auch nicht gerade unbedingt in das Horn der Unternehmer stoßende bürgerliche Sozialpolitiker priesen die „sozialpolitische Errungenschaft" übers Schellenhaus und gossen überreichliche Tintenströme über die bösen Sozialdemokraten, die behaupteten: die Seeberufsgenossenschaft kann und muß durch Gesetz zu einer Waisen- und Witwenversicherung gezwungen werden; was die Seeberufsgenossenschaft ohne direkten Zwang auf diesem Gebiete leisten wird, wird außerordentlich geringfügig sein. Bei Beratung der Unfallgesetznovelle ist leider nur ein Teil der von sozialdemokratischer Seite zugunsten der Seeleute gestellten Anträge durchgegangen. Für die weiteren Forderungen war trotz der kolossalen Profite der Großreedereien die bürgerliche Mehrheit nicht zu haben. Sie verschanzte ihre Ablehnung hinter den Hoffnungen, die auf eine freiwillige Versicherung durch die Seeberufsgenossenschaft gesetzt wurden. Am 11. Dezember 1905 wurde auch der Kaiser von der angeblichen Großtat telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Die Sozialdemokratie blieb kühl — erst abwarten, erst wollen wir die Statuten sehen, meinten sie. Und wie richtig ihre Stellung war, zeigt die jetzt erfolgte Veröffentlichung der Satzungen. Ihr Bekanntwerden wird nicht verfehlen, selbst bei rückständigen bürgerlichen Lobrednern freiwilliger Sozialpolitik die ernüchterndste Enttäuschung hervorzurufen.

Die **Witwenrenten** betragen nämlich in Lohnklasse I nur ganze 30 M., Lohnklasse II 40 M., Lohnklasse III 50 M., Lohnklasse IV 65 M. und Lohnklasse V 80 M. **für das Jahr.** Das Waisengeld für jedes Kind ist ebenso hoch wie das Witwengeld. Witwen- und Waisengelder zusammen dürfen aber das Dreifache des Witwengeldes nicht übersteigen! Kommen mehr als drei Berechtigte in Frage, so werden Witwen- und Waisengeld in gleichem Verhältnis gekürzt. Die Beiträge, die für die Hinterbliebenenversicherung zu zahlen sind, betragen in Lohnklasse I 6 Pf., in Lohnklasse II 6 Pf., in Lohnklasse III 8 Pf., in Lohnklasse IV 10 Pf. und in Lohnklasse V 10 Pf.

Ueberdies gewährt die Seeleutekasse ihren Versicherten keine Beitragserstattung in Heirats- und Todesfällen, letztere **auch dann nicht**, wenn ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente nicht besteht.

Aber diese Bestimmungen enthüllen noch nicht die volle Schaumschlägerei, die auf Kosten der Witwen und Waisen seitens der Reedereien getrieben ist. Ein **großer Teil der Versicherten** ist auch von diesen minimalen Witwen- und Waisen-„Renten", die nach obigem die riesige Höhe von beinahe **1 Pfennig** bis zu 2½ Pfennig täglich erreicht, **ausgeschlossen.**

Die Satzungen bestimmen nämlich, daß beim Ausscheiden aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse die Weiterversicherung bei den Seeleuten nur so lange gestattet ist, als die Versicherten nicht durch ein neues Arbeits- oder Dienstverhältnis bei einer anderen zugelassenen Kasseneinrichtung oder einer Versicherungsanstalt versicherungspflichtig werden. Sobald das Recht auf Weiterversicherung erloschen ist, d. h. **sobald ein Seemann auch nur einen einzigen Tag an Land gegen Lohn arbeitet und dadurch bei einer Versicherungsanstalt versicherungspflichtig wird, erlöschen die Ansprüche auf Gewährung einer Witwen- oder Waisenrente, ohne Rücksicht auf die Dauer der Beitragsleistung und ohne daß ein Anspruch auf Rückgewähr der für die Hinterbliebenenversicherung geleisteten Beiträge gegeben wird.**

Der weitaus größte Teil der Seeleute fährt nur eine Reihe von Jahren zur See, sucht dann eine Beschäftigung auf dem Lande oder bleibt auf dem Lande, weil er Berufsinvalide geworden ist oder weil er verheiratet ist usw. Für alle diese Leute, die, nachdem sie längere oder kürzere Zeit zur See gefahren sind, bei einer Versicherungsanstalt versicherungspflichtig werden, ist die Hinterbliebenenversicherung der Seeleute nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich, denn es müssen Beiträge ohne Gegenleistung gezahlt werden. Dieser Ausschluß, dessen rechtliche Zulässigkeit übrigens zum allermindesten recht zweifelhaft ist, charakterisiert die Seeberufsgenossenschaft nun wohl auch für diejenigen, die die sozialdemokratische Kritik an der antisozialen Haltung der Reedereien für zu hart erachteten. Die Staatsanwaltschaft ist in der Auslegung dessen, was Majestätsbeleidigung ist, recht erfinderisch. Ist die telegraphische Nachricht an den Kaiser, daß eine Witwen- und Waisen-„Versicherung" eingeführt sei, die in Wahrheit eine Versicherung des Elends der Waisen und Witwen bedeutet, eine Ehrung für den Kaiser? Werden nun die bürgerlichen Sozialreformer einsehen, daß eine wirkliche Sozialreform auch den reichsten und gerade den reichsten Unternehmern gegenüber nur auf dem Wege des gesetzlichen Zwangs durchgeführt werden kann? Ohne eifriges Drängen der Arbeiterklasse geschieht auf sozialpolitischem Gebiete nichts.

Aus der Frauenbewegung.

Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit.

Der Untersuchung der die ungleiche Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit bestimmenden Gründe widmet Alice Salomon*) eine soeben erschienene Arbeit, in der bekanntestes und einiges neue Material über Beschäftigung und Entlohnung weiblicher Arbeitskraft zusammengetragen ist. Von den tatsächlichen Verhältnissen ausgehend, kommt die Verfasserin zu dem Resultat, daß zweifellos in großem Umfange die weibliche Arbeitskraft schlechter entlohnt wird wie die männliche. Sie verwirft aber die Formel: Männerarbeit und Frauenarbeit sind gleichwertig. Bis zu einem gewissen Grade ist die ungleiche Entlohnung nur scheinbar, sie findet teilweise Berechtigung in Qualitäts- und Quantitätsunterschiede der Leistungen, ja in einem Berufe — beim kaufmännischen Bureaupersonal — könnte man sogar von einer günstigeren Entlohnung der weiblichen Angestellten reden, wenn man die von den männlichen Berufsangehörigen beanspruchte höhere Allgemeinbildung, die längere Lehrzeit im Berufe und damit den viel späteren Verdienstbeginn in Rücksicht ziehe. Aber im allgemeinen sei doch zu konstatieren, daß auch dort, wo sich mindere Qualitäts- oder Quantitätsleistungen der Frauen ergeben, diese nach einem anderen Maßstabe bezahlt werden als die Männer, so daß auch selbst unter Akzeptierung minderer Leistung der Frauen eine schlechtere Entlohnung dieser konstatiert werden muß. Aber es gibt auch Industrien oder bestimmte Berufsgruppenarbeiten, in denen die Frau quantitativ und qualitativ der Männerarbeit gleich kommt, ja selbst größere Leistungen aufweisen kann. Aus diesen Gruppen wird der männliche Arbeiter verdrängt, er strebt in eine besser bezahlte Arbeit hinein; in jener Gruppe arbeitet er nur vorübergehend, während die Frauen dauernd bei dieser Arbeit bleiben. Wo die Frauen in einer Gruppe dominieren, handelt es sich in der Regel um schlecht entlohnte Arbeit. Die Frauen drücken als Objekte der Ausbeutung den Lohn so weit herab, daß er für Männer nicht mehr ausreicht. Aber auch hier ist die Tendenz, die Frauenarbeit schlechter zu entlohnen, unverkennbar. Die Verfasserin forscht den Bestimmungsgründen sowohl der Minderleistung der Frauen, als auch denen der graduell über die Minderleistung noch hinausgehenden schlechteren Entlohnung der Frauenarbeit nach. Für die Minderleistung findet sie folgende Ursachen, einmal die physische Unzulänglichkeit für ganz schwere Arbeit, in deren Bewältigung die Frau hinter dem Manne zweifellos zurückstehe, ferner die mangelhafte Ausbildung im Berufe. Der Mann sieht in der Berufsarbeit eine Lebensaufgabe, deshalb werden der Vorbereitung große Opfer gebracht — Lehrzeit. Anders bei den Frauen. Diese suchen im allgemeinen in der gewerblichen Beschäftigung keinen Beruf, sondern nur für eine gewisse Zeit Verdienst und deshalb wird die Vorbereitung dazu auf ein Minimum beschränkt, was natürlich auf die Leistung zurückwirkt. Daß die weiblichen Erwerbstätigen in einem Alter aus der Berufsarbeit schon wieder ausscheiden, in dem die männlichen Berufsgenossen gerade in die Periode der größten Leistungsentwickelung eintreten, dafür erbringt die Verfasserin mancherlei Material bei. Bei der Frau kommen die Leistungsmöglichkeiten in keiner Weise zur Ausreife, sie treten ohne gründliche Vorbildung in die Berufsarbeit ein und verlassen sie, wenn der höchste Grad der körperlichen und geistigen Fähigkeiten erreicht ist.

Als Bestimmungsgründe für die schlechtere Entlohnung der Frauenarbeit führt Alice Salomon folgende an: die historische Entwickelung weist der Arbeit der Frau untergeordnete Bedeutung bei, die Arbeit der Frau im Hause hat keinen Verkaufswert, der sichtbare Maßstab ihres Nutzwertes fehlt, deshalb wird die Arbeit der Frau als ziemlich wertlos betrachtet. Und das überträgt sich auch auf das gewerbliche Leben. — Käthe Schirmacher läßt dieses Moment schärfer hervortreten — Die Frau hat weniger Bedürfnisse als der Mann, deshalb ist sie mit geringerer Entlohnung zufrieden. Der Gedanke an eine Familiengründung ist bei dem Manne ein Antrieb, sein Einkommen zu steigern, bei der Frau das Gegenteil. Diese steht in der Berufsarbeit gewissermaßen nur eine Wartezeit auf die Heirat, die sie von der Berufsarbeit befreit. Was dort die Ursache zum Ansporn dafür ist, sowohl die persönlichen Fähigkeiten als auch die Staatsbürgerrechte — Koalition, Streik — in den Dienst der Einkommenssteigerung zu stellen, erweist bei der Frau sich als ein Moment, das ihre Widerstandskraft gegen lohndrückende Tendenzen noch ganz erheblich schwächt.

Im allgemeinen wird man der Verfasserin zustimmen können. Daß die Auffassung von der physischen Unzulänglichkeit der Frau und der hieraus resultierenden Minderentlohnung keine Allgemeingültigkeit haben kann, möchten wir an einer Tatsache erhärten. In der oberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie stellt das weibliche Element zirka 9 Proz. der Belegschaft. In den Metallhütten, auf den Zechen beim Kohlentransport leisten Frauen teilweise genau dieselbe Arbeit wie Männer, aber sie erhalten nur die Hälfte und weniger Lohn als diese. Es wäre auch irrig, anzunehmen, die minder entlohnte Arbeit sei auch immer diejenige, welche an die Körperkraft oder die Geschicklichkeit weniger Anforderungen stellte, was übrigens die Verfasserin auch nicht ausspricht. Es gibt in mancher Industrie, wo in Akkord gearbeitet wird, sogenannte schlechte und gute Akkorde, das heißt, die Akkordsätze stehen so, daß mit den sogenannten guten Akkorden auch die mittelmäßigen Arbeiter den Durchschnittslohn erzielen können, während mit den schlechten Akkorden die geschicktesten Arbeiter oft kaum den Durchschnittssatz zu erreichen vermögen. Das weiß jeder Arbeiter. Der Rückschluß, daß eine schlechter entlohnte Arbeit auch die minder qualifizierte sein muß, ist daher nicht immer zulässlich.

Anschließen kann man sich der Forderung, die Frauen sollen mehr bewußt in das gewerbliche Leben als Berufsarbeiterinnen eintreten und nach Möglichkeit die Quellen erschöpfen, die ihre Leistungsfähigkeit zur vollen Entfaltung bringen können, aber weiter auch grundsätzlich auf den Standpunkt sich stellen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Um diesen Standpunkt zur Anerkennung zu bringen, sei aber auch notwendig die Ueberwindung des Indifferentismus und Anschluß an die Berufsorganisationen.

Wir sind der Auffassung, daß wenigstens in einer Reihe von Berufen die Unterschiede in der Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit ziemlich schnell schwinden werden. Die Umformung ist abhängig von dem Grade des Eindringens der Frau in die Berufe und von ihrer Teilnahme an der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Teilweise wird das aber begleitet sein von einer mehr oder minder starken Herabdrückung des Gesamtlohnniveaus der betreffenden Gruppe, jedenfalls aber von größerer Differenzierung der Löhne zwischen den eigentlichen Facharbeitern und -Arbeiterinnen und den Gruppen der sogenannten Hülfsarbeiter. Ein Teil der Frauen erkletiert das höhere Lohnniveau, der andere Teil bleibt mit den männlichen Hülfsarbeitern auf niedriger Lohnstufe stehen.

Das Buch von Alice Salomon bringt manche Anregung. Die Verfasserin will aber nur im Rahmen des Bestehenden reformieren. Wer jedoch die kapitalistischen Tendenzen nicht aus dem Auge verliert, wer kapitalistische Ausbeutung nicht als etwas Unabänderliches betrachtet, der kann auch der zwingenden Ueberzeugung sich nicht erwehren, daß die Reformen teilweise gar keine sind, da sie keinen sozialen Ausgleich, sondern eine Verschärfung der sozialen Unterschiede innerhalb des Lohnarbeitertums im Gefolge haben. Die Schäden und Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind nur durch den Sozialismus zu überwinden und nur in der sozialistischen Gesellschaft wird die Frau ihre volle Gleichberechtigung auch als Gütererzeugerin erlangen.

D.

*) Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit. 122. Heft der von Gustav Schmoller und Max Sering herausgegebenen Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Verlag Duncker u. Humblot. Preis 3,20 M.

Versammlungen.

Die Fliesenleger (Sektion des Maurerverbandes) versammelten sich am Donnerstagabend im Gewerkschaftshause. Die Sperre über den Unternehmer Körner wurde besprochen und mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß vier „Christliche" bei Körner in Arbeit getreten sind, obgleich ihnen die Sperre bekannt sein mußte.

Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit wurde lebhaft diskutiert und folgende Resolution angenommen:

„Die im Gewerkschaftshause versammelten Fliesenleger der Sektion des Maurerverbandes sehen es als ihre erste Pflicht an, die Arbeitszeit im Berufe während des Winters auf das im Maurergewerbe festgesetzte Maß zu reduzieren. Die Versammelten sehen ein, daß es ohne die Mithülfe der Freien Vereinigung der Fliesenleger nicht möglich ist, dies Vorgehen durchzuführen. Die Kollegen verpflichten sich, in allen Geschäften dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitszeit auf das erwähnte Maß reduziert wird, und sie hoffen, daß auch die Freie Vereinigung die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit einsieht und alsbald Stellung dazu nimmt. Nur so ist ein allgemeiner Erfolg möglich."

Unter Punkt „Verschiedenes" erregte eine Mitteilung großes Aufsehen. Einige Fliesenleger waren am selben Tage bei der Firma Rosenfeld, die Arbeiter suchte, abgewiesen worden unter der Begründung, daß die dort beschäftigten Lokalorganisierten erklärt hätten, sie würden nicht mit Zentralverbändlern zusammen arbeiten. Die Angelegenheit soll näher untersucht werden.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Sattler hielt am Mittwoch in den Zentralfestsälen ihre ordentliche Generalversammlung ab.

Die vom Kassierer Weyher gegebene Abrechnung vom dritten Quartal 1906 ergab folgendes: Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse balanziert mit 11 391,10 M. Die Einnahme der Lokalkasse der Berliner Verwaltung betrug inkl. des Bestandes vom 1. Juli insgesamt 14 978,05 M. Bei einer Ausgabe von 4194,75 M. bleibt somit ein Bestand am 1. Oktober von 10 783,30 Pf. Die Einnahme der Berliner Verwaltung betrug inkl. des Bestandes am 1. Juli 3741,84 M., denen an Verwaltungs- und Agitationskosten 1938,84 M. als Ausgabe gegenüberstehen; bleibt somit ein Bestand 1803 M.

In die Listen des Arbeitsnachweises ließen sich 567 Kollegen eintragen, denen insgesamt 871 offene Stellen angeboten wurden. Die Berliner Mitgliederzahl hat sich seit 1. Juli von 2222 auf 2242 erhöht. Nach Erledigung des Geschäftsberichtes erhält der Genosse Stempel das Wort zu einem lehrreichen Vortrag über: „Arbeiterbaugenossenschaften als soziale Pioniere". Unter Verschiedenem berichtete der Vorsitzende Schulze über den Abwehrstreik bei Wunderlich, Blankenburg u. Berlin und teilt mit, daß sich durch Abzüge an den bestehenden Akkordsätzen gezwungen, zirka 110 Kollegen im Streik befinden. Der Stand des Streiks ist ein vorzüglicher und sind die besten Aussichten für den Erfolg vorhanden.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Motteler" am Mittwoch Sitzung bei Unbehaun, Stolpischestr. 61.

Lese- und Diskutier-Klub „Süd-Ost". Heute abend 8½ Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Abteilung Berlin, W. 64, Unter den Linden 16, III. Herr Gustav Spiller, Generalsekretär des internationalen ethischen Bundes, wird am Freitag, den 9. November, abends 8½ Uhr, im Saal 109 des städtischen Rathauses in deutscher Sprache einige „Skizzen aus der Arbeit der englischen ethischen Gesellschaften" entwerfen. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Gesellschaft". Heft 6. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. (Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.)

Arterienverkalkung des Herzens und des Gehirns. Ursachen, Verhütung und Behandlung mit besonderer Berücksichtigung der Lähmungen und des Schlagflusses. Von Dr. Honcamp. Preis 0,50 M. — **Die Ohrenerkrankung,** eine Selbst- oder Bakterienvergiftung. Wie entgiftet oder heilt man dieselbe radikal durch ein praktisch erprobtes hygienisch-diätetisches Behandlungsverfahren? Von Dr. med. Walser, Spez. d. physik.-diät. Heilmethode. 0,60 M. Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

A. Menger: Volkspolitik. 90 Seiten. Preis 1 M. Verlag G. Fischer in Jena.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 7. November.
Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Klein Dorrit.
Deutsches. Erdgeist.
Westen. Drei Rolandsknappen.
Lortzing. Der Wildschütz.
Neues. Die Condottieri.
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Das Blumenboot.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die rote Robe.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Hochtourist.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen und Ruth St. Denis.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann von Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Flotte Weiber.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Ausgewiesen.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Die beiden Champignol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädel.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 8 Uhr: Sizilien. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Scheffer: Die photographische Platte.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Neues Schauspielhaus
Mittwoch, den 7. November:
Der Sturm.
Morgen: **Der Sturm.**
Anfang 8 Uhr.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Abends 7½ Uhr:
Drei Rolandsknappen
Donnerstag: Die Fledermaus. Fritz Werner a. G. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Schützenliesel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 112. Male:
Ein idealer Gatte.
Donnerstag: Zum 113. Male: Ein idealer Gatte.
Freitag: Man kann nie wissen.
Sonnabend zum 114. Male: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Hierauf: Ruth St. Denis.
Donnerstag: Lakmé. Im 2. Akt: „Cobra", ausgef. von Ruth St. Denis.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Hierauf: Ruth St. Denis.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 3 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdant: Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Der Stellvertreter.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen Brieux. Deutsch von Anne St. Cère.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Der Hochtourist.
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraatz und Max Neal.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Freitag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 7. November, abends 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre.
Elite-Programm. U. a.:
Mons. Fernand Gaichenet, Oberbereiter Seiner Maj. des Zaren.
Die Könige der Luft.
Les 5 Alex
in ihren phänomenalen Leistungen.
Les 5 Piroscoffis
Unglaubliche Jongleurkünstler.
Mr. Henricksens unerreicht dastehende
größte Tigergruppe
Um 10 Uhr:
Die große Ausstattungs-Pantomime:
Ein
Tag in Monte Carlo.

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziales Volksstück in vier Akten von Carl Bleibtreu.
Morgen und folgende Tage: Ausgewiesen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Not-Boks.

Zirkus Busch.
Abends 7½ Uhr:
Zum 50. Male:
Aus der Puszta.
Orig.-Pantomime d. Zirk. Busch.
Außerdem:
Frl. Martha Mohnke, Schulreiterin.
Monsieur Romeo's
Staunen erregende
Automobilexperimente.
Ueberfahren
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritzi Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 11. November 1906, nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Lortzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Der Wildschütz.
Abonnements gültig.
Donnerstag: Der Waffenschmied.
Sonnabend nachm. 3 Uhr erste Kindervorstellung: Rotkäppchen.
Kleine Preise. Sonntag nachm.: Der Troubadour.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Unsere Käthe.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Flotte Weiber.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag: Else vom Erlenhof.
Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung: Rübezahl.
Abends: Else vom Erlenhof.
Sonntag nachm.: Romeo und Julia.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Romeo und Julia.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 7. November 1906:
Der Kilometerfresser.
Schwank in 3 Akten v. Kurt Kraatz.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Preise gewöhnlich. — Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Die
beiden
Champignol.
Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Der Räuber.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Der Hüttenbesitzer.
Freitag: Der Leiermann und sein Pflegekind.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Scheffer: Die photographische Platte.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abends 8 Uhr: Gasp. Ad. Philipp.
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann" von Köpenick.
Sonntag nachm.: Ueber's großen Teich.

Theater Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag
bei bedeutend ermäßigt. Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Etablissement Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater
Ein Mann aus dem Volke
oder: Ein ehrlicher Makler.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten.
Hugo Knorpel: Bernhard Rose.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Ulanenstr. 1.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.

Frankfurter Chaussee 5.

Jeden Sonntag im Königssaale:

Großer Ball

unter Leitung des Herrn O. Bürger.

Jeden Mittwoch: 24762*

Willy Walde-Sänger.

Neu! Der Säugling. Urkomisch!

Gebr. Arnhold.

Passage-Theater.

Heute

das glänzende November-Progr.

Josefine Dora

mit ganz neuen Schlagern.

Ferner: Z. 1. Mal a. d. Kontinent:

Das Original-

Damen-Jiu-Jitsu

(japanische Selbstverteidigung)

Ensemble, 3 Herren, 4 Damen.

14 neue erstklass. Nummern.

Prachtsäle des Westens

Spichernstr. 3. **Carl Stechert.**

Heute Theater-Aufführung.

Kabale und Liebe.

Anfang 8½ Uhr.

Entree 40 Pf.

Nach der Vorstellung:

Familien-Kränzchen.

Kinematograph

Buggenhagen

Moritzplatz.

Jeden Mittwoch u. Sonnabend:

Humoristischer Abend

und **Freitanz.**

W. Hoacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.

Adele.

Schauspiel nach dem gleichnamigen Roman d. „Lok.-Anz." v. Hugo Busse.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Donnerstag: **Der Trompeter von Säkkingen** mit Dir. Rob. Dill in der Titelrolle.

Reichshallen.

Täglich:

Stettiner Sänger

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Apollo-Theater.

Das neue gr. November-Programm.

u. a.: **The Densmores und die Bulldogge in der Küche.**

Damen-Flegakt, ausgef. v. d. **Teims-Truppe. Ein Spaß in der Automaten-Ausstellung.**

Liane d'Eve, Orig. Matschiche-Tänzerin. **Die Seldoms. Neue Bilder.**

Sonntag, den 11. November, nachmittag 3½ Uhr **Familienvorstellung.**

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandten Gewerbe.

Donnerstag, den 15. November, abends 8½ Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

in **Frankes Festsälen,** Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

1. Die Zentralisation der Berliner Krankenkassen. 277/12
2. Ergänzungswahl des Vorstandes: 2 Arbeitgeber, 5 Arbeitnehmer.
3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
4. Statutenabänderung, § 20 Abs. 1 betreffend die Erhöhung des Sterbegeldes auf mindestens 50 M.
5. Antrag der Kassenbeamten auf Abänderung des Sommerurlaubs und des Rendanten auf Erhöhung des Mankogeldes.
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Bernh. Jost, Vorsitzender.
Georg Bäßler, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse

für das

Barbiergewerbe

zu Berlin.

Donnerstag, 15. November 1906, im Restaurant **Wohlfahrt,** Rosenthalerstraße 57:

Wahlversammlung

Abends 9 Uhr: Arbeitgeber zur Wahl von 26 Delegierten zu den Generalversammlungen pro 1907/08.

Abends 10 Uhr: Arbeitnehmer zur Wahl von 56 Delegierten zu den Generalversammlungen pro 1907/08.

Nach § 35 des Statuts ist die Wahl geheim und durch Stimmzettel vorzunehmen.

Das Mitgliedsbuch ist bei der Wahl als Legitimation vorzulegen.

277/13 **Der Vorstand.**

J. A.: **Julius Langner,** Vorsitzender.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den Bestimmungen der Baupolizeiverordnung vom 1. Oktober 1901 betreffend Bauarbeiterschutz (Fenster- und Kokskorbfrage). 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1906. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

148/11* **Der Sektionsvorstand.**

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Melchiorstraße 28. **Filiale Berlin.** Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, den 8. November 1906, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **„Partei und Gewerkschaft".** Referent: Genosse **Ströbel.**
2. Diskussion. 3. Abrechnung vom dritten Quartal 1906. 4. Vereinsangelegenheiten.

126/5 **Die Ortsverwaltung.**

Bezirksversammlungen finden statt:

Friedrichsberg: Mittwoch, 7. November, abends 8½ Uhr, bei Kluger, Scharnweberstraße 5.
Gesundbrunnen: Montag, 12. November, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Buttmannstr. 17
Moabit: Montag, 12. November, abends 8½ Uhr, bei Pielicke, Waldstraße 8.

Regen Besuch erwarten **Die Bezirksführer.**

Küchenmöbel-Branche!

Freitag, den 9. November 1906, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27 c:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. **Tarifverträge.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Der Obmann.

Sanssouci.

Kottbuser Straße 4a.

Direktion Wilhelm Raimer

Sonnt., Mont., Donnerst.:

Hoffmanns Nordd. Sänger

und **Tanzkränzchen.**

Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.

Freitag:

Extra-Theater-Abend.

Novität!

Die lachenden Erben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branche der Korbmacher.

Mittwoch, den 7. November 1906, abends 8½ Uhr, bei Hoffmann, Koppenstr. 47:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. **Die Kommission.**

Donnerstag, den 8. November, abends 8½ Uhr, bei Paul Litfin, Memelerstr. 67:

Versammlung

aller in der Salonbranche beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

Welche Verhältnisse müssen bei Abschließung eines neuen Vertrages in unserer Branche berücksichtigt werden?

Pflicht eines jeden Kollegen dieser Branche ist es, in der Versammlung zu erscheinen. **Die Kommission.**

Modelltischler.

Die **Branchen-Vertrauensmänner-Versammlung** der **Modell- und Fabriktischler** sowie **Modelldrechsler** findet **nächste Woche** statt am **Mittwoch, den 14. November.** **Die Kommission.**

Bürstenmacher.

Heute abend 8½ Uhr bei Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57.

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstatt muß durch einen Kollegen vertreten sein.

Die Branchenkommission.

Kammacher.

Heute abend ½9 Uhr bei Walter, Adalbertstr. 62:

Sitzung der Kommission mit Vertrauensleuten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Bautischler.

Freitag abend haben sämtliche Werkstellen **Sitzung** abzuhalten und werden die Kollegen aufgefordert, die Einsetzer der betreffenden Betriebe hierzu einzuladen, damit die Aufnahme der Statistik eine einheitliche wird.

Karl Reiche. Wilhelm Kuschke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Donnerstag, den 8. November 1906, abends 8 Uhr:

Versammlung

sämtl. Werkzeugmacher Berlins u. Umg.

in den **Musiker-Sälen,** Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:

1. **Die Streiks und Lohnbewegungen in unserer Branche.**
2. Diskussion.

Kollegen! Da die gesamte Metallindustrie durch die Bewegung der Werkzeugmacher betroffen wird und es daher notwendig ist, daß der letzte Werkzeugmacher informiert wird, so ist das Erscheinen aller Kollegen unserer Branche zwingende Notwendigkeit.

Achtung, Reinickendorf!

Donnerstag, den 8. November 1906, abends 8½ Uhr:

Versammlung

der Metallarbeiter u. -Arbeiterinnen für Reinickendorf und Umgegend

im großen Saale von **Franke,** Eichbornstraße Nr. 18, Ecke Augusta Viktoria-Allee.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag des Kollegen Cohen.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Alle Kollegen und Kolleginnen, die in Reinickendorf und Umgegend wohnen, werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

159/14 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit".

Sonntag, 11. November, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

149/17 **Die örtliche Verwaltung.**

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Fliesenleger-Hülfsarbeiter.

Heute, Mittwoch, den 7. November, abends 8 Uhr:

Sektions-Versammlung

im Lokal von Wagner, Michaelkirch- u. Wasserhausenerstr.-Ecke.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Vertretersitzung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Am **Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr,** findet eine

Baudeputierten-Versammlung

statt im **„Gewerkschaftshause",** Engel-Ufer 15, Saal 7. 47/10

Sorge jeder Kollege dafür, daß sein Bau in dieser Versammlung vertreten ist.

Ebenfalls findet eine **Baudeputierten-Versammlung** für die westlichen Vororte an demselben Abend im Lokal von Schellhase in Steglitz statt. Auch hoffen wir, daß hier jeder Bau vertreten ist.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Winter-Garten

Interessante neue Darbietungen.

Bros. Pormané, Exzentriks.
Angelos lebende Kunstwerke.
La Vilma, Sandmalerin.
Das Millmann-Trio, Drahtseilakt.
Staleys Verwandlungsakt:
Die musikalische Schmiede.
„Im sonnigen Spanien". Englische Ballettszene, ausgef. von der John Tiller-Truppe a. London.
The 3 Urma Sisters, Trapezkünstlerinnen.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
Maria Vinent von der königl. Oper in Madrid.
Cheeberts Chinesentruppe.
Clotilde Florido, spanische Tänzerin.
Der Biograph:
1. Wettlaufen.
2. Die Hochzeit im Automobil.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.

15 **erstklassige Spezialitäten** 15

Giza u. Blosca!

Verwandelungs-Burleske:

Tänzerin und Waiseurat.

Truppe Sokolowsky.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20. Am Rosenthaler Tor.

Heute abend 8 Uhr:

Die vierzehn effektvollen November-Spezialitäten.

Das schwarze **Udel-Quartett** (The Orig. Block Troubadours).

Die kluge Rosa — — —

Hollands bester Violin-Virtuose **Otto Richard.**

Bouwmeester, der orig. Humorist.

Die bildschöne Monocycldistin **Nelly French.**

Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.

Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Der einzig dastehende

November-Spielplan.

U. a.: **Dundee-Duo. Senor** und **Berad. Lorey-Trio. Hellwegh Brothers. Annetta u. Era.**

Dazu: **Eine vom Ballett.** Lustspiel.

Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Kinematograph-Palast

Arbeiter! Weißensee! Alle Mann für Mann nach der Streustraße!

Täglich in Scherff-Tränkners

sensation. Vorstellungen der lebenden Riesen-Photographien.

Stets neues Programm.

Abends 10 Uhr:

Gr. humor. Kabarett-Vorstellg.

Nur f. Erwachsene.

Es ladet ergebenst ein

Die Direktion.

Neu-Weißensee, Streu-Straße.

Husten, Heiserkeit beseitigen wunderbar leicht und schnell die berühmten

Hustentropfen

von **Otto Reichel.**

Nur echt, wenn mit Marke **„Medico"** verschlossen. Flasche 50 Pf.

In allen **Drogerien,** u. b. **Otto Reichel,** Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Burow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

371L*

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.

M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus", Berlin N. 54.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Frage der preußischen Landesorganisation.

Auf dem preußischen Parteitag zu Berlin 1904 wurde die Vertretung der Parteiorganisation von Groß-Berlin beauftragt, „dem nächsten Parteitag Vorschläge zu unterbreiten über die Art und Weise, in welcher eine einheitliche, ganz Preußen umfassende Parteiorganisation und Agitation einzurichten ist." In Ausführung dieses Auftrages wurde im „Vorwärts" vom 3. November 1906 der „Entwurf einer Landesorganisation für Preußen" veröffentlicht — „ausgearbeitet vom Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins in Verbindung mit dem deutschen Parteivorstande".

Die Aufgabe, die hier zu lösen war, ist keine einfache. Während auf der einen Seite eine starke und aktionsfähige Organisation geschaffen werden muß, die alle Kräfte im Kampfe um die politische Macht in Preußen zu einheitlichem, zielbewußten Vorgehen zusammenfassen und leiten kann, muß auf der anderen Seite Vorsorge getroffen werden, daß diese Organisation und ihre Veranstaltungen der großen deutschen Organisation in keinerlei Weise Abbruch tun oder gar mit ihr, wenn auch nur vorübergehend, in Widerspruch geraten. Und derartige Befürchtungen sind keineswegs kurzerhand abzuweisen. So könnte es wohl kommen, daß glänzende preußische Parteitage, die infolge des Umfanges des preußischen Gebietes und seiner Bevölkerungszahl den bei weitem größten Teil Deutschlands vertreten, das Interesse abschwächen, das sich bisher auf den deutschen Parteitagen wie in einem Brennpunkte sammelt.

Noch bedenklicher wäre es, wenn neben dem deutschen Parteivorstand in Berlin ein preußischer Landesvorstand säße, ohne daß deren Arbeitsgebiete genau gegeneinander abgegrenzt und überdies Sorge getragen wäre, daß etwaige Differenzen zwischen ihnen sofort erkannt und sofort sachgemäß erledigt würden. Bedenklich wäre es auch, wenn etwa dem deutschen Parteivorstand auch nur ein Teil der Verwaltungsgeschäfte abgenommen würde, die er bisher für das preußische Gebiet in völlig befriedigender Weise geführt hat; ein derartiges Vorgehen wäre wohl dazu angetan, den ganzen Charakter des deutschen Parteivorstandes umzugestalten, sehr zum Nachteil der gesamten Sozialdemokratie Deutschlands. Die preußische Sozialdemokratie Deutschlands ist denn auch in der Lage, das Opfer einer weitgehenden Einschränkung ihrer Landesorganisation zu bringen gegenüber dem Vorteil, daß in ihrer Mitte der deutsche Parteivorstand sitzt.

Die Grundsätze, von denen aus man an den Aufbau einer sozialdemokratischen preußischen Landesorganisation herangehen muß, sind also die folgenden. Erstens muß die Befugnis der Gesamtorganisation, mithin auch die ihres vornehmlichsten Trägers, des preußischen Parteitages, fest umgrenzt, auf Aufgaben beschränkt werden, die wegen der Eigenart der preußischen Verfassung und Verwaltung eine besondere Behandlung erfordern. Zweitens muß der Parteitag über ein Organ, den Landesvorstand, verfügen können, das diesen gewaltigen Aufgaben gewachsen ist. Zu diesen Aufgaben gehört das Studium der preußischen Verfassung und Verwaltung mit ihren so vielfach wieder unter sich verschiedenen Bestimmungen, das Verfolgen der laufenden Entwickelung und das dadurch bedingte regelmäßige Studium der von den verschiedenen Ministerien herausgegebenen Verwaltungsblätter, das Verfolgen der praktischen Tätigkeit in den Gemeinden, in den Kreistagen, in den Provinziallandtagen mit ihren nach den Provinzen verschiedenen Einrichtungen, wobei immer die Möglichkeit des Eindringens von Sozialdemokraten im Auge zu behalten ist; auf Grund dieser Arbeiten hat der Vorstand Material für die Presse zu liefern und auf Anfragen aus Parteikreisen Auskunft zu erteilen; zur schnelleren Erledigung derselben ist eine eigene Handbibliothek nebst Archiv anzulegen und auf der Höhe zu erhalten.

Der nunmehr vorgelegte Entwurf scheint diesen Grundsätzen nicht gerecht zu werden. Zunächst fehlt die notwendige Einschränkung für den Parteitag. Nach § 3 Nr. 3 des Entwurfes gehört zu den Aufgaben der „Landeskonferenz" — dieser Name ist für den Parteitag gewählt — „Beratung und Beschlußfassung über alle das Parteileben Preußens berührende Fragen". Auf Grund dieser Fassung kann sich die Landeskonferenz z. B. beschäftigen mit der Haltung der auf preußischem Gebiete erscheinenden sozialdemokratischen Presse, mit der Begründung neuer Blätter usw.; sie könnte ferner z. B. auch beschließen, daß die im deutschen Organisationsstatut von 1905 im § 6 vorgesehene Berichterstattung an den deutschen Parteivorstand durch Vermittelung des Landesvorstandes zu geschehen hat, wie es z. B. das badische Organisationsstatut von 1906 in seinem § 6 bestimmt, während gerade die unmittelbare Verbindung des deutschen Parteivorstandes mit den einzelnen preußischen Kreisen wünschenswert, ja notwendig ist. Auch nach einer anderen Richtung hin erscheint eine Beschränkung der Landeskonferenz zweckmäßig. Gerade um auch äußerlich jeden Wettstreit mit dem deutschen Parteitag zu vermeiden, sollte die Zahl der Teilnehmer eingeschränkt und schon dadurch angezeigt werden, daß es sich ausschließlich um Erledigung von Geschäften und Stellungnahme zu wichtigen Fragen der Gegenwart handelt, während auf den deutschen Parteitagen neben diesen Aufgaben große Fragen prinzipieller Natur behandelt und durch verpflichtende Resolutionen beantwortet werden, wodurch eine möglichst weitgehende persönliche Teilnahme der Genossen erforderlich gemacht wird. Erfreulicherweise berücksichtigt der § 2 des Entwurfs bei der Zuteilung der Mandate die Stärke der Kreiswahlvereine — unter denen selbstverständlich die Organisationen der Reichstagswahlkreise zu verstehen sind — ohne eine strenge Proportionalität zu wahren; mit der Zahl der Mitglieder wächst zwar die Zahl der Vertreter, aber immer langsamer bis zur Höchstzahl 5, zu der alle Vereine mit mehr als 10 000 Mitgliedern berechtigt sind. Es dürfte zweckmäßiger sein, die Höchstzahl auf 3 herabzusetzen und etwa zu bestimmen: Vereine bis 1000 Mitglieder können einen Delegierten, solche mit 1000 bis 5000 Mitgliedern zwei, noch stärkere drei Delegierte entsenden.

Erscheint die Ausgestaltung der Landeskonferenz nach dem vorliegenden Entwurf einer Einschränkung zu bedürfen, so muß für den Landesvorstand — der Entwurf spricht nur von einer Landeskommission (§ 10) — eine Verstärkung gefordert werden. Die „Landeskommission" des Entwurfs kann als ein wirklich handlungsfähiges Exekutivorgan der Landeskonferenz nicht angesehen werden, geschweige denn, daß sie die vielfachen Aufgaben, von denen oben die wichtigsten aufgezählt werden, erfolgreich auch nur in Angriff nehmen könnte. Die 13 Mitglieder sind über die 12 Provinzen und den Stadtkreis Berlin verteilt — der „geschäftsführende Ausschuß von drei Personen", den die Landeskommission aus ihrer Mitte wählt, hat natürlich ebenfalls keinen einheitlichen Wohnsitz; wenn als Obmann der Vertreter der Berliner genannt wird — der Entwurf spricht das in der etwas gewundenen Form aus: „Der Obmann muß seinen Sitz in Berlin haben" —, so ist damit wenigstens eine Adresse genannt, an die man für die preußische Organisation bestimmte Dinge senden kann, aber auch nicht viel mehr.

Wie ein so beschaffener Vorstand „alle wichtigen Parteiaktionen, an denen die Sozialdemokratie Preußens beteiligt ist", ohne die allerärgste Verschleppung in die Wege leiten soll, in welcher Form er sich „vor der Beschlußfassung in diesen Fragen mit dem (deutschen) Parteivorstande zu verständigen" hat, ist nicht abzusehen. Außerdem fehlt es an einem Bureau mit ständigen Sekretären, in dem die oben aufgezählten Aufgaben bearbeitet werden können.

Wünschenswert erscheint etwa folgende Zusammensetzung des preußischen Landesvorstandes, der seinen Sitz in Berlin haben müßte: Zwei Vorsitzende, die eine Entschädigung erhalten ähnlich wie die Vorsitzenden des Parteivorstandes, zwei mit vollem Gehalt besoldete Sekretäre — diese vier Mitglieder wählt die Landeskonferenz — und ein Mitglied des deutschen Parteivorstandes, das dieser aus seiner Mitte entsendet. Durch das Mitglied des deutschen Parteivorstandes ist zunächst dafür Sorge getragen, daß jede Unstimmigkeit zwischen Landes- und Parteivorstand sofort zu Tage tritt; um eine solche auch sofort zu beheben, wäre eine weitere Bestimmung zu treffen, die sich folgendermaßen fassen läßt:

„Das vom Parteivorstand delegierte Mitglied des Landesausschusses kann gegen einen Beschluß des Landesvorstandes Protest erheben, wenn dieser Beschluß über den Kreis der preußischen Angelegenheiten hinauszugehen oder dem Interesse der Gesamtpartei zu widersprechen scheint. Der Protest hat die Wirkung, daß über den Gegenstand in einer neuen Sitzung beraten und beschlossen wird, zu der der deutsche Parteivorstand zwei weitere Mitglieder mit Sitz und Stimme in dieser Angelegenheit entsenden kann."

Aus den Zahlen ergibt sich, daß, wenn die drei Mitglieder des Parteivorstandes einig sind, sie nur noch ein Mitglied des Landesvorstandes zu überzeugen haben, um die Majorität zu erlangen; gegenüber dieser Machtvollkommenheit ist es nötig, den Eingriff auf die beiden in der Fassung angegebenen Fälle einzuschränken.

Neben diesem Landesvorstand kann übrigens die vom Entwurf vorgesehene Landeskommission bestehen bleiben — in diesem Falle würden ihr gegenüber dem Landesvorstand die Befugnisse der Kontrollkommission zukommen; gleichzeitig wären ihre Mitglieder geeignete Korrespondenten des Landesvorstandes, die mit der Eigenart ihrer Provinz vertraut sind und einen größeren Gesichtskreis haben, als die Vertrauenspersonen der einzelnen Vereine. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Organisation mehr Geldmittel erfordert, als die des Entwurfs; es würde deshalb auch nicht bei der von diesem vorgesehenen Unkostendeckung durch Umlageverfahren (§ 9) bleiben können. Wie bei anderen Landesorganisationen müßte deshalb ein gewisser Prozentsatz der Wahlkreiseinnahmen an eine „Preußenkasse" abgeführt werden. Zur Erleichterung der Verwaltung sowie zur Kostenersparnis namentlich auch bei der Sendung der ziemlich niedrig zu bemessenden Beträge empfiehlt es sich, den deutschen Parteikassierer mit der Führung dieser „Preußenkasse" zu betrauen. Er hätte von den aus den Wahlkreisen eingehenden Beträgen nur den angegebenen Betrag besonders zu buchen und auf der anderen Seite — soweit die Mittel reichen, auf Veranlassung des Landesvorstandes an diesen zu zahlen; für diese Kassengeschäfte wäre dem „Reichskassierer" eine Entschädigung zu gewähren.

Die Befürchtung, daß hierdurch die deutsche Parteikasse gefährdet würde, ist nicht zutreffend. Nach dem Einnahmebericht an den Mannheimer Parteitag 1906 betrug die letzte Jahreseinnahme des Parteikassierers rund 811 000 M.; davon entfielen auf die ordentlichen Beiträge der Organisationen nur rund 285 000 M.; von diesen gingen wiederum rund 193 000 M. aus Preußen ein, während die übrigen 92 000 M. aus dem übrigen Reiche stammten. In diesen 193 000 M. aus Preußen — 157 000 M. stammen allein aus Groß-Berlin — sind natürlich weit mehr als die vom Organisationsstatut der deutschen Partei verlangten 20 Proz. der Mitgliederbeiträge gezahlt; in den wichtigsten Kreisen dürften es bis 100 Proz., unter Umständen noch mehr sein, wenn nämlich sonstige Einnahmen mehr als die eigenen Kosten decken. Würde ein Teil dieses Ueberschusses über 70 Prozent der Mitgliederbeiträge, in Summa etwa 40 000 M., für die „Preußenkasse" zunächst besonders gebucht, so könnte die preußische Organisation ihren laufenden Verpflichtungen gerecht werden, ohne mit jeder Ausgabe von der deutschen Parteikasse und damit von der Kontrolle des deutschen Parteitages abhängig zu sein. Daß damit eine irgendwie beträchtliche Gefährdung der „deutschen Finanzen" verbunden wäre, wird niemand behaupten können. Daß etwaige Ueberschüsse der „Preußenkasse" durch die Landeskonferenz der „Reichskasse" überwiesen werden können, liegt auf der Hand; auf der anderen Seite wird bei so geringer Ausstattung der „Preußenkasse" die „Reichskasse" bei außerordentlichen Ausgaben, zu denen auch die Wahlen gerechnet werden müssen, oft genug, wenn auch vielleicht nur vorschußweise, auszuhelfen haben.

Man könnte gegen unsere Kritik vielleicht einwenden wollen, es sei zweckmäßig, mit Kleinem anzufangen und allmählich erst — den deutlicher hervortretenden Bedürfnissen folgend — die Organisation auszubauen. Eine solche Verzögerung erschien vielleicht nicht allzu bedenklich, wenn wir schon eine Fraktion im preußischen Landtage hätten; dann wäre dort wenigstens eine Anzahl von Leuten vorhanden, die sich — gewissermaßen berufsmäßig — mit einer größeren Zahl der besonderen Aufgaben der preußischen Politik zu befassen hätten; diese könnten einen Mittelpunkt schaffen, von dem aus einlaufendes Material — hieran wird es nach Errichtung einer Organisation nicht fehlen — an die besonders mit dem Gegenstand betrauten Mitglieder zur Bearbeitung oder wenigstens Registrierung für die kommenden Landtagssessionen versandt würde. Leider haben wir aber noch keine Landtagsfraktion; umgekehrt aber wird ein gut eingearbeiteter Vorstand, vor allem die durch angestrengte Studien sachkundiger Sekretäre einer künftigen Fraktion, sei es als Mitglieder, sei es als Berater von größtem Wert sein; ja, die kleine Fraktion wird dieser Hülfe dringend bedürfen. Wende man nicht ein, auch die Reichstagsfraktion habe klein angefangen, auch sie habe sich aus eigener Kraft zu Macht und Ansehen im Reichstage heraufgearbeitet.

Die Verhältnisse liegen hier und dort ganz verschieden; im Reichstage ist die Fraktion sozusagen mit der Verfassung zusammen geboren und aufgewachsen; die Mitglieder der übrigen Fraktionen waren in gewissem Sinne ebenso Neulinge wie unsere Genossen. Anders im preußischen Landtage; hier kommen unsere Abgeordneten in verwickelte und schwer übersehbare Verhältnisse, in die sich die Abgeordneten der anderen Parteien, so gut es eben geht, eingelebt haben. Dazu kommt ein weiteres. Seitens der eigenen Partei werden heute an unsere Genossen im preußischen Landtage von vornherein so hohe Ansprüche gestellt werden, daß sie ihnen ohne eine gründliche Vorarbeit und ohne dauernde Unterstützung seitens eingearbeiter Genossen, die sich wieder auf ihr Archiv stützen, unmöglich gerecht werden können. Aus diesen Gründen sollte alles vermieden werden, was eine Verzögerung der Arbeit in Preußen bedeuten könnte, müßte alles aufgeboten werden, was eine kräftige Inangriffnahme der politischen Aufgaben in Preußen ermöglicht. Von den deutschen Genossen außerhalb Preußens wird keiner scheel sehen, wenn wir unsere Organisation recht stark und arbeitsfähig gestalten.

„Wir in Süddeutschland haben das allergrößte Interesse daran, daß unsere preußischen Genossen endlich ein besseres Wahlrecht bekommen. Denn unser Wahlrecht nützt uns verdammt wenig, so lange in Preußen die Junkerschaft am Ruder ist", rief auf dem Mannheimer Parteitag ein badischer Genosse.

Wir Preußen dürfen keine Mittel scheuen, wenn es gilt, den Kampf, den wir für unsere freie Bewegung, für die endliche Befreiung Deutschlands zunächst einmal vom Junkerjoch aufzunehmen

L. A.

Wahlmänner-Ersatzwahlen im 3. Berliner Landtagswahlkreise

finden heute für die zweite und erste Abteilung statt.

Die zweite Abteilung

wählt in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Es sei wiederum darauf aufmerksam gemacht, daß Punkt 5 Uhr der Wahlakt geschlossen wird ohne Rücksicht darauf, ob noch Wähler im Wahllokale sind, die noch nicht gewählt haben. Gehe also jeder, der in dieser Abteilung wahlberechtigt ist, **zeitig zur Wahl.**

Die erste Abteilung

wählt heute in der Zeit von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird vom nächsten Montag, 15. November, ab **nicht mehr in** der Lindenstr. 69 abgehalten, sondern

Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belleallianee).

Wir bitten unsere Genossen, davon gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts".

Die städtische Verkehrsdeputation

hielt gestern wieder eine längere Sitzung ab.

Mit dem Gemeindevorstand von Borhagen-Rummelsburg ist seitens der städtischen Dezernenten über den Bau von Straßenbahnen verhandelt worden. Die hierbei in Frage kommenden Rechtsverhältnisse liegen ziemlich verwickelt. Die alte Rummelsburger Chaussee, jetzige Borhagenerstraße, befand sich früher in der Wegeunterhaltungspflicht der Stadt Berlin. Durch Vertrag von 1903 übernahm Rummelsburg gegen eine große Abfindungssumme die Unterhaltung und verpflichtete sich, Berlin zu gestatten, jederzeit selber zum Zweck des Betriebs eigener Linien in die Straße Schienen einzulegen, sowie mit keinem anderen Unternehmer abzuschließen ohne für Berlin das volle Mitbenutzungsrecht auf der ganzen Strecke auszubedingen. Bei den jetzigen Verhandlungen trat nun zutage, daß Rummelsburg mit der Großen Straßenbahn einen Separat-Vertrag geschlossen hat, dessen Bestimmungen in Kraft treten sollen, falls Berlin von seinen Rechten Gebrauch macht. Die städtischen Vertreter erbaten, um über alle in Betracht kommenden Verhältnisse klar zu sehen, Einsicht in diesen Vertrag, doch wurde dieses eigentlich selbstverständliche Ersuchen von Rummelsburg in schroffer Form abgelehnt. Uebereinstimmend verurteilte die Deputation dieses Verhalten von Rummelsburg, das um so befremdender wirken muß, als gerade jetzt Rummelsburg von Berlin Förderung seiner Verkehrspläne erbittet und erwartet. Trotzdem erhielten die Dezernenten den Auftrag, weiter mit Rummelsburg zu verhandeln, doch sollen die Berlin zustehenden Rechte in vollem Umfang gewahrt bleiben.

Ueber die Verlängerung der Süd-Nordlinie nach Schöneberg, Wilmersdorf und Mariendorf haben unverbindliche, kommissarische Verhandlungen stattgefunden. Die Deputation nahm von dem Stand der Beratungen Kenntnis und erklärte die prinzipielle Zustimmung zur Weiterführung der Verhandlungen.

Die geplante Verlängerung der Linie der Berliner elektrische Straßenbahnen Aktien-Gesellschaft Mittelstraße-Pankow nach dem neuen Pankower Krankenhause wurde gutgeheißen.

Karl Eckstein, G. m. b. H. ersucht um Genehmigung zur Aufstellung von Transparentlaternen an Straßenbahnhaltestellen. Die Deputation beschloß, das Gesuch abzulehnen.

Ueber den Antrag der Ziegeltransport-Aktiengesellschaft auf Genehmigung zur Errichtung von Krananlagen für Ziegelausladung entspann sich eine längere Debatte. Es werden von der Gesellschaft Plätze am Bundesratsufer, am Stralauer Anger und am Süduser erbeten. Die Deputation war sich darüber einig, daß derartige Genehmigungen prinzipiell nur auf Widerruf erteilt werden dürften, und beschloß, die Einzelheiten des Antrages durch eine aus fünf Mitgliedern bestehende Subkommission vorprüfen zu lassen.

Gegen die geplante Verlängerung der Hoch- und Untergrundbahn Spittelmarkt — Schönhauser Allee und die städtische Unterpflasterbahn Nord—Süd hat die Große Straßenbahn bekanntlich Einspruch erhoben, da diese Bahnen unter Straßen laufen sollen, in denen sie schon Niveaulinien betreibt, und hat, um die Streitfrage zum Austrag zu bringen, das im Vertrage vorgesehene Schiedsgericht angerufen. Auf Wunsch der Gesellschaft haben die Herren Freiherr v. Zedlitz und Geheimrat Eger, auf Wunsch der Stadt Herr Kammergerichtsrat Ring und Herr Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Mencke das Schiedsrichteramt übernommen.

Auch gegen die von der Stadt projektierten Niveaubahnen ist seitens der Großen Straßenbahn Einspruch erhoben worden. Die Gesellschaft erklärt, daß sie das im Vertrage zugestandene Mitbestimmungsrecht nicht einräumen würde, da diese städtischen Linien eine unzulässige Konkurrenz gegen ihre Linien darstellen. Hiergegen hat die Stadt an das Schiedsgericht appelliert und mit dem Amt als Schiedsrichter Herrn Kammergerichtsrat Ring und Herrn Justizrat Kleinholz betraut. Für die Große Straßenbahn fungieren auch in diesem Schiedsgericht die Herren v. Zedlitz und Eger. Obmann des Schiedsgerichts ist in beiden Fällen der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Herr Fuisting.

Die städtischen Straßenbahnlinien selbst sind jetzt vom Kaiser genehmigt worden. Die Genehmigungsurkunde ist allerdings noch nicht im Rathaus eingetroffen, die Mitteilung ist durch Vermittelung des Ministeriums nur mündlich erfolgt, sodaß noch nicht bekannt ist, ob bezw. welche Bedingungen an die Genehmigung geknüpft sind. Im Anschluß an diese Mitteilung legte der Stadtbaurat dar, daß die von der Verkehrsdeputation nunmehr beschlossenen Unternehmungen: Unterpflasterbahn, Niveaubahnen und Hafenanlagen einen Kostenaufwand von 101½ Millionen Mark erfordern. Zur Aufnahme einer Verkehrsanleihe in dieser Höhe soll das Erforderliche veranlaßt werden.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages erledigte gestern außer den schon mitgeteilten Anträgen und Anfragen noch eine Reihe von anderen Anträgen. U. a. die Anträge auf Aufnahme von Landgemeinden mit städtischer Bevölkerung (Stoppenberg, Steglitz, Verband der größeren preußischen Landgemeinden). Diese Anträge wurden abgelehnt, weil nur Städte mit einer Einwohnerzahl von über 25 000 und mit städtischer Verfassung nach den Statuten aufgenommen werden können. Dann wurden die Haushaltspläne für das erste Geschäftsjahr (27. 11. 05 bis 31. 12. 06) und für 1907 einschließlich, sowie die Festsetzung der Gebühren für die Auskünfte genehmigt. Festgesetzt wurden ferner die Bestimmungen über die Benutzung der Bücherei und Lesezimmer, die Versendung der Bücher usw. Ein Antrag von Kiel, den Mitgliedern des Deutschen Städtetages in bestimmten Zeitabschnitten — etwa monatlich — ein Verzeichnis der bei der Zentralstelle des Deutschen Städtetages eingegangenen Drucksachen zu übersenden, wurde nach einem Referat des Oberbürgermeisters Dr. Bender-Breslau mit der Modifikation angenommen, daß regelmäßige Mitteilungen an die Mitglieder des Deutschen Städtetages gelangen sollen, bei denen dann auch die wichtigeren Eingänge usw. von allgemeinem Interesse Erwähnung finden sollen. Abgelehnt wurde nach einem Referat des Oberbürgermeisters Becker-Köln der Antrag des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehren: „Der Deutsche Städtetag möge darauf hinwirken, daß die im Dienste fahrenden Automobile der Feuerwehren von den Bestimmungen des neuen Automobilgesetzes über die Haftpflicht ausgenommen werden". Ein Antrag von Heilbronn: „Der Deutsche Städtetag möge die Sammlung der Gaben der einzelnen deutschen Städte für die Unterstützung deutscher Interessen im Auslande und ihre Verteilung in einer der Bedürftigkeit der Hülfesuchenden und der Leistungsfähigkeit der Städte entsprechenden Weise in die Hand nehmen", wurde nach einem Referat des Oberbürgermeisters Struckmann-Hildesheim mit der Einschränkung angenommen, daß die Zentralstelle des Deutschen Städtetages sich mit ausreichenden Informationen versehen soll, um den Mitgliedern des Deutschen Städtetages auf Antrag sachgemäße Auskunft erteilen zu können.

Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage die Wertzuwachssteuer betreffend hat gestern in seiner vierten Sitzung die Generaldebatte beendet. In der nächsten Sitzung soll in die Spezialberatung eingetreten werden.

Beim Bau der Untergrundbahn am Spittelmarkt ist man auf sehr ungünstigen Baugrund gestoßen. In einer Länge von etwa 50 Metern zieht sich an der Front des Geschäftshauses von Ravené eine sehr wasserhaltige Sandschicht entlang, welche besondere Maßnahmen zum Schutze der Baugrube vor dem Eindringen von Trieb- und Schwemmsand erforderlich macht. Diese bestehen darin, daß man in der ganzen Ausdehnung eine eiserne Spundwand schlägt und zwar nicht, wie z. B. am Leipziger Platz, die T-eisen in Entfernungen von 1,25 Metern einführt und dazwischen Holzfüllung einbringt, sondern in der Weise, daß Eisen an Eisen zu stehen kommt. Ferner muß an dieser Stelle auch der Bahnhofstunnel besonders gesichert werden, was dadurch geschieht, daß man ihn auf einem Pfahlrost fundiert und zwar ebenfalls in einer Ausdehnung von etwa 50 Metern. Zur Abdämmung des Spreewassers wird außerdem eine hölzerne Spundwand in das Kanalbett eingeschlagen, welche längs der Wallstraße bereits in einer Länge von 55 Metern fertiggestellt ist. Diese Spundwand wird sich im Wasser bis zur Grünstraßen-Brücke hinziehen, denn bis an diese heran wird der Unterpflasterbahnhof reichen. Gestern ist nun auch der Uebergang vom Spittelmarkt nach der Niederwallstraße hin in Angriff genommen worden; gegenwärtig werden die Pfähle eingerammt, welche die Straßenbahn- und Fahrbrücke zu tragen bestimmt sind. Es ist ein überaus lebendiges Bild, das sich auf dieser ausgedehnten Baustelle dem Beschauer bietet, und die interessanten Arbeiten locken beständig ganze Scharen von Neugierigen an.

Die gestern fällige Nummer des „Süddeutschen Postillon" ist ausgeblieben. Die Ausgabe derselben kann daher erst morgen erfolgen.

Das Sehvermögen der Staatseisenbahner betrifft ein Erlaß des Ministers vom 31. v. M., nachdem vorher, wie gemeldet, schon Vorschriften über die Anforderungen an die Sehschärfe und Farbentüchtigkeit der Kleinbahnbediensteten erlassen worden sind. Nach den neuen Bestimmungen soll die Feststellung des Sehvermögens erfolgen: vor dem Eintritt in die Beschäftigung, vor dem Uebertritt in eine Beschäftigung, welche höhere Anforderungen an das Sehvermögen stellt und vor der etatsmäßigen Anstellung eines Hülfsbeamten. Die Wiederholung der Untersuchung muß längstens alle fünf Jahre stattfinden, außerdem nach Augenkrankheiten, Kopfverletzungen, Typhus-, Herz- und Nierenleiden usw. Für die verschiedenen Beamtenkategorien sind drei Klassen mit verschiedenen Anforderungen an die Sehschärfe usw. gebildet. Die Bahnärzte, welche diese Untersuchungen anzustellen haben, müssen selbst über ihr Farbenunterscheidungsvermögen unterrichtet sein. Es ist auch eine praktische Prüfung der Sehschärfe durch die Inspektionsvorstände vorgesehen, bei welcher die Bediensteten über das Bild der Weichensignale aus bestimmter Entfernung Auskunft geben müssen. Für gewisse Klassen ist die Herstellung der Sehschärfe auf das vorgeschriebene Maß durch eine Brille zugelassen; gänzlich ausgeschlossen sind bebrillte Eisenbahner vom Dienst als Bahn- und Brückenwärter, Weichensteller, Schirrmeister, Rangierarbeiter, Lokomotivführer und -Heizer usw.

Blinder Polizeieifer.

Die danebengreifende Polizei hat am Sonntag wieder einmal einen Streich vollbracht, der in gewissem Sinne als ein Seitenstück zur Jagd auf den Hennig gelten kann. Just aus demselben Revier, in dem der Hennig über die Dächer lief und schließlich durch das Spalier der Schutzleute auf die Straße hinausspazierte, wird uns diese allerneueste Polizeileistung gemeldet, die wir hier zum ewigen Gedächtnis festnageln wollen.

Auf dem Grundstück Schönhauser Allee 164 wurden am Sonntag in der Mittagstunde ein paar fremde Männer auf dem Hausdach bemerkt. Da vor nicht langer Zeit in der Nachbarschaft ein Einbruch verübt worden war, so lief der Portier pflichtgemäß nach dem 17. Polizeibureau in der Wörtherstr. 1 und machte Anzeige. Es ist das diejenige Wache, auf der Hennig den ihn transportierenden Schutzleuten entwischte. Die Polizei, die diesmal wohl eine neue Auflage jener Dachjagd erwartete, erschien ungewöhnlich rasch am „Tatort". Kampfbereit rückte ein Leutnant mit sechs Schutzleuten auf dem Grundstück ein, um auf die verdächtigen Männer zu fahnden.

Nun wollte es das Unglück, daß an diesem Tage in der auf dem Grundstück befindlichen Luxuspapierfabrik von Heymann u. Schmidt heimliche Sonntagsarbeit gemacht worden war. In den Vormittagstunden waren der Lagerverwalter mit zweien seiner Leute sowie drei Steindrucker samt einem Arbeiter dort tätig gewesen, und gerade jetzt schickten sie sich an, die Fabrikräume zu verlassen. Der Lagerverwalter und seine Leute gingen voran. Als sie auf den Hof herunter kamen und zum Hause hinaus wollten, wurden sie von der bereits eingetroffenen Polizei angehalten. Der Portier erklärte aber, daß alle drei in dieser Fabrik beschäftigt seien, und so gab man sie frei. Der Lagerverwalter blieb, um die weitere Entwickelung der Dinge zu beobachten; seine beiden Begleiter zogen von dannen.

Oben waren auch die Steindrucker fertig geworden und hatten mit dem Arbeiter den Drucksaal verlassen. Einer der Steindrucker gelangte noch hinunter auf den Hof und zum Hause hinaus, wobei man ihn merkwürdigerweise ganz unbehelligt ließ. Für die drei Nachzügler aber gab es kein Entrinnen. Schon rannte der Leutnant mit seiner Schutzmannsschar die Treppe zu den Fabrikräumen hinauf. Als nun die drei die Polizeimacht anrücken sahen, zogen sie sich vorsichtig in die Fabrikräume zurück, um die Firma davor zu bewahren, daß ihr aus der Sonntagsarbeit ein Strafmandat erblühe. Dieser Rückzug war für den Leutnant das Signal, seinen Mannschaften das Kommando zu forschem Angriff zu geben. Mit gezogenem Degen und unter dem Ruf: „Da oben sind sie — sie schießen ja schon!" stürmte er hinauf und hinter den Flüchtlingen her in den Saal hinein. Der Lagerverwalter, der der aufgeregten Polizei nachlief, rief ihr auf der Treppe zu, da oben seien ja ebenfalls nur Leute des Betriebes. Aber die Schar der sieben Mutigen war taub gegen seine Warnungsrufe.

Drinnen im Saal spielte sich jetzt eine Szene ab, die wert gewesen sein dürfte, durch einen Kinematographen festgehalten zu werden. In einer Ecke standen die drei verdutzt beieinander. „Revolver raus!" kommandierte der Leutnant, als er mit seinen Leuten hereinstürmte und die „Einbrecher" erblickte. Ohne jede Gegenwehr ließen sie sich „überwältigen". Sie wurden genötigt, niederzuhocken und die Hände emporzustrecken. Die Visitation ergab, daß sie weder Einbruchswerkzeuge noch Waffen bei sich hatten. Aber war das ein Beweis für ihre Unschuld? Der Lagerverwalter, der hinterhergekommen war, wurde angewiesen, einen Strick herbeizuschaffen, ungeachtet seiner wiederholten Beteuerung, daß hier ein Irrtum vorliege. Mit gezogenem Degen stand einstweilen der Leutnant da, mit schußbereit gehaltenen Revolvern die Schutzleute. Es muß eine Gruppe gewesen sein wie im Panoptikum.

Doch für die drei war diese Polizeiaktion ganz und gar nicht amüsant. Alle drei wurden gefesselt, der eine mußte sich sogar auf den Bauch legen, damit man ihm die Hände auf dem Rücken binden konnte. Dann ging es mit der ganzen Polizeieskorte hinunter auf den Hof und hinüber nach der Polizeiwache, trotz der nochmaligen Versicherung des Portiers, man habe ja nur Arbeiter erwischt, die in der Fabrik tätig gewesen seien. Die Männer vom Dach, die in der Tat einen Einbruch beabsichtigt haben mochten, hatten sich natürlich längst aus dem Staube gemacht. Es wurde auch nicht weiter nach ihnen geforscht. Der Herr Leutnant wußte es ja besser, er hatte ja „die Richtigen" erwischt. Auf der Wache wurde mit ihnen ein erstes Verhör angestellt, und dann hieß es: „Rein in die Zelle!"

Hinterher scheint aber dem tapferen Leutnant doch die Erkenntnis aufgedämmert zu sein, daß er in blindem Eifer danebengegriffen haben könnte. Um sich Gewißheit zu verschaffen, ließ er nicht etwa den Portier herüberrufen, der die Leute kennen mußte und sie[r] durch seine Mütze mit Firma hinreichend legitimiert war. Es wurde vielmehr nach jenem Steindrucker geschickt, der unbehelligt aus dem Hause hinausgelangt und ahnungslos nach seiner Wohnung in Pankow gefahren war. Auf ihn hatten die „Einbrecher" sich berufen. Als er auf der Wache eintraf, wurde ihm von der plötzlich gar nicht mehr mißtrauischen Polizei sogleich aufs Wort geglaubt. Die „Einbrecher" wurden aus der Zelle herausgelassen und — durften gehen. Etwa um ¾12 hatte die Polizeiaktion begonnen, um ¾4 ungefähr war sie zu Ende. Der Leutnant hatte für die drei kein Wort der Entschuldigung!

Dieses Abenteuer kann dem Unbeteiligten als heiter erscheinen, es hat aber auch seine recht ernste Seite. Man sagt, der Leutnant sei ein bißchen sehr nervös. Wenn das wahr ist, so kann man sich leicht ausmalen, was geschehen wäre, wenn die drei Männer im Gefühl ihrer Unschuld gegen die Fesselung auch nur den geringsten Widerstand versucht hätten. „Nervöse" Polizeibeamte, die im Außendienst beschäftigt werden, bilden eine öffentliche Gefahr. Es tut not, daß der Polizeipräsident sich seine Leute etwas besser ansieht, ehe er sie auf solche Posten stellt.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat Oktober nächtigten im Männerasyl 21 365 Personen, im Frauenasyl 4540 Personen.

Ein Elendsbild. Gestern nachmittag wurde die 46 Jahre alte Schneiderin Anna Sch. in ihrer in der Rückerstraße belegenen Wohnung tot im Bette liegend aufgefunden. Sie hatte sich wegen Nahrungssorgen vergiftet.

Verhängnisvoller Absturz vom Kornspeicher. Bei dem Abriß des alten Kornspeichers in der Tegelerstraße 48 hat sich gestern nachmittag ein schwerer Unglücksfall ereignet. Im zweiten Stockwerk wurde der 38 Jahre alte Arbeiter Reinhold Unverfucht von einem herabfallenden Balken so unglücklich getroffen, daß er zusammenbrach und rücklings in die Tiefe geschleudert wurde. Bewußtlos trugen Kollegen den Bedauernswerten davon; er hatte einen komplizierten Bruch der Wirbelsäule sowie schwere innere Verletzungen erlitten und fand in hoffnungslosem Zustande in der Charité Aufnahme.

Graf Pückler findet für seinen Blödsinn in Berlin immer noch Zuhörer. Vorgestern sprach er bei Keller über die „Feinde des Antisemitismus" und bezeichnete als solche auch alle Antisemiten, die sein Auftreten nicht billigen. Dabei bediente sich der edle Graf recht geschmackvoller Ausdrücke. Einen bekannten liberalen Abgeordneten nannte er beispielsweise „gemeines Aas". Den Gipfel der Geschmacklosigkeit erklomm der gräfliche Radaubruder aber, als er von dem verstorbenen deutschsozialen Abgeordneten Graf Reventlow sagte: „Dann hat mich auch der verstorbene Graf Reventlow seinerzeit angegriffen. Der Hund ist ja nun verreckt!" Das war selbst dem Pückler-Publikum zuviel und entrüstete Pfui-Rufe ertönten aus der Versammlung, die übrigens der polizeilichen Auflösung entging.

Unserer Meinung nach ist das Publikum, das 20 Pf. Entree und einen Abend opfert, um das Blech dieses Mannes anzuhören, des geistig nicht mehr normalen Grafen wert. Ein ernster Mensch hat besseres zu tun, um sich an dem Kohl des Dreschgrafen zu ergötzen.

Herr Bonn als Schauspielhaus-Direktor soll uns doch erspart bleiben, trotzdem die „Frankf. Ztg." aus diesem Scherz blutigen Ernst machte. Die Nachricht von der Amtsmüdigkeit Herrn Barnays wird nämlich erneut energisch dementiert. Sicherer wäre es freilich, wenn die Behauptung widerlegt würde, daß Herr Bonn, falls eine Vakanz beim Schauspielhaus eintreten sollte, überhaupt für ihre Besetzung in Betracht kommen könnte.

Ein Raubanfall auf einen Geldbriefträger

wurde gestern am hellichten Tage in der Pfuelstraße, Ecke Köpenickerstraße verübt. Es wird darüber berichtet:

In der Pfuelstr. 8, an der Spree, läßt die Firma J. u. P. Wissinger einen großen Neubau errichten, der ihr als Speicher für die Sämereien und Getreide dienen soll. Dort sind mehrere hundert Arbeiter gegenwärtig beschäftigt. Gestern vormittag gegen 10 Uhr, während der Frühstückspause, kam der Geldbriefträger Hammer vom Postamt 33 und wollte an einen Monteur Fritsche eine Postanweisung über 40 Pfennige bestellen. Er fand den Empfänger nicht auf dem Bau und ging deshalb in die Destillen, wo die Arbeiter zu frühstücken pflegten. Auch dort konnte er den Mann nicht finden, doch bot sich ein junger Mann in Arbeiterkleidung an, ihm Fritsche zu zeigen. Der junge Mann führte nun den Beamten in den Neubau und zwar auf einen der sieben Treppenaufgänge. Er suchte sich den am weitest nach hinten gelegenen dazu aus.

Als die beiden im zweiten Stockwerk angelangt waren, erhielt Hammer, der vorn ging, mit einem Ziegelstein von seinem Begleiter einen furchtbaren Schlag auf den Kopf, so daß er sofort zusammenbrach. Dann entriß der junge Mann ihm die Geldtasche und raubte daraus die darin befindliche kleinere Geldtasche dem Papiergeld. In dieser befanden sich etwa 1600 Mark.

Der Räuber ließ sich Zeit, um nachzusehen, wie hoch seine Beute sei; dabei wurde er von den vom Frühstück zurückkommenden Maurern überrascht und wollte schnell das Weite suchen. Die Arbeiter verfolgten ihn sofort, und obwohl er jetzt den alten Trick anwendete und selbst „Haltet den Dieb!" rief, gelang es einem der auf dem Bau beschäftigten Handwerker, an der Oberbaumbrücke den Räuber festzunehmen und der Polizei zu übergeben.

Bei dem Verbrecher fand man noch 1200 Mark vor, vier Hundertmarkscheine hatte er auf der Flucht verloren, sie wurden aber wiedergefunden.

Der Geldbriefträger Hammer hat schwere Verletzungen erlitten; man brachte ihn nach dem Krankenhause Bethanien. Er ist ein älterer Beamter, der Frau und Kinder zu ernähren hat.

Der Räuber wurde nach der Polizeiwache gebracht, wo er sich Gärtner nannte. Der etwa 24jährige Bursche scheint stellungslos zu sein. Man nimmt an, daß er die Postanweisung auf 40 Pfennig an den Monteur Fritsche selbst aufgegeben hat, um den Geldbriefträger in die Falle zu locken. Ein Monteur Fritsche existiert auf dem Bau nicht; andererseits ist auch die kleine Summe auffallend, auf welche die Anweisung lautete.

Großes Aufsehen verursachte in der vergangenen Nacht in den „Rheinischen Winzerstuben" in der Leipzigerstraße der Selbstmord des 26jährigen Referendars Dr. Hans Günther Sch. aus Breslau. Dr. Sch. entfernte sich gestern abend von seiner Wirtin in der Puttkamerstr. 12 und hinterließ, er werde heute etwas später heimkommen. Gegen Mitternacht traf er in den Winzerstuben ein und nachdem er dort eine Weile gesessen hatte, zog er sich plötzlich aufgeregt zurück. Als er sich unbeobachtet glaubte, holte er einen Revolver aus der Tasche und jagte sich eine Kugel in die Schläfe. Es wurde sofort ein Arzt von der Unfallstation in der Kronenstraße herbeigerufen, doch starb der Lebensmüde unter dessen Händen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß dem Motiv zum Selbstmord eine peinliche Liebesaffäre zugrunde liegt.

Im Geschäftswagen verhaftet. Ueber die Dächer nahm eine Einbrecherbande den Weg, die in der gestrigen Nacht der Wäschefabrik von Salomon Mosse in der Alten Jakobstr. 77 einen Besuch abstattete. Mittels Nachschlüssels verschafften sich die Täter Zutritt zu dem Hof, drangen dann in den geöffneten Seitenflügel und gelangten von dort über die Dächer in das Hintergebäude. Unter Anwendung von Dietrichen glückte es den Einbrechern, fast in sämtliche Räume der Wäschefabrik einzudringen. In dem Lagerraume suchten sie sich große Mengen der wertvollsten Wäschestücke aus und schnürten sie in ein Bündel zusammen. Die vorhandenen Tageskassen räumten die Burschen ebenfalls aus. Bevor sie sich jedoch mit ihrer Beute entfernten, benutzten sie die in dem Bureau vorhandenen Weinvorräte dazu, um ein regelrechtes Zechgelage abzuhalten. Inzwischen war es bereits frühmorgens geworden und als die Diebe jetzt mit ihren Bündeln beladen über den Hof schritten, wurden sie von dem Portier überrascht. Einige der Burschen warfen ihre Beute wieder schleunigst von sich und entflohen auf die Dächer zurück. Es gelang ihnen auch, auf diese Weise zu entkommen. Ein Mitglied der Bande hatte es jedoch vorgezogen, in einen Geschäftswagen zu flüchten. Dort schlief er bald ein und als später der Kutscher den Wagen mit Ladung versehen wollte, entdeckte er den schlafenden Einbrecher. Er schlug schleunigst die Tür des Kastenwagens wieder zu, schloß ab und ließ die Polizei benachrichtigen. Mit Leichtigkeit konnte dann der Gefangene, der im Rausche die Zeit verschlafen hatte, aus dem Wagen heraus verhaftet werden.

Glück im Unglück hatte der Friseur Emil Petrat, der gestern eine Eisenbahnfahrt nach Fürstenwalde unternahm. Während der Fahrt öffnete P. unvorsichtigerweise die Wagentür, trat auf die Plattform heraus und als der Zug kurz vor Erkner eine scharfe Kurve passierte, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte rücklings ab. Ein Streckenwärter fand P. später bewußtlos zwischen den Schienen liegend auf und sorgte für seine Ueberführung nach einem Krankenhause. Dort stellte es sich aber heraus, daß der Verunglückte nur Hautabschürfungen im Gesichte erlitten hatte.

Reiche Beute machte eine Einbrecherbande, die in der gestrigen Nacht dem Schlächtermeister Paul Krüger in der Pflügerstr. 3 einen Besuch abstattete. Die Diebe drangen gewaltsam in den Fleischkeller und schleppten aus demselben für etwa 500 Mark Schinken heraus. Auch Speck und Wurst stahlen sie in beträchtlichen Mengen. Unbemerkt entkamen die Einbrecher mit ihrer „schweren" Beute. — „Anständige" Diebe suchten ebenfalls in nächtlicher Stille das Restaurant von Grahl in der Straßburgstr. 29 heim. Sie ließen sich zu einem großen Zechgelage nieder, tranken dabei mehrere Flaschen Wein und Likör und taten sich an Eßwaren gütlich. Bevor sich die dreisten Gesellen wieder entfernten, schrieben sie auf eine Schiefertafel: „Nicht wahr, wir sind doch anständige Diebe!"

Verkehrssperre. Aus Anlaß der am 10. d. M., vormittags 11 Uhr, im Lustgarten stattfindenden Vereidigung der Rekruten der Garnisonen Berlin, Spandau, Charlottenburg und Groß-Lichterfelde werden von 10 Uhr vormittags ab bis nach beendeter Feier der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Schloß- und Kaiser Wilhelmbrücke für jeden Verkehr gesperrt.

Vom Lastwagen totgefahren. Ein aufregender Unglücksfall mit tödlichem Ausgange hat sich gestern abend am Ludwigskirchplatz zugetragen. Unter Aufsicht eines Kinderfräuleins war das dreijährige Söhnchen der Witwe Ahlemeyer, Kurfürstendamm 202, den Bürgersteig entlang gegangen und am Ludwigskirchplatz riß sich der Kleine plötzlich von seiner Begleiterin los und rannte auf den Straßendamm. Blindlings lief er auf einen Lastwagen zu und als das Fräulein entsetzt hinzusprang, um ihren Schützling zurückzureißen, war es bereits zu spät. Der Knabe war unter den Wagen gerissen worden und das Hinterrad ging ihm über den Kopf hinweg. Der Schädel wurde vollständig zermalmt und ehe ärztliche Hülfe herbeigeschafft werden konnte, starb das unglückliche Kind.

Eine Ausstellung für soziale Fürsorge und Gesundheitspflege findet vom 16. bis 22. März 1907 in den Gesamträumen des Neuen königlichen Opernheaters (Etablissement Kroll) statt. Veranstalter sind die Vereine „Waisenhort"-Berlin und „Waisenfreund"-Charlottenburg. Der Arbeitsausschuß hat sich unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Regierungsrat C. Geib konstituiert. Prospekte sind kostenlos im Ausstellungs-Bureau, Berlin NW., Dorothenstraße 46, dis-à-dis Reichstagsgebäude, zu erhalten.

Vermißt wird seit dem 2. d. M. der Maurerpolier Franz Schäde, wohnhaft Winsstr. 54, derselbe wurde zuletzt an diesem Tage abends zwischen 7 und 8 Uhr in der Brunnenstraße gesehen und fehlt seit dieser Stunde jede Nachricht über seinen Verbleib. Da Genannter eine größere Summe Geldes bei sich trug, wird mit der Möglichkeit eines Unfalles oder an ihm begangenen Verbrechens gerechnet. Nachstehend das Signalement des Vermißten: Alter 43 Jahre, Statur mittel, Haar dunkelblond, Bart (Schnurr- und Spitzbart) rötlich blond, Augen grau, Gesichtsform oval, hohe Stirn. Die Kleidung bestand in dunkler Winterjoppe mit braungesprenkeltem Futter und inneren Samttaschen, grauem Sweater, schwarzbrauner Hose und Weste, schwarzen Lederzugstiefeln und schwarzem, steifem Hut. Bei sich trug derselbe mehrere Invalidenkarten, Bücher, Wochenzettel und dergleichen. Zweckdienliche Angaben über den Verbleib des Vermißten nimmt entgegen Frau Schäde, Winsstr. 54, sowie jedes Polizeirevier.

Feuerwehrbericht. Zwei Dienstmädchen kamen gestern in der Klaudiusstr. 4 in große Gefahr. Gas war dort ausgeströmt und fand man beide Mädchen heute früh um 7 Uhr bewußtlos vor. Durch Einflößen von Sauerstoff wurden die Mädchen gerettet. Am Elisabethufer 19 kam ein großer Brand über einem Pferdestall aus. Es brannten Futtervorräte, das Dach und anderes. Die Pferde wurden in Sicherheit gebracht und die Flammen mit mehreren Schlauchleitungen gelöscht. Am Rottbuserdamm 103 in Rixdorf mußte die Rixdorfer Wehr einen Kellerbrand löschen. In der Flotowstr. 1 brannten Möbel und Betten in einer Wohnung. Außerdem hatte die Wehr in der Vorsigstr. 31b zu tun.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr, dritte Abteilung für Schöneberg und Umgegend, bei Obst, Meiningerstraße 8: Vortrag über: „Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung". Daran anschließend Verbandübungen. Neue Mitglieder können noch eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf.

Der „Fürstenhof"-Boykott und die Polizei. Wie bekannt, geht die Zehlendorfer Polizei mit einem Bombardement von Strafmandaten gegen unsere Parteigenossen vor, welche das Publikum in höflicher Form darauf aufmerksam machen, daß der „Fürstenhof" für Versammlungen der Arbeiter nicht zu haben ist und deshalb von denselben boykottiert wird. Die Polizei handelt angeblich im Interesse des Verkehrs. Sie hat nämlich das gruppenweise Zusammenstehen auf der zum Bahnhof führenden Rampe und des Teils der Hauptstraße, welcher zwischen Machnower- und Gartenstraße liegt, verboten. Mit Hülfe dieses Verbots kann man jeden, der sich behufs Durchführung des Boykotts in der Nähe des „Fürstenhof" aufhält und im Gespräch mit einem Zweiten wenige Minuten stehen bleibt, wegen verkehrsstörender Gruppenbildung vertreiben, anzeigen und mit einem Strafmandat bedenken. Von dieser Kampfesweise hat die Polizei ja den ausgedehntesten Gebrauch gemacht. Mit ihren Strafmandaten geht die Polizei gelegentlich auch gegen Personen vor, die zur fraglichen Zeit gar nicht an dem Orte gewesen sind, wo die „Straftat" begangen sein soll. Derartige Irrtümer der betreffenden Polizeibeamten sind am Dienstag vor Gericht in der Berufungsinstanz festgestellt worden. Zur Verhandlung vor der Strafkammer gelangten nämlich eine Anzahl von polizeilichen und vom Schöffengericht bestätigten Bestrafungen aus Anlaß des „Fürstenhof"-Boykotts. Es handelte sich um drei verschiedene Fälle an drei Sonntagen im Juni und Juli. Wie es an Sommersonntagen in Zehlendorf immer der Fall zu sein pflegt, so herrschte auch an den hier in Frage kommenden Sonntagen ein lebhafter Verkehr in der Nähe des Bahnhofs, wobei es selbstverständlich auch häufig zu „Gruppenbildungen" kam. Das alles hinderte den Verkehr durchaus nicht, nur daß sich unter den zahlreichen Passanten auch zwei bis drei Personen befanden, von denen der

Polizeibeamte annahm, daß sie für den Boykott des „Fürstenhof" wirken, das war ein Hindernis, welches „im Interesse des Verkehrs" beseitigt werden mußte.

Schon der erste Fall, an dem zwei Angeklagte beteiligt waren, zeigte, daß die Angaben der Polizeibeamten nicht einwandfrei sind. Während der Polizeisergeant Kunze die beiden Angeklagten um 8¼ Uhr abends als Verkehrshindernis entdeckt haben will, behaupten die beiden Angeklagten, ihr Zusammentreffen mit den Beamten sei um 5 Uhr nachmittags erfolgt. Diese Angabe wurde auch durch die Bekundung eines Zeugen als mindestens wahrscheinlich hingestellt. Das Gericht glaubte jedoch dem Zeugnis des Beamten, setzte aber die Strafe von 9 M., die höchste in diesem Falle zulässige, auf das Mindestmaß von 3 M. herab.

Der zweite Anklagefall beleuchtete die Zuverlässigkeit des Polizeisergeanten Kunze in höchst drastischer Weise. In diesem Falle hatte er drei Personen angezeigt, von denen einer durch mehrere Zeugen beweisen konnte, daß er zu derselben Zeit, wo er am Bahnhofe in Zehlendorf ein Verkehrshindernis gebildet haben soll, gar nicht in Zehlendorf, sondern in Rixdorf war. Dieser Angeklagte wurde denn auch freigesprochen, weil das Gericht annahm, der Polizeisergeant Kunze habe sich geirrt. Ein anderer Angeklagter, der an demselben Falle beteiligt war, mußte gleichfalls freigesprochen werden, weil keine Gruppenbildung stattgefunden hatte, während der dritte Angeklagte wegen Ungehorsams gegen die Anordnung des Polizeibeamten — er hatte sich auf dessen Verlangen nicht sogleich entfernt — mit der Mindeststrafe von 3 M. belegt wurde.

An dem dritten Falle waren wieder drei der Angeklagten beteiligt. Auch hier wurde die höchste Strafe, welche ihnen das Schöffengericht auferlegt hatte, auf 3 M. herabgesetzt. Diese drei hatten sich am Sonntag, den 1. Juli, in der Nähe des Bahnhofs aufgehalten, und zwar zu einer Zeit, wo mindestens hundert Personen auf der Bahnhofsrampe standen, um sich den Festzug eines Radfahrer-Vereins anzusehen. Bei dieser Gelegenheit hat das scharfe Auge des Polizeibeamten entdeckt, daß sich gerade die drei Angeklagten einer verbotenen „Gruppenbildung" schuldig machten, während die hundert oder noch mehr Zuschauer keine verkehrsstörende Gruppe darstellten.

Noch ein vierter Fall dieser Art gelangte in derselben Strafkammersitzung zur Verhandlung. Auch da hatte sich ein Polizeibeamter wieder in der Person geirrt und jemand zur Anzeige gebracht, der gar nicht dabei war. Dieser Fall stellt sich nach der Beweisaufnahme so dar: Genosse Göhre, der keine praktische Tätigkeit im Interesse des Boykotts ausübt, kam zufällig über die Straße, traf unter der Eisenbahnüberführung einen ihm persönlich bekannten Arbeiter, der auch nicht an der Boykottangelegenheit beteiligt ist, wechselte einige Worte mit demselben und wurde daraufhin als verkehrsstörender Gruppenbildner angezeigt und bestraft, mit ihm zwei andere Arbeiter, von denen aber nur einer sich der Gruppe zugesellt hat, während der andere, wie mehrere Zeugen bekundeten, gar nicht bei diesem Vorgang zugegen war. Diesen Angeklagten sprach die Strafkammer frei, weil sie nicht für aufgeklärt hielt, daß er tatsächlich an dieser „Gruppenbildung" mit beteiligt war. Zwei andere Angeklagte kamen auch in diesem Falle mit einer Strafe von 3 M. davon.

Das sind nur einige Einzelfälle aus dem Kampfe, den die Polizei anläßlich des „Fürstenhof"-Boykotts gegen unsere Zehlendorfer Genossen mit großem Eifer, aber ohne Erfolg führt, denn daß sich unsere Parteigenossen durch ein so einseitiges und unbegründetes Vorgehen der Polizeiorgane an dem hindern lassen, was sie für ihre Pflicht halten, das darf sich die Polizei und auch der Pächter des „Fürstenhof" nicht einbilden.

Charlottenburg.

In der Aula der 1. Gemeindeschule, Pestalozzistr. 89, sind am Montag, den 5. November, Fortbildungskurse für Arbeiter eröffnet worden. — Unterrichtsgegenstände: Literatur: Vorträge über Ballade und Drama, Mittwochs 8—10 Uhr abends. Naturwissenschaft: Vorträge über Natur und Geisteswelt, Dienstags 8—10 Uhr abends. Deutsch: Vorträge und praktische Uebungen, Montags und Donnerstags 8—10 Uhr abends. Zutritt haben alle männlichen Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Wilmersdorf.

Aufsehen erregt die Verhaftung des bei seinen Kollegen, Schülern und Vorgesetzten allgemein beliebten Lehrers Sch. Er wird beschuldigt, sich an einem 13jährigen Schüler des Mosseschen Waisenhauses, der bei ihm Unterricht nahm, unsittlich vergriffen zu haben. Es wurde dem Rektor Anzeige erstattet, der den Vorfall der vorgesetzten Behörde mitteilte, worauf am Sonntag die Suspendierung des Lehrers erfolgte. Als Sch. diese Nachricht erhielt, unternahm er einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsadern beider Arme aufschnitt. Die Tat wurde jedoch sofort entdeckt, und der Schwerverletzte einem Charlottenburger Arzte zugeführt, welcher ihm einen Verband anlegte. Sch. wurde nach seiner Wohnung gebracht, woselbst seine Verhaftung erfolgte.

Rüdersdorf.

Verschüttet und erstickt. Einen schrecklichen Tod fand gestern der 43jährige Arbeiter Franz Kirks, der in den Kalksandsteinbrüchen in Rüdersdorf beschäftigt war. Als K. in der Grube beim Ausschachten war, löste sich plötzlich ein kleiner Sandsteinhügel und die Massen stürzten auf den Arbeiter und begruben ihn vollständig. Sofort wurden die notwendigen Rettungsarbeiten vorgenommen, doch als man den Verunglückten wieder ans Tageslicht befördert hatte, war er bereits tot; K. hatte unter den Sandsteinmassen ersticken müssen.

Weißensee.

Die Bildung eines Grunderwerbsfonds ist von der Gemeindevertretung beschlossen worden. Die in letzter Zeit stattgefundenen umfangreichen Grundstücksankäufe, insbesondere solcher Grundstücke, über deren Verwendung noch keine Bestimmung getroffen ist, oder die dem dauernden Zweck, für den sie in Aussicht genommen sind, noch nicht überwiesen werden können, erfordern die Aufbringung erheblicher Geldbeträge zur Bezahlung und Verzinsung der Kaufgelder. Diese Beträge können dem ordentlichen Haushaltsplan nicht zur Last gelegt werden, da sonst der kommunale Steuerzuschlag ganz bedeutend in die Höhe gehen müßte. In einer Begründungsschrift sagt der Gemeindevorstand mit Recht: Die jetzt noch verhältnismäßig niedrigen Grundstückspreise, deren erhebliche Steigerung vielleicht schon für die nächsten Jahre zu erwarten steht, lassen es wünschenswert erscheinen, daß die Gemeinde die Erwerbung von Grundstücken, soweit sich dazu günstige Gelegenheit bietet, fortsetzt, um rechtzeitig das für kommunale Zwecke in späterer Zeit notwendige Areal sicherzustellen. Selbstverständlich ist die Gemeinde nicht in der Lage, die Ausgaben für derartige umfangreiche Grundstücksgeschäfte aus laufenden Mitteln zu decken, soll sie nicht andere unaufschiebbare Aufgaben zurückstellen. Es entspricht aber auch nicht einmal finanztechnischen Grundsätzen, die Steuerkraft der jetzigen Generation allzu stark mit Ausgaben zu belasten, die einer späteren zugute kommen. Dagegen dürfte es der jetzigen Verwaltung obliegen, den bereits vorhandenen Grundbesitz zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, daß die in späterer Zeit für kommunale Zwecke notwendigen Grundstücke möglichst zu Preisen übernommen werden können, die durch den künftigen Wertzuwachs nicht übermäßig verteuert sind. Diesen Zwecken dürfte die Bildung eines Grunderwerbsfonds dienen können. Die Aufnahme der dazu erforderlichen Anleihe dürfte keinen Bedenken begegnen, da sie in den zinsbar anzulegenden Barbeständen oder in den erworbenen Grundstücken volle Deckung findet, die Steuerkraft der Gemeinde auch nicht zu Zinsen und Tilgungsraten in Anspruch nimmt.

Pankow.

Ueber den Mannheimer Parteitag berichtete in der letzten Wahlvereinsversammlung Gen. Warttig. Der Beifall, den die 1½stündigen Ausführungen erhielten, ließ auf ein vollständiges Einverständnis der Genossen mit den Verhandlungen schließen. Korte meinte, dem Austrage von Meinungsverschiedenheiten würde zu viel Zeit gewidmet, es sei ratsam, die Führer vor der Wahl genau zu prüfen. Im übrigen hätten sämtliche Niederbarnimer Delegierten auf dem Parteitage den Antrag betreffend den Ausgang der Wahlrechtsbewegung ebenso entschieden bekämpfen sollen wie Freiwaldt. Bollmann verspricht sich von dem Vorschlage, die Referate gedruckt vorzulegen, nicht den agitatorischen Erfolg wie bei den jetzigen Parteitagsberichten. Eine Broschüre oder das ganze Protokoll würde nicht so aufmerksam gelesen wie die täglichen Parteitagsberichte. Wellmann hält die Resolution Maurenbrechers zwar für verfehlt, erblickt jedoch in Freiwaldts Stellungnahme, wie sie der Parteitagsbericht erkennen lasse, einen Verstoß gegen die Parteidisziplin. Witte wünscht, daß mit der antimilitaristischen Propaganda nicht erst begonnen werde kurz bevor die Rekruten ins Militär eintreten, sondern daß dieselben schon mit der Jugenderziehung einzusetzen habe. Kubig hält Bebels Tadel gegen die Niederbarnimer für notwendig. In der in Rede stehenden Kreisversammlung sei freilich durch einen vorzeitigen Schlußantrag mehreren Rednern das Wort abgeschnitten worden. Daß die Delegierten nun derartige Beschlüsse unbedingt zu vertreten hätten, sei nicht zu verlangen, zumal eine Reihe von Delegierten wahrscheinlich nur deshalb für den Antrag gestimmt hätten, weil ihn ein Akademiker befürwortet hat. Bollmann erwidere er, daß gedruckte Referate in gewissen Fällen zweckmäßig seien, er verneine dies jedoch im Falle des Massenstreiks. Legiens Referat sei geeignet gewesen, Stimmung dafür zu machen, daß die Generalkommission Trumpf sei. Mit dem Parteitagsbeschluß im Hinblick auf die Erklärungen von Bömelburg und Reichel könne er sich einverstanden erklären. Das Einigungswerk hätten nunmehr die Parteigenossen in den Gewerkschaften zu vollbringen. Er verwahre ferner die Versammlung dagegen, daß gegen Akademiker Mißstimmung herrsche, indes freue er sich, daß der „Vorwärts" den richtigen Ton gefunden habe, als er den Genossen Braun nebst Anhang zur Ordnung rief.

Freiwaldt meint, er habe kein gebundenes Mandat gehabt, in Mannheim jedoch dieselbe Ansicht vertreten wie in der Kreisversammlung. Nach Erläuterung der in Rede stehenden Resolution erklärte er, daß er die Kreisorganisation auf dem Parteitage in Schutz zu nehmen hatte und aus dem Grunde gegen die Resolution gestimmt habe. Den Lokalorganisationen empfehle er, sich völlig den Zentralorganisationen anzuschließen.

Röber besteht darauf, daß das Delegiertenmandat gebunden sei, soweit es sich auf Anträge der Kreisversammlung beziehe; das demokratische Prinzip verlange es, daß die Versammlungsbeschlüsse für die Delegierten unbedingt maßgebend sein müssen. Das Vorgehen Legiens, unter allen Umständen die Anschauungen der Gewerkschaften durchzuführen, müsse gehörig beachtet werden.

Nach einem Schlußworte Warttigs berichtete der Vorsitzende über die letzte Kreisversammlung. — Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die Versammlung die im verflossenen Monat verstorbenen Mitglieder Lehmann, Mestchen, Stiller und Wolf durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dabei gedachte der Vorsitzende gleichzeitig des auf so tragische Weise plötzlich aus dem Leben geschiedenen Genossen Herrmann in Stolpe.

Bernau.

Der hiesigen letzten Stadtverordneten-Versammlung lagen zur Vorbesprechung des Erweiterungsbaues für das Schulhaus zwei Zeichnungen vor, wonach 18 neue Klassenzimmer, sowie eine Aula, welche bis auf weiteres auch als Turnhalle benutzt werden soll, errichtet werden. Von unseren Genossen wie auch von anderen Stadtverordneten wurde empfohlen, in der demnächstigen Vorlage die Zentralheizung und Badeeinrichtung für die Kinder in Erwägung zu ziehen. — Die Magistratsvorlage, betreffend die Bewilligung von 5000 M. zu Vorarbeiten von Wasserleitung und Kanalisation, wurde zurückgewiesen und dem Magistrat aufgegeben, in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung eine detailliertere Vorlage zu bringen, mit der Maßgabe, daß zu diesem Zwecke auch eine Kommission gewählt werde, welche die Angelegenheit beaufsichtige und mitberate. Ueber den Bau von Wasserleitung und Kanalisation gab der vom Magistrat geladene Ingenieur Herr Prinz ein übersichtliches Referat. Demnach soll der ganze Bau 700 000 M. kosten. Die Kosten von Ländereien, welche zur Berieselung notwendig sind, sind dabei nicht mit einbegriffen. Indeß ist hierfür nichts auszugeben, da die Stadt im Besitz von 8000 Morgen Waldland ist. In nichtöffentlicher Sitzung, welche bis 11¼ Uhr dauerte, wurde gegen vier Stimmen die Erhöhung der Subvention für die hiesige Privat-Töchterschule angenommen. Die Gehaltserhöhung eines Polizeibeamten wurde der Etatskommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber Kirche, Schule und die Arbeiterschaft referierte am Sonnabend Genosse Störmer im „Schützenhaus". Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß Austrittsformulare beim Genossen Heinrich Brose, Hohnsteinstr. 64, erhältlich sind, auch forderte er zum Massenbesuch der am 13. November im „Elysium" stattfindenden Protestversammlung gegen die Fleischverteuerung auf.

Tegel.

Ein Prozeß, der für Tegel von größter Wichtigkeit ist, kam am Sonnabend vor dem Reichsgericht in Leipzig zur endgültigen Entscheidung. Es ist nicht uninteressant, seine Vorgeschichte zunächst zu kennen. Vor Jahren hatte das Ufergelände in Dorf Tegel eine ganz andere Gestalt. Damals spülten die Wellen des Sees bis dicht an die Stelle, wo heute die Grundstücke durch Zäune nach der Uferpromenade hin abgeschlossen sind. Fast jedes Grundstück hatte einen eigenen Bootssteg, der durch ein Tor oder eine Tür im Zaun zugänglich war. Aus dem seichten Ufersand wuchs Schilf und Rohr und sieben Tegeler Bauerngutsbesitzer besaßen das Recht, ihr Vieh über diese Trift auf die Weide zu treiben. Die Trift zog sich am ganzen Seeufer herum bis nach Saatwinkel. Um das Jahr 1890 herum ließ der damalige Gemeindevorsteher Brunow das Ufergelände zwischen der jetzigen Pieper'schen Badeanstalt bis an das Mühlenfließ mit aus dem See entnommenen Sand aufhöhen und später weiter planieren. Dadurch gewann das Seeufer Tegels die heutige Gestaltung. Die Gemeinde Tegel nahm nun von dem so gewonnenen Gelände einen 11,3 m breiten Streifen für sich in Anspruch und ließ ihn auch grundbuchlich als Eigentum der Gemeinde eintragen. Die Anlieger aber widersprachen dem und beantragten, als eine gütliche Einigung nicht zustande kam, richterliche Entscheidung. Sie hielten nämlich das nunmehr vor ihrem Besitz gelegene Gelände für ihr Eigentum, da es einem durch Anspülung erweiterten Grundbesitz gleich zu achten sei. Eine lange Reihe von Zeugen wurde vernommen, Lokaltermine abgehalten usw. Die Mehrzahl der Zeugen bekundeten, es sei dort kein Weg gewesen, schon die Landstege hätten daran gehindert. Es gelang den Klägern, die vorläufig die Streitfrage ausklagten, den Gutsbesitzern Karl Müller und Paul Zieckow vor dem Kammergericht ein Urteil zu ihren Gunsten zu erlangen. Die Gemeinde wurde verurteilt, die grundbuchliche Eintragung zu ändern und das vorgelagerte strittige Land an die klagenden Grundbesitzer auszuliefern. Damit begnügte sich die Gemeinde Tegel nicht, sondern beantragte beim Reichsgericht die Revision. Als Haupteinwand erhob dort die Gemeinde die Behauptung, es handele sich um einen öffentlichen Weg, der Streit gehöre daher vor die Verwaltungsgerichte. Das Reichsgericht schloß sich dem nicht an, sondern wies den Einwand zurück. Im Uebrigen aber nahm das Reichsgericht den Wert des Streitobjektes nur auf 450—650 M. an und verwarf daher die Revision der Gemeinde als nicht zulässig. Vor dem Reichsgericht werden nur Rechtsstreite von über 2500 M. verhandelt. Die Gemeinde Tegel hatte in einem Sachverständigen-Gutachten den Wert auf 29 315 M. feststellen lassen.

Das Urteil des Kammergerichts ist nunmehr rechtskräftig geworden. Es steht den Klägern somit das Recht zu, den Promenadenweg zu schließen, so sehr das auch zu bedauern wäre. Die Kläger werden voraussichtlich eine angebotene Einigung nicht ablehnen. Jedenfalls wird sich schon in nächster Zeit zeigen, welche Folgen das Urteil haben wird.

Waidmannslust.

„Was ist zu einer gesunden Entwickelung unseres Ortes notwendig?" lautete das Thema, über welches Gemeindevertreter Genosse Wilh. Dentzer in der am Montag im Schweizerhaus tagenden öffentlichen Versammlung referierte. Redner besprach die zurzeit teils in Ausführung begriffenen, teils projektierten baulichen Arbeiten der Gemeinde und wies nach, wie die hieraus entstehenden Kosten durch ein Heranziehen namentlich der Grundstückspekulanten zu den Gemeindeabgaben gedeckt werden können, ohne die kleinen Steuerzahler des Ortes noch mehr zu belasten. In der auf den Vortrag folgenden Diskussion sangen die Redner der zahlreich erschienenen Gegner immer wieder das alte Lied von dem glücklichen Arbeiter in seiner Mietswohnung und dem armen gequälten Grundbesitzer. Als Genosse Quade hierauf die Tendenz der Besitzenden, die Steuerlasten möglichst auf die unteren Volksklassen abzuwälzen, kritisierte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung unter den Bürgerlichen. Man solle hier doch keine Politik treiben, denn man sei in der Gemeinde sozusagen eine große Familie, deren Mitgliedern das Wohl des Ganzen gleichmäßig am Herzen läge. Das Gerede verstummte, als ihnen unser Genosse entgegenhielt, was denn das für eine Familie sei, deren wichtigstes Glied am wenigsten Recht besäße, wie das der Arbeiterschaft gegenüber durch das Dreiklassen-Wahlsystem geschieht. Der Referent widerlegte dann in seinem Schlußwort die Einwände der Gegner vom prinzipiellen sozialistischen Standpunkte aus. Am Schlusse der gut besuchten Versammlung wies der Vorsitzende Genosse Luscher auf die Organisation der Besitzenden in den Ortsvereinen hin und forderte die Wähler der dritten Klasse zum Beitritt in den Wahlverein auf.

Eins dürften die Wortführer der Bürgerlichen und ihr Anhang aus der Versammlung wohl gelernt haben, nämlich, daß die schöne Zeit vorbei ist, in der die Gemeindepolitik des Ortes gemütlich am Biertisch „gemacht" wurde, ohne daß ein Einspruch von irgend einer Seite zu befürchten war.

Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin erstattete der Vorsitzende Segave den Geschäftsbericht des Vorstandes für das 3. Quartal. Er gab zunächst eine Uebersicht über die abgehaltenen Versammlungen und bezeichnete den Besuch derselben als unbefriedigend. Weiter teilte der Redner mit, daß 75 Differenzfälle auf Bauten durch den Vorstand erledigt worden sind. Im Laufe des Quartals wurden zwei Bausperren verhängt und eine, die seit dem vorigen Quartal bestand, wurde aufgehoben, nachdem der gesperrte Töpfermeister Wengler folgende Erklärung unterzeichnet hatte:

„Ich verpflichte mich hierdurch, in Zukunft bei Ausführung von Töpferarbeiten den bei mir beschäftigten Töpfergesellen vorschriftsmäßiges, dem Handwerksgebrauch entsprechendes Handwerkszeug zu liefern. Desgleichen nehme ich die dem Bauvertrauensmann Fritz Gericke und dem Vertreter des Zentralverbandes der Töpfer zugefügten Beleidigungen bedauernd zurück und erkläre, in kommender Zeit die bei mir beschäftigten Töpfergesellen menschenwürdig und anständig zu behandeln. Bei vorkommenden Differenzen bin ich jederzeit bereit, mit dem Bauvertrauensmann und dem Vertreter der Töpfergesellen-Organisation zu verhandeln."

Weiter gab der Vorsitzende eine Uebersicht über die Funktion der Arbeitslosenkontrolle. Daraus geht hervor, daß in den Monaten Juli, August und September alle gemeldeten Stellen besetzt worden und Arbeitslose nicht zu verzeichnen sind.

Aus der Abrechnung des Kassierers Bomhammel ist zu entnehmen: Die Einnahme der Lokalkasse betrug 10 431,88 M., die Ausgabe 9885,69 M. Das Gesamtvermögen beläuft sich auf 45 007,84 M. Der Mitgliederstand war am Schluß des Quartals 2509.

Nachdem die Diskussion über den Vorstandsbericht beendet war, machte Huhn Mitteilung über den geplanten Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses. Er beantragte, daß sich die Töpfer an der von den Gewerkschaften aufzubringenden zweiten Hypothek im Betrage von 250 000 M. mit 15 000 M. und an dem aufzubringenden Geschäftsanteil von 120 000 M. mit 500 M. beteiligen. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ueber den Fensterstreik berichtete der Vorsitzende, daß an demselben 526 Kollegen beteiligt waren und an Unterstützung 4689 M. ausgegeben worden sind. 36 Streikende sind noch vorhanden. Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Versammlung, die Unterstützung aus Anlaß der Fensterfrage nunmehr einzustellen.

Nach längerer Debatte wurde ein Antrag Kemnitz angenommen, welcher besagt: Der Vorstand ist berechtigt, jederzeit einen Kollegen mit der Baukontrolle zu beauftragen.

Vermischtes.

Das vergrabene Münzgold. Durch eine Aussage des wegen des Diebstahls in der Münzanstalt in München verhafteten Wilhelm König ist nun auch das Versteck des Restes des gestohlenen Goldes ermittelt und dieses wieder herbeigeschafft worden. Dieser Rest war im Gartenhause des Bekleidungsamtes in der Heßstraße vergraben worden.

Ein Mörder ergriffen. Der Zuhälter Gorski, welcher in der Nacht vom 7./8. September auf der Straße nach Zell einen Reisenden ermordete und beraubte, wurde in Oppenheim bei Meiningen verhaftet. Der Verhaftete war bereits geständig.

Streikende Studenten. Leoben, 6. November. Die Studenten der hiesigen Bergakademie beschlossen in einer gestern abgehaltenen Versammlung, in den Streik zu treten, falls die Regierung nicht den Neubau dieser Hochschule in Angriff nehmen läßt.

Fünf Personen verschüttet. In Pesaro fand ein kolossaler Felssturz statt. Ein Haus mit einer Familie von fünf Personen wurde verschüttet.

Ueber den Skandalprozeß gegen die Kupplerin Riehl, der sich gegenwärtig in Wien abwickelt, wird noch berichtet:

Die Verhandlung des Wiener Prozesses gegen die Besitzerin eines öffentlichen Hauses, Frau Riehl, ergibt immer deutlicher, daß die Polizeibeamten sich um die Zustände und Vorgänge im Hause nicht kümmerten, die Revisionen den Polizeiagenten überließen und die Anzeigen aus dem Publikum nicht beachteten. Es erfolgten keine Schritte, als sich ein Mädchen aus dem Fenster des ersten Stockwerkes und ein anderes über das Geländer des Treppenhauses hinabstürzten. Ein Polizeioberkommissar, der mehrere Jahre hindurch das Referat über die tolerierten Häuser hatte, war nie persönlich im Hause Riehl und begnügte sich mit Berichten der Agenten. Ein Kommissar des Bezirkes Alsergrund und ein Inspektor des Agentenkorps entschlugen sich gestern abend der Aussage, als ihnen der Vorsitzende vorhielt, sie hätten ein Recht dazu, wenn ihnen daraus Nachteil in ihrer amtlichen Stellung erwüchse. Uebrigens genügten die Aussagen der anderen Zeugen, um festzustellen, daß gewaltsame Zurückhaltungen und Mißhandlungen der Mädchen im Hause Riehl seit 1900 vorgekommen waren, ohne daß die Besitzerin je vor Gericht gestellt wurde. Ein Verteidiger konstatierte, daß aus dem städtischen Dienstvermittelungsamt Mädchen in das Haus Riehl geschickt wurden und daß die Polizei dies duldete.

Die bestohlene Polizei. Einen lustigen Gaunerstreich teilt der bekannte Kriminalist Professor H. Groß mit: In der österreichischen Stadt T. wurde neben dem Bahnhofe eine Polizeiwachtstube gebaut und mit ganz neu erfundenen „Metallziegeln" eingedeckt, welche gleichzeitig den Plafond zur Wachtstube bildeten. Am Tage, nachdem die Schutzleute sich in der neuen Wachtstube häuslich eingerichtet hatten, erschienen mit einem Handwagen zwei Männer in der Uniform der städtischen Feuerwehr, welche sagten, sie hätten den Auftrag, die neuartigen Ziegeln gegen gewöhnliche umzutauschen, da sich erstere als zu blitzgefährlich erwiesen hätten. Die Wachtleute hatten gerade nichts zu tun und halfen den beiden Männern das Dach abdecken und die Ziegeln verpacken. Letztere wurden dann fortgeschafft und die Schutzleute warteten auf die „altartigen" Ziegel. Nachmittags zieht ein Gewitter auf und die Wachtleute telephonieren der Polizeizentrale, es käme ein Wetter und sie

würden naß, was es denn mit dem Dache sei usw. Schleunigst begab sich ein Polizeikommissar zu den Wachtleuten, die man nach ihrer telephonischen Meldung für verrückt hielt. Der Kommissar besieht sich den Schaden und kann nur zu dem beschämenden Beschluß kommen, daß die Hüter des Gesetzes selbst ordentlich begaunert worden seien und der Bevölkerung, die sich über den famosen Streich sehr freut, und nun als Ziel des Spottes dienen müssen. Die Feuerwehruniform hatten die Gauner gestohlen — entdeckt wurden weder sie noch die „blitzgefährlichen" Dachziegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr Abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Belleallianceстraße. Es bleibt nichts übrig als das Kleid aufzubewahren und auf Zahlung gegen Abnahme zu klagen. Bleibt der Aufenthalt der Bestellerin unbekannt, so bewilligt das Gericht auf Antrag öffentliche Zustellung. — **P. Sch. N.** Den Antrag auf Ausstellung einer Ersatzkarte müßten Sie an die Polizei richten. Die etwa entstehenden Kosten hat Ihnen der Arbeitgeber zu ersetzen. — **55. H. H.** Das Pfand wird nicht durch Zeitablauf Eigentum. Sie können lediglich auf Zahlung gegen Abnahme des Kleides klagen. — **Z. 100.** Freiwilligenzeugnis genügt. — **N. U., Adlershof.** In der Regel ja; in jedem Falle wird über die Kostentragung durch das Urteil entschieden. — **B. M.** 1. Nein. 2. Ja. — **M. N. 39.** Der Postbeamte hat vorschriftsmäßig gehandelt. Diese Umstände sind für postlagernde Geldsendungen vorgeschrieben, um Betrügereien entgegenzutreten. Sie hätten das Geld nach Ihrer Wohnung senden lassen sollen. — **999.** Bis spätestens am 13. Oktober nächsten Jahres müßte der Antrag auf Rückzahlung gestellt sein. In der Regel empfiehlt es sich aber, einen solchen Antrag zu unterlassen und weiter zu versichern. — **S. 29.** Eine ausgeklagte Forderung verjährt in 30 Jahren. Mit jeder neuen Pfändung beginnt die Frist von neuem zu laufen an. — **M. S. 55.** 1. u. 2. Nein. 3. Sie sind Deutscher (Sachse) geblieben. — **H. 19.** Die Bemerkungen auf dem Führungsattest stehen der Ausstellung des Scheines nicht entgegen. Eine Berichtigung des Führungsattestes können Sie bei der Behörde beantragen, die dieselbe ausgestellt hat.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 56—61, IVa 50—55. Kalbfleisch, Doppelländer 105—115, Ia 88—95, IIa 76—86, IIIa 62—74, holl. 54—60. Hammelfleisch Ia 72—80, IIa 56—69. Schweinefleisch 60—68. Rehwild Ia per Pfd. 0,50,—0,63, IIa 0,30—0,48. Rotwild Ia 0,35—0,47, IIa 0,00. Damwild 0,30—0,47. Wildschweine 0,15—0,28. Frischlinge 0,20—0,60. Hasen p. Stück 3—3,50, klein 1,00—2,90. Kaninchen per Stück 0,60—0,85. Wildenten per Stück 1,30—1,60, Krickenten 0,60. Rebhühner, junge Ia 1,00—1,30, junge IIa 0,00, alte 0,70—0,80, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,50—2,25, alte IIa 0,80—1,20, junge per Stück 0,50—1,20. Tauben per Stück 0,35—0,50, ital. 0,65—0,70. Enten, junge per Stück 1,35—2,50, Hamburger, junge per Stück 3,10. Gänse, Oderbrucher, per Pfd. 0,45—0,58, do. Ia per Stück 3,00—3,50, IIa 1,75—2,80. Hechte per 100 Pfd. 67—78, matt 0,00, groß 0,00, klein 74—76. Aland 58—60. Schleie 0,00, große 85—87, kleine 114—142. Bleie 18—20. Aale, groß 0,00, mittel 88—94, klein 0,00, unf. 0,00. Plötzen, matt 0,00. Karpfen, unsort. 0,00, do. 25er Lausitzer 0,00, do. 40—50er 0,00, do. 100er Schlesische 0,00. Barse, matt 0,00. Karauschen 0,00. Bleifische 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 16—42. Amerik. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,30, Danziger, Wall 0,60—0,70. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3—6, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 4—5, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 3,50—5,00, Stralsunder 4,00—5,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 4—5, do. ½ Kiste 2—3. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schocklag 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—4,60. Butter per 100 Pfd. Ia 127—130, IIa 120—126, IIIa 115—119, abfallende 103—110. Saure Gurken Schock 3,50—4,00. Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 1,90—2,10, Daberſche 1,90—2,10, Rosen 0,00, weiße 1,60—1,80, Salatkartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 5,00—8,00. Karotten per Schockbund 2—2,50. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—5,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,50, do. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 50—60. Petersilie, grün, Schockbund 1,25. Kohlrabi per Schock 0,50—0,80. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schock-Bd. 0,60—0,80. Salat, per Schock 1,00—2,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 0,00. Wachsbohnen 0,00. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—15. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—2,50. Teltower Rüben p. 100 Pfd. 12. Weiße Rüben, große 2—4, kleine 5—7. Blumenkohl per Mandel 1,05—2,50, do., Erfurter, Kopf 0,18—0,20. Wirsingkohl per Schock 3,00—8,00. Rotkohl p. Schock 3,00—8,00. Weißkohl p. Schock 2,00—3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 15—16. Grünkohl per 100 Pfd. 3—5. Steinpilze p. 100 Pfd. 0,00. Kohlrüben Schock 2,50—3,00. Kürbis 3—4,00. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 5—20, böhmische 6—25. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 4—20, Gravensteiner 8—20, Tiroler in Fässern 17—30, do. lose 0,00, Amerk. 17—30. Preißelbeeren, schwedische 0,00, Gebirgs- 34—38. Wallnüsse per 100 Pfd. 16—20, kleine 0,00. Pflaumen, per 100 Pfd., hiesige 7—11, böhmische 7—12, do. große 0,00. Zitronen: Messina 300 Stück 14,00—18,00, 360 Stück 8,00—16,00, 200 Stück 10—14, 420 Stück, klein 5—8, 500 Stück, klein 5—8.

Witterungsübersicht vom 6. November 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	762	S	1	wolkig	7	Haparanda	765	NO	2	bedeckt	—2
Hamburg	761	O	3	wolkig	5	Petersburg	766	WNW	1	bedeckt	—0
Berlin	762	Still	—	wolkig	9	Scilly	751	SO	2	wolkig	9
Frankf. a. M.	758	NNO	1	bedeckt	8	Aberdeen	754	WSW	1	wolkig	6
München	761	O	3	wolkig	1	Paris	753	NO	2	bedeckt	7
Wien	763	Still	—	Nebel	8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. November 1906.

Etwas kühler, zeitweise heiter, vielfach nebelig, bei schwachen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 6. November. Elde bei Kußtz —,— Meter, bei Dresden — 1,41 Meter, bei Magdeburg + 1,10 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,00 Meter. — Neißemündung + 1,18 Meter. — Oder bei Brieg + 1,84 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,38 Meter.

Sunlicht Seife

erntet die wohlverdiente Anerkennung aller Damen, die nach einmaligem Versuche zur dauernden Verwendung übergegangen sind. Ein Beweis dieser Anerkennung ist die Tatsache, dass Sunlicht Seife sich des nachweisbar grössten Absatzes aller Seifen-Marken der Welt erfreut. **Wenn nun Millionen von Hausfrauen seit langen Jahren Sunlicht Seife verwenden und damit zufrieden sind, glauben Sie dann nicht, dieselbe auch mit Vorteil gebrauchen zu können?**

1. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. November 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

67 455 91 [3000] 549 711 856 998 **1**155 340 540 70 542 83 **2**051 99 103 19 56 [3000] 291 469 88 511 [500] 34 98 [1000] 761 97 915 75 **3**300 554 608 711 75 857 907 **4**493 94 547 [2000] 932 **5**230 36 [300] 420 741 903 **6**017 [500] 422 [1000] 75 99 594 602 75 97 752 [500] 851 928 45 **7**012 341 [500] 89 466 76 527 92 805 **8**111 40 213 24 454 555 711 34 63 **9**028 31 130 43 71 [500] 87 276 96 389 963 67 96 **10**210 332 404 29 96 887 [1000] **11**225 90 372 [500] 414 38 807 [1000] **12**081 81 84 [500] 97 413 509 629 941 **13**006 133 354 421 79 755 977 [3000] **14**253 [3000] 64 74 [1000] 215 64 67 71 441 [1000] 773 941 90 95 **15**107 83 529 80 789 **16**091 228 854 36 925 **17**110 29 63 207 [500] 316 40 76 734 **18**310 408 20 88 823 36 77 [500] 978 **19**051 243 461 703 908 40 [500] 49

20004 103 210 320 410 [500] 582 [75 000] 785 852 915 90 **21**151 95 565 [1000] 653 57 799 800 7 958 [3000] 65 **22**014 464 552 754 890 921 **23**043 87 [1000] 658 812 53 84 883 **24**017 24 [500] 47 117 280 406 866 **25**018 [500] 36 52 [1000] 191 529 **26**199 439 582 91 688 [1000] 700 **27**455 677 84 722 50 974 87 **28**018 218 61 583 607 926 **29**157 446 548 731 987 [1000] **30**000 10 555 433 776 965 **31**150 215 493 753 935 95 **32**163 [500] 279 392 954 79 **33**127 255 92 343 417 84 [500] 500 26 56 84 86 [1000] 696 725 834 984 **34**085 252 444 627 96 714 23 [500] 56 75 844 929 99 **35**043 58 [30 000] 177 [3000] 277 570 [500] 928 **36**022 255 540 788 820 34 46 [500] 950 **37**217 [300] 442 881 [5000] 629 858 **38**022 67 148 365 [500] 400 781 [50001] **39**030 [3000] 47 [500] 227 57 73 361 477 [1000] 524 653 705 879

40455 528 699 724 845 48 951 **41**276 357 [500] 471 712 65 856 917 **42**002 128 209 45 894 940 48 [1000] **43**069 96 320 627 [3000] **44**135 521 793 830 969 **45**125 275 95 374 457 571 615 710 **46**111 29 61 521 55 606 865 933 34 **47**167 [3000] 492 [1000] 503 643 [500] 68 823 968 **48**089 348 74 411 [500] 532 791 830 54 [500] **49**141 302 639 85 723 866 [1000] 924 70 **50**054 419 527 [500] 994 **51**012 25 54 145 [1000] 71 367 519 [1000] 708 [500] 24 809 **52**085 158 281 523 607 [500] 737 **53**025 151 99 230 387 431 521 784 **54**036 257 509 16 [1000] 58 603 78 980 **55**127 360 433 505 77 658 [500] 710 62 879 911 99 [500] **56**020 221 71 95 402 724 34 46 507 **57**008 200 418 538 757 806 65 89 **58**110 [3000] 326 556 **59**060 419 72 511 27 86 95 849 920 [500]

60109 437 525 918 **61**158 72 216 57 443 97 739 910 72 **62**098 [1000] 339 722 970 **63**040 125 523 785 [500] 921 **64**287 400 [1000] 801 94 **65**002 [500] 52 285 342 47 [1000] 552 54 721 827 77 993 [500] **66**068 [1000] 274 488 [3000] 614 78 **67**064 154 66 211 60 368 480 622 **68**143 350 467 **69**218 74 80 803 65 69 **70**491 713 855 **71**279 495 521 [3000] 52 [3000] 632 44 882 **72**015 64 356 [500] 457 [1000] 740 839 **73**166 256 504 611 772 807 78 926 **74**112 95 257 382 642 752 955 **75**500 894 **76**290 363 494 546 728 **77**104 21 561 741 923 **78**470 517 77 694 785 79 808 88 924 **79**067 837

80130 287 369 580 924 **81**356 425 860 **82**108 251 426 518 [500] 670 848 995 [500] **83**281 518 628 748 81 **84**046 479 [500] 838 [1000] 985 **85**107 479 523 [1000] 612 24 730 99 [3000] **86**113 39 280 423 679 882 **87**127 406 579 93 647 985 946 [500] **88**087 [500] 124 52 275 372 661 730 53 805 6 999 **89**006 117 445 71 [500] 678 798 902 78 **90**013 [500] 59 92 387 552 618 75 727 945 **91**274 [500] 438 881 933 **92**508 28 548 71 803 [500] **93**045 203 426 524 785 817 981 **94**010 350 779 **95**317 20 35 534 98 805 704 813 **96**209 [500] 11 74 84 268 617 710 [3000] 939 **97**000 11 27 297 [500] 729 85 885 960 **98**402 703 18 895 950 **99**000 23 31 192 [3000] 209 81 43 80 353 942

100021 192 247 507 844 62 971 **101**175 231 [500] 525 714 927 85 **102**318 702 [3000] 96 [500] 807 27 40 955 62 **103**003 210 16 385 [500] **104**098 130 441 614 33 47 890 **105**056 426 82 [500] 538 93 697 925 **106**065 127 350 587 873 78 937 41 **107**167 94 241 335 51 403 684 [500] 735 852 987 **108**030 99 [3000] 194 215 84 570 589 896 924 **109**120 20 245 379 480 518 39 [500] 629 [1000] 703 5 868 94 [1000] 901 18 **110**007 63 365 533 619 721 847 **111**019 295 349 421 604 801 **112**182 418 503 25 652 748 800 [500] 981 **113**002 90 125 328 580 [3000] 635 60 705 **114**454 469 611 604 [500] 85 86 91 96 982 **115**298 506 [500] 8 75 651 756 **116**011 122 226 [500] 826 961 **117**182 217 68 392 444 815 [500] 31 [500] 629 717 **118**105 13 381 816 [500] **119**166 238 [500] 70 309 758

120044 91 228 628 756 803 **121**175 262 92 508 628 49 785 937 42 **122**237 38 649 [3000] **123**125 [1000] 296 354 58 460 82 [500] 525 64 778 832 **124**265 854 879 781 968 **125**397 [500] **126**146 209 538 **127**354 438 [1000] 593 687 818 **128**014 119 22 238 348 409 26 515 632 **129**054 161 382 481 [1000] 630 **130**274 307 97 530 655 881 **131**150 72 336 471 [500] 859 976 **132**000 59 99 [500] 352 409 526 89 874 989 **133**088 364 611 751 837 71 917 [1000] **134**058 500 6 24 68 705 809 15 904 **135**015 [500] 525 64 606 56 73 **136**005 15 29 128 46 271 337 42 82 467 [500] 831 943 71 **137**007 44 307 [1000] **138**246 388 431 [1000] 733 826 **139**171 229 34 [500] 69 98 391 493 589 617 778 [500] 813 [1000] 89 936 55

140074 399 507 86 635 **141**122 44 221 [3000] 70 370 [3000] 442 72 508 46 76 646 732 **142**088 139 221 [3000] 398 565 625 55 766 76 **143**037 304 435 [3000] 68 504 626 813 **144**237 63 448 541 99 635 754 996 [500] **145**224 50 554 421 [500] 77 622 780 **146**015 23 210 511 [1000] 987 **147**482 509 [500] 741 851 [1000] 930 **148**250 315 855 915 **149**148 [500] 96 516 49 **150**582 642 794 **151**154 200 498 512 97 606 8 878 **152**007 326 904 [500] 56 **153**079 [500] 256 851 **154**044 317 85 449 534 81 **155**390 827 969 677 848 **156**056 165 271 406 583 702 819 83 [1000] **157**045 [1000] 125 41 296 402 612 13 33 829 [500] **158**029 127 450 59 96 629 779 **159**430 55 95 759 902 69 91 [500]

160018 [3000] 102 388 475 562 707 827 **161**213 [1000] 400 562 **162**126 296 634 755 [500] **163**249 [500] 319 438 527 605 66 79 86 796 **164**244 617 53 71 [500] 865 49 91 915 88 [500] **165**631 82 116 338 600 84 869 **166**209 110 289 46 546 **167**486 89 557 775 91 [3000] 667 83 **168**373 474 649 77 941 **169**396 480 [500] 664 [3000] 726 825 78 **170**112 393 907 40 68 **171**023 [1000] 115 328 515 606 95 [1000] 728 960 **172**062 195 397 54 558 870 **173**660 [500] 863 938 **174**006 90 181 330 84 650 [500] 826 **175**093 206 [1000] 456 **176**282 433 50 85 542 677 716 45 47 815 26 [3000] **177**127 263 317 448 585 87 622 732 883 962 **178**022 179 79 452 [500] 515 607 57 723 85 **179**300 54 473

180021 242 59 66 309 654 756 [500] **181**393 403 52 682 707 868 900 **182**052 68 168 290 [1000] 850 428 557 [500] 673 **183**014 28 117 [500] 30 209 558 707 900 **184**072 [500] 254 377 525 55 602 791 885 927 **185**035 35 [500] 434 95 625 54 [1000] 955 [500] **186**120 208 341 [501] 407 779 [1000] 972 **187**196 281 709 988 [500] **188**069 205 59 [1000] 52 61 578 937 **189**130 260 382 580 633 811 [1000] **190**091 193 488 724 836 89 943 [1000] **191**031 107 15 229 350 407 557 80 715 871 900 9 43 57 **192**114 19 76 300 583 625 28 75 751 836 **193**477 [500] 83 564 86 635 [500] **194**082 67 165 84 217 [3000] 84 85 302 601 95 709 865 943 47 **195**366 489 698 884 900 [1000] **196**008 128 343 626 33 744 58 87 915 **197**056 107 512 449 [500] 527 707 865 940 85 [1000] **198**045 [1000] 287 314 478 601 25 96 729 859 925 **199**284 418 54 630 352

200212 317 63 461 538 **201**002 73 115 408 28 48 73 730 871 **202**078 145 69 624 790 91 886 **203**320 439 605 **204**157 201 454 640 703 18 853 **205**181 232 53 374 654 824 901 [1000] 40 **206**534 608 45 46 58 54 **207**029 77 761 [1000] **208**016 74 211 533 79 732 800 989 **209**281 334 [500] 96 709 16 91 [500] 923 **210**068 69 283 470 83 581 98 [500] 771 960 **211**002 [1000] 251 325 51 472 525 [500] 96 99 720 47 77 **212**249 551 84 641 723 953 **213**061 166 723 836 923 95 **214**215 79 [1000] 65 309 71 [500] 85 514 77 620 **215**097 [3000] 188 94 238 325 479 654 883 **216**289 115 253 76 492 615 792 958 **217**150 263 371 401 546 [1000] 602 25 709 843 10 [500] **218**223 315 486 585 98 797 823 **219**075 147 270 308 470 88 974

220118 [500] 46 63 216 435 82 986 **221**006 80 421 554 58 741 **222**007 12 108 419 526 738 818 **223**313 97 419 89 590 960 [1000] **224**022 156 370 98 486 705 25 47 76 [500] **225**178 544 609 21 72 515 67 **226**111 84 361 488 887 956 **227**828 892 **228**435 50 677 710 808 955 **229**073 209 460 91 [3000] 513 606 26 69 903 [500] **230**022 119 [3000] 39 284 93 302 403 962 [1000] **231**137 214 491 500 7 918 86 **232**297 392 874 **233**027 94 115 658 765 949 **234**114 [1000] 853 **235**199 450 99 708 [500] 33 851 88 94 900 **236**105 [500] 218 31 225 [1000] 775 76 923 **237**002 80 138 86 93 96 500 485 89 97 512 603 83 742 67 880 900 48 54 **238**066 382 516 730 925 **239**054 326 647 77 719 48 856 [500] 957

240129 66 342 54 87 462 85 [3000] 564 68 78 737 [500] 828 32 **241**263 630 [500] 808 **242**213 346 537 800 [500] 905 07 **243**205 67 333 472 **244**069 216 467 [1000] 87 506 [1000] 647 834 **245**120 [1000] 32 [500] 408 49 551 683 885 **246**112 15 49 [500] 64 [3000] 259 [1000] 523 83 680 763 [500] 842 904 15 **247**144 302 15 60 84 447 60 591 642 782 908 **248**017 87 153 203 384 462 648 [3000] 751 823 47 **249**044 127 208 [1000] 61 406 50 98 621 824 973 [1000] 66 69 **250**161 [500] 709 **251**127 463 [500] 64 80 521 622 27 711 14 45 48 [3000] **252**138 44 205 50 74 873 582 688 709 **253**818 34 82 **254**125 [500] 82 650 [3000] **255**409 44 946 **256**141 259 486 505 808 [1000] 93 926 82 **257**005 [1000] 16 55 72 302 603 824 72 **258**224 71 388 504 71 949 **259**040 [2000] 111 [1000] 204 415 92 545 630 80 873 956

260041 182 297 419 [1000] 26 551 85 81 640 817 **261**325 46 524 800 60 904 10 [500] **262**163 [1000] 378 406 588 738 [500] 914 66 **263**157 487 740 **264**019 334 614 **265**102 44 648 70 839 **266**300 474 [1000] 531 858 950 93 **267**280 396 878 92 **268**081 370 97 753 818 **289**034 48 126 352 410 51 763 **270**126 236 [500] 56 317 450 83 656 [3000] 865 942 93 99 **271**165 243 337 453 80 564 602 **272**039 77 265 327 466 510 38 641 59 **273**223 36 [1000] 878 974 **274**819 32 538 900 **275**283 353 414 537 [1000] 947 **276**029 113 [1000] 487 **277**015 155 [3000] 90 484 [10 000] 606 18 40 747 900 **278**494 646 711 26 **279**081 127 378 [1000] 87 431 526 [500] 54

280008 240 [1000] 381 88 986 **281**018 296 320 617 78 766 853 70 **282**085 238 70 318 612 31 890 **283**108 18 521 344 [10 000] 405 15 90 [500] 528 82 694 944 **284**182 [10 000] 416 710 849 996 **285**036 132 282 352 95 462 705 [500] 95 864 70 **286**004 507 802 89 **287**088 53 [3000] 138 84 357 403 760 806

1. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

134 [500] 219 91 229 406 [3000] 13 97 574 [500] 669 [1000] 1043 60 82 109 224 486 589 907 [500] 61 [1000] **2**017 264 [500] 435 547 779 [3000] 873 902 **3**292 342 513 682 735 836 **4**108 [500] 246 448 647 99 710 40 855 **5**284 352 [500] 13 625 30 799 **6**187 240 **7**281 565 603 44 895 979 **8**033 124 37 294 405 585 957 [3000] **9**079 802 **10**232 427 727 807 **11**004 24 42 472 [3000] 666 721 44 935 79 **12**150 494 617 **13**008 [1000] 72 184 249 408 615 [500] 886 [3000] 952 75 **14**247 354 [1000] 467 79 542 88 712 803 **15**005 30 176 [3000] 403 512 72 86 96 874 82 95 965 82 **16**495 516 735 868 78 **17**013 16 25 100 747 819 **18**100 202 76 373 535 975 77 **19**130 97 357 441 623 61 796 852 [1000]

20094 155 273 [1000] 801 4 [500] 51 646 747 [1000] 825 **21**187 374 753 824 28 932 **22**286 305 475 519 727 52 64 83 895 **23**169 72 264 331 [500] 409 524 616 780 980 **24**077 132 51 92 365 402 715 832 75 [500] 952 **25**093 585 787 823 **26**107 37 56 89 256 [3000] 59 76 824 883 [500] 911 42 **27**130 230 483 507 99 660 740 [500] 72 823 98 **28**702 90 874 **29**008 53 63 412 502 **30**018 383 446 485 601 743 45 75 808 70 922 **31**085 384 416 18 614 802 951 [500] **32**016 207 317 518 608 806 977 **33**247 54 99 824 62 467 711 82 821 49 88 **34**224 804 71 [500] **35**129 289 417 62 516 765 883 907 [500] 28 46 **36**070 [3000] 801 572 674 712 **37**085 170 83 [3000] 287 504 724 842 85 [1000] 926 66 **38**046 [500] 113 218 746 859 **39**154 375 591 [500]

40022 38 76 621 [500] 706 842 80 928 **41**035 150 290 345 49 621 82 782 [3000] 855 987 **42**109 [3000] 75 320 28 432 509 718 879 928 [3000] 47 **43**[illegible] 844 **44**209 76 430 58 552 719 92 925 **45**321 427 62 586 601 20 734 [500] 998 **46**035 412 **47**094 129 254 321 426 77 513 [500] 85 608 71 99 [500] 702 **48**260 [3000] 322 25 464 517 667 955 [1000] **49**185 315 423 586 604 704 966 **50**004 191 [1000] 258 308 [1000] 635 41 [1000] 977 **51**014 18 213 315 492 **52**087 265 356 66 469 851 70 **53**435 641 735 835 **54**049 59 355 628 46 [500] 87 827 **55**317 428 620 748 **56**044 425 52 550 682 [3000] **57**204 55 525 737 80 **58**030 60 508 66 692 807 **59**405 506 846 79 92 [500]

60038 82 120 249 314 477 513 49 **61**057 87 95 144 219 356 414 544 653 68 98 744 52 826 81 **62**015 19 162 382 523 62 661 714 **63**192 244 [500] 45 516 635 97 507 650 714 810 [1000] 24 54 **64**106 75 [3000] 222 [illegible] [500] 707 **65**036 653 894 **66**045 309 439 [500] 509 **67**259 [1000] 534 766 89 75 819 23 **68**028 327 605 73 793 **69**279 [1000] 460 70 559 878 **70**216 374 428 [500] 610 802 992 **71**132 295 467 611 790 848 84 **72**089 [1000] 176 306 644 47 837 930 [500] **73**177 536 714 982 **74**056 244 620 69 744 66 71 321 94 [1000] **75**060 126 270 528 615 679 91 796 824 **76**028 37 197 [3000] 238 360 428 618 26 [1000] 86 858 **77**072 331 750 920 78 [1000] **78**174 483 538 742 **79**249 [1000] 333 66 96 429 65 98 538 [500] 41 722 804 10

80058 114 249 64 543 424 644 [500] 75 525 65 816 **81**002 139 315 909 65 **82**021 43 222 [500] 700 909 24 59 **83**211 [3000] 76 401 24 602 771 **84**300 651 [illegible] **85**062 95 415 [500] 630 828 **86**085 819 88 950 **87**102 37 450 [500] 68 649 63 962 **88**067 567 786 820 54 **89**014 33 117 483 523 742 [500] **90**274 468 619 908 **91**090 124 236 404 15 [500] 40 651 712 55 [1000] **92**027 451 87 [3000] 542 88 655 [1000] 883 867 [1000] **93**267 **94**473 535 867 **95**009 49 135 238 386 409 917 **96**077 84 133 428 605 891 997 **97**088 127 329 539 654 77 758 910 33 41 **98**360 133 251 [500] 318 [500] 517 62 727 98 **99**026 62 115 50 234 272 477 84 514 770 814

100092 179 272 419 [500] 670 78 847 **101**050 450 558 [1000] 603 89 707 **102**129 56 410 [3000] 651 61 [501] **103**072 150 291 375 509 28 713 [3000] 60 851 **104**084 129 47 782 [3000] 972 [500] 86 [1000] **105**041 [500] 80 410 564 [500] 86 [3000] 936 96 **106**014 31 49 246 85 440 [3000] 804 **107**045 [500] 581 709 25 866 71 938 **108**374 455 624 97 738 66 **109**111 85 448 777 **110**048 434 [1000] 500 [500] 856 **111**483 783 943 86 89 **112**121 212 30 [500] 45 [1000] 431 86 850 **113**024 321 486 604 11 28 917 42 83 **114**060 158 [500] 72 230 528 608 88 985 **115**178 210 [500] 87 462 571 607 717 957 **116**054 82 189 [500] 67 [1000] 205 317 469 579 [500] 655 761 838 947 84 **117**004 105 260 545 **118**028 [500] 78 846 **119**121 291 [500] 346 53 430 776 878

120048 49 138 [500] 68 246 548 606 564 680 774 **121**379 384 418 667 **122**362 647 973 **123**018 84 312 92 871 [3000] 922 [500] 31 **124**019 [500] 37 310 939 **125**220 308 41 420 627 770 97 887 98 99 **126**167 [500] 227 373 [1000] 481 557 71 95 683 903 11 **128**139 251 419 504 683 840 88 **129**088 319 523 604 17 53 88 **130**062 190 280 [3000] 53 346 426 83 617 737 949 **131**196 338 641 764 [3000] **132**080 294 [500] 360 94 426 46 530 613 **133**382 564 630 80 [5000] 782 **134**108 61 [5000] 282 361 481 513 726 898 [500] **135**052 256 361 466 93 584 [3000] 751 [1000] **136**098 [1000] 189 224 26 491 501 49 606 758 **137**476 606 709 **138**012 13 124 340 69 875 969 97 [1000] **139**006 165 271 336 37

140039 150 205 54 544 92 686 98 812 70 **141**136 48 68 77 277 426 60 514 [3000] 69 747 967 **142**005 26 184 304 35 89 477 615 29 [3000] 826 82 986 **143**048 256 [1000] 565 86 **144**007 466 509 46 661 750 64 [illegible] 98 **145**182 251 69 586 [500] **146**121 483 555 670 900 [500] 99 **147**337 [illegible] 134 [illegible] 493 514 **149**171 428 567 631 83 **150**129 97 227 302 539 [3000] 645 846 947 **151**028 114 75 288 90 506 810 954 **152**059 422 658 [1000] 86 901 [3000] **153**[illegible] 25 802 58 [3000] 65 841 [500] 47 97 [500] **154**054 82 135 43 215 580 647 **155**123 44 235 495 533 602 90 728 **156**141 [500] 60 282 373 445 **157**015 [500] 315 445 562 626 766 861 [500] **158**039 62 161 86 450 549 820 **159**329 505 41 626 64 69 745 815 56

160245 386 435 831 54 79 80 956 58 **161**062 112 36 47 47 455 889 960 **162**162 297 [3000] 566 789 996 **163**003 85 [3000] 389 [500] 377 806 961 **164**733 809 **165**035 406 98 629 [500] 783 902 [3000] **166**059 42 389 504 [1000] 13 [3000] 785 [500] 908 **167**113 212 [1000] 29 626 722 89 907 66 **168**000 274 357 603 905 56 89 [3000] **169**108 402 38 604 10 49 82 [1000] 928 88 **170**109 16 324 92 574 [3000] 656 738 68 **171**336 40 537 [500] 52 610 80 789 **172**039 306 98 434 552 807 80 916 61 **173**028 151 68 326 771 89 897 73 82 **174**195 210 [3000] 320 571 83 90 910 **175**026 440 592 696 771 97 **176**029 [3000] 355 626 764 69 845 78 **177**192 258 347 457 [1000] 508 [1000] 61 783 826 31 998 99 **178**064 152 97 419 620 895 **179**004 125 403 569 907

180222 323 88 420 516 813 14 **181**016 44 408 10 853 **182**642 [1000] 76 871 987 90 **183**032 440 49 72 510 838 56 **184**049 83 264 320 606 911 29 65 84 **185**010 197 406 **186**034 55 227 511 [1000] 73 608 68 716 860 927 58 **187**190 212 [3000] 345 440 55 629 [500] 76 777 **188**190 420 617 809 975 **189**053 234 [3000] 37 54 [3000] 227 510 74 917 [500] **190**077 164 88 412 94 [1000] 585 721 34 [1000] 78 **191**135 [500] 341 84 522 607 65 887 **192**015 137 856 937 **193**031 176 78 376 405 545 717 827 87 992 **194**052 78 96 113 17 41 [500] 419 580 **195**002 943 55 **196**001 89 182 452 657 903 22 **197**055 83 171 302 477 591 [500] 751 86 [500] 844 992 **198**037 296 331 65 643 710 855 [3000] **199**001 70 [500] 154 81 476

200003 74 [3000] 272 85 345 669 736 810 967 75 **201**234 92 616 **202**026 753 805 [300] **203**008 54 68 262 495 639 851 944 **204**098 286 314 [500] 24 68 73 402 58 78 128 **205**115 205 56 86 94 [3000] 527 730 46 55 888 **206**043 55 130 329 412 **207**005 332 412 566 695 **208**049 218 642 58 809 908 **209**002 106 294 371 [500] 50 740 897 927 **210**060 454 625 33 38 714 46 92 887 73 82 **211**185 208 86 326 80 98 855 79 **212**030 194 463 75 861 925 [5000] **213**190 201 308 522 617 703 82 804 17 81 **214**155 349 648 903 **215**104 65 404 70 618 57 761 86 **216**125 28 [1000] 303 530 [1000] 68 614 41 69 [1000] 83 915 **217**124 270 421 723 **218**133 54 700 981 **219**130 244 45 325 574 638 726 46 65 923

220198 618 **221**622 484 **222**178 230 88 325 [500] 427 38 773 815 56 **223**007 [1000] 409 74 76 91 **224**134 65 304 74 512 726 894 924 86 41 62 **225**150 **226**217 66 499 627 829 71 78 **227**033 86 [500] 148 82 444 501 12 [500] 662 **228**260 408 509 604 64 722 41 82 [500] 803 [500] 70 98 **229**519 46 729 69 805 [500] 13 **230**081 212 414 654 812 [1000] **231**013 622 [3000] 771 831 984 **232**154 523 [500] 616 775 887 **233**014 119 404 75 542 926 **234**100 21 95 [1000] 297 331 444 682 743 68 859 928 55 [1000] **235**028 52 135 473 543 780 806 **236**131 [1000] 53 232 34 98 321 725 65 939 86 **237**005 611 810 35 66 69 961 **238**014 46 [3000] 150 201 437 629 761 **239**032 [1000] 90 156 77 842 58

240062 [500] 75 130 618 868 **241**046 645 50 [500] 733 [3000] 967 82 **242**039 94 225 336 42 656 57 797 820 **243**054 182 428 54 [1000] 514 654 883 944 **244**026 256 371 [500] 471 685 878 909 **245**057 127 253 327 527 654 779 **246**154 239 648 80 819 [500] 52 **247**008 216 65 436 [1000] 561 640 702 888 **248**002 118 279 [1000] 338 47 402 75 [1000] 796 960 **249**106 33 479 505 23 742 827 [2000] **250**186 69 [1000] 419 [3000] 21 50 [3000] 586 704 66 **251**139 [3000] 472 632 780 823 90 951 75 **252**324 [3000] 57

Aus Industrie und Handel.

Zur Rentabilitätsstatistik im Bergbau.

Mit der vorstehenden Frage beschäftigte sich in zwei Artikeln „Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt". Er kam dabei zu dem Resultat, daß die übliche Dividendenstatistik ein völlig unzulänglicher Maßstab für die Rentabilitätsermittelung sei. Das haben wir ja auch schon gegenüber der famosen Dividendenberechnung des Dr. Jüngst im „Glückauf" betont. Der „Ratgeber" taucht aber auch nicht bis auf den Grund, er verweist lediglich darauf, daß die Dividende gar nicht das Verhältnis zwischen Lohn und Kapitalgewinn erfaßt, weil schon, ehe die Aktiengesellschaft zu arbeiten beginnt, auf Kosten der späteren Produktion enorme Summen gezahlt sind. Er exemplifiziert an der Bergbaugesellschaft Massen, deren Aktienkapital nach dem Originalprospekt vom 31. Dezember 1889 4 000 000 Mark beträgt. Diese 4 Millionen Mark arbeiten aber nicht im Betriebe, sie erscheinen als Aktivum auf Konto Bergwerksberechtsame:

„Das eigentliche Aktienkapital, also derjenige Posten, auf welchen die spätere Rentabilität berechnet wird, ist bezahlt worden für den Erwerb einer Bergwerksberechtsame. Für Leser, welche nicht wissen, was hierunter zu verstehen ist, sei bemerkt, daß diese Berechtsame ein vom Staate ausgefertigtes Schriftstück ist, das besagt, daß der Inhaber desselben das Recht hat, für ewige Zeiten an einer gewissen Stelle nach Kohlen zu graben. Die Konzession wird demjenigen erteilt, der als Erstfinder das Vorhandensein von Kohle an der betreffenden Stelle festgestellt hat. Der Besitzer der Konzession, dessen Unkosten sich auf die einmaligen Bohrkosten beschränken, hat, wie die obige Bilanz zeigt, seine Rechte gegen vier Millionen Mark an das zu errichtende Bergwerksunternehmen abgetreten und dabei einen Gewinn von vier Millionen Mark abzüglich einiger tausend Mark Bohrkosten erzielt."

Im vorliegenden Falle kommt das Aktienkapital als werbendes Kapital überhaupt nicht in Betracht, die Kosten für Grundstücke, Schachtanlagen, Maschinen, Werkzeuge usw. werden lediglich durch Anleihe, Hypotheken und Kreditoren gedeckt. Diese Konten weisen eine Gesamtsumme von 1 629 972,73 M. auf. Ohne das Geschenk an die Gründer würde also höchstens ein Betriebskapital von 2 Millionen Mark zu verzinsen sein, wenn man die tatsächlichen Auslagen für Bohrversuche auf zirka ⅓ Million Mark veranschlagt. Der „Ratgeber" argumentiert weiter:

„Das Jahr 1890, das Gründungsjahr von Massen, zeichnete sich durch große spekulative Tätigkeit aus; dementsprechend konnten die Aktien mit 20 Proz. Agio, also mit einem weiteren Gründergewinn von 800 000 M. ins Publikum gebracht werden. Daß wir es bei der Massener Gesellschaft mit keiner unsoliden Gründung zu tun haben, geht aus der Tatsache hervor, daß das Unternehmen fast regelmäßig Dividenden, darunter solche von 9 und 11 Proz., gezahlt hat, obwohl seine Geburt in einem höchst spekulativen Milieu stattfand. Wenn also feststeht, daß ein Gewinn von annähernd 4 800 000 M. an einer Aktiengesellschaft mit einem Nominalkapital von 4 Millionen Mark vorweg verdient wurde, so ist klar, daß diese Summe Anspruch darauf hat, in irgend einer Form von den Herren Statistikern berücksichtigt zu werden. Aus dem Beispiel geht aber weiter hervor, in wie hohem Grade die sichtbare Rentabilität eines Unternehmens von dem Gebaren seiner Gründer abhängt. Hätten sich diese mit der Hälfte des jetzigen Gewinnes begnügt, so wäre die spätere Rentabilität von Massen auf das Doppelte gestiegen. Und hätten sie sich gar bei der Inferierung genügen lassen, nur am Aktienagio von 800 000 M. zu partizipieren, und im übrigen die wirklich verauslagten Summen für Bohrkosten, Schachtbau usw. eingestellt, so wären Dividenden in der Höhe von Konsolidation und Arenberg herausgekommen."

Tiefer dringt das Blatt in die Materie nicht ein, obwohl die Frage der Rentabilität, die tatsächlich selbst bei hochwichtigen Verhandlungen lediglich unter dem Gesichtswinkel der Dividendenhöhe beurteilt worden ist, mit Berücksichtigung des Gründergewinnes noch längst nicht seine Lösung gefunden hat. Dem Arbeiter kann es übrigens ganz gleichgültig sein, ob X. und Y. den Profit als Gründer oder als Aktionär einstecken. Die Grenze, wo die reelle Vergütung für wirkliche Unkosten und aufgewendete Mühe aufhört, wo das eigentliche Geschenk beginnt, läßt sich auch wohl selten genau feststellen.

Das ist auch nicht nötig, das Verhältnis zwischen Lohn und Unternehmergewinn ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Lohn und Reingewinn, zuzüglich Obligations- und Anleihezinsen. Aber Reingewinn und Zinsen ergeben erst einen Teil des Gewinnes. Es sind noch zu berücksichtigen die Summen, die, aus den Betriebsmitteln entnommen, zu Neuanlagen verwendet werden. Die vielgerühmten Wohlfahrtseinrichtungen (Werkskolonien) werden in der Hauptsache auf solche Weise aus nicht ausbezahlten Gewinnen oder Löhnen errichtet. Aber auch die Kosten für direkte Betriebsanlagen, Schächte, Maschinen usw. werden teilweise aus Betriebsüberschüssen gedeckt. Dadurch steigt natürlich der innere Wert des Unternehmens, was in den höheren Kursen der Papiere ja auch zum Ausdruck kommt. Daß der Kapitalist, der ein Papier zu Tageskursen kauft und deshalb gewöhnlich nur eine zwischen 4—6 Proz. schwankende Verzinsung seines Anlagekapitals erzielt, geht uns gar nichts an. Auf jeden Fall kommt dem Gründer die innere Wertsteigerung zugute, er kann den Nutzen daraus jederzeit durch Abstoßung seines Besitzstandes realisieren.

Für den Arbeiter ist von Interesse zu wissen, wie sich der Lohn zu der von ihm aufzubringenden Gewinnsumme stellt. Und dazu gehört außer Reingewinn und Zinsen mindestens auch die aus dem Betriebsgewinn entnommene Summe für Neuanlagen, die z. B. bei der Gelsenkirchener Gesellschaft sich in den letzten sechs Jahren bei Berücksichtigung der Kapitalserhöhungen inkl. des Aufgeldes auf rund 217 Mark pro Kopf und Jahr der Belegschaft stellt.

Auf die angedeutete Weise verschwinden im Bergbau viele Millionen Mark Gewinne; die Rentabilität und die Ausnutzung der Arbeiter erscheint geringer, als sie in Tatsache ist. Die Dividendenstatistiken haben für Ermittelung des Ausnutzungsgrades einen nur sehr bedingten Meßwert.

Ein Griff in die Tasche — der Konsumenten.

Der „K. Ztg." wird aus Essen gemeldet, daß man in Zechenkreisen bei der Festsetzung der Kokspreise für das neue Abschlußjahr auf eine Preiserhöhung von etwa 1,50 M. für die Tonne rechne. Natürlich handelt es sich um einen Versuchsballon. Man wird nachher aus zarter Rücksicht auf die Konsumenten und aus übertriebener Bescheidenheit — vielleicht etwas ablassen und sich mit einem Aufschlag von 1 M. oder 1,25 M. begnügen. Aber selbst dann noch machen die Koksproduzenten bei einer Jahresproduktion von zirka 20 Millionen Tonnen einen Fischzug, der den Konsumenten 20 bis 25 Millionen Mark kostet. Bei solcher Bescheidenheit hat man natürlich ein Anrecht darauf, über die Begehrlichkeit der Arbeiter — im Interesse der nationalen Arbeit sich zu entrüsten.

Eine kleine „Lohnsteigerung". Die Aktionäre der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg - Maschinenbau-G. Nürnberg, die im vorigen Jahre „nur" 13½ Proz. erhielten, bekommen diesmal 17½ Proz. Dividende.

Und noch ein Vorbereitungsdienst. Die „Köln. Ztg." macht auch Stimmung für weitere Kohlenpreiserhöhung. Das Blatt meldet, der Ruhrkohlenversand sei infolge von Wagenmangel und ungünstiger Wasserstandsverhältnisse im Oktober abermals gegen den Vormonat zurückgeblieben. Das soll eine Begründung sein für die bestimmt zu erwartenden Preisaufschläge für das erste Halbjahr 1907. Also weil jetzt Wagenmangel konstatiert wird und der Rhein wenig Wasser hat, müssen für das nächste Jahr die Preise erhöht werden. Wie's gerade steht! Verminderter Versand und Steigerung der Produktion bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit. Alles sind Gründe, die Preise zu erhöhen.

Neue Geschäftsbedingungen für den Verkehr der Gewerbetreibenden der Spiritusofen-, Fruchtsaft- und Essigbranche hat die Handelskammer entworfen und beabsichtigt, falls die Vorschläge seitens der Beteiligten regelmäßig Anwendung finden, diese nach Jahresfrist als Handelsgebrauch im Sinne des § 346 des Handelsgesetzbuches zu veröffentlichen. Die Interessenten werden daher ersucht, den Geschäftsbedingungen die weiteste Verbreitung zu geben und sie ihren Abschlüssen regelmäßig zugrunde zu legen.

Königsborn, Aktiengesellschaft für Bergbau, Salinen und Soolbadbetrieb. Der Ueberschuß für die drei ersten Quartale 1906 stellt sich auf 2 184 766 M. gegen 971 200 M. für die gleiche Zeit des Vorjahres.

Gerichts-Zeitung.

Plakatverbot.

Gegen §§ 9 und 41 altpreußischen Preßgesetzes von 1851 sollten sich eine Anzahl Friseurmeister vergangen haben. Sie hatten nämlich während des letzten Barbiergehilfenstreiks Plakate in ihren Schaufenstern angebracht mit der Inschrift: „Die Forderungen der Friseurgehilfen sind hier anerkannt." Unterzeichnet war das Plakat von der Organisation. Merkwürdigerweise nahm die Polizei Anstoß an diesen „ordnungswidrigen" Dingern und beglückte die Meister mit Strafmandaten in der Höhe von je zehn Mark, weil die Plakate angeblich anderen als gewerblichen Zwecken dienen sollten. Natürlich legten die Meister Berufung gegen diese Polizeiverfügungen ein. Sie ließen durch ihren Verteidiger Dr. Heinemann nachweisen, daß sie so gerade durch das Plakat Kunden haben anziehen wollen. Wie hätten sie es sonst dem Publikum anders wirksam bekannt machen sollen, daß sie die Forderungen der Gehilfen anerkannt hatten als durch jene Plakate. Mithin hätten die Plakate lediglich den Zweck gehabt, eine Nachricht „betreffend den gewerblichen Verkehr" publik zu machen. Das Gericht stellte sich ebenfalls auf diesen Standpunkt und sprach sämtliche „Preßsünder" frei.

Ein Pankower Gemeindesekretär vor Gericht.

Wegen fortgesetzten Betruges und schwerer Urkundenfälschung hatte sich der frühere Gemeindesekretär Karl Schulze aus Pankow gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der im Jahre 1872 geborene Angeklagte trat im Jahre 1896 als Bureauassistent in den Dienst der Gemeinde Pankow. Da er sich gut führte, wurde er nach Jahresfrist als Gemeindesekretär fest angestellt. Zu seinen dienstlichen Obliegenheiten gehörte in erster Linie die Bearbeitung der Armensachen innerhalb der Gemeinde. Hierbei hatte der Angeklagte sogenannte Zahlungsanweisungen für die zu Unterstützenden auszuschreiben. Diese Schriftstücke wurden dann dem Gemeindeschöffen Professor Dr. Bußler vorgelegt, der Vorsitzender der Armenkommission war. Professor B. schenkte dem Angeklagten wiederum so großes Vertrauen, daß er es gar nicht für erforderlich hielt, die Tätigkeit des Schulze einer besonders eingehenden Kontrolle zu unterziehen. Die von dem Armenvorsteher beglaubigten Zahlungsanweisungen wurden dann den Unterstützungsbedürftigen ausgehändigt, die sich das Geld bei der Gemeindekasse abholten. Wie die Anklage behauptet, soll nun der Angeklagte das ihm allseitig entgegen gebrachte Vertrauen zu den raffiniertesten Fälschungen und Betrügereien zum Schaden der Gemeindekasse mißbraucht haben. Im August 1902 blieb der Angeklagte plötzlich vom Dienst fern. Erst nach wiederholter Aufforderung reichte er ein Attest ein, nach welchem er infolge unmäßigen Alkoholgenusses nervenleidend geworden war. In der Zeit seiner Abwesenheit entdeckte man nun allerlei Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung des Angeklagten. Es wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, welches genügend Gründe ergab, die Staatsanwaltschaft mit den weiteren Ermittelungen zu betrauen. Im letzten Moment deckte der Vater des S. noch die durch die Schuld des Angeklagten herbeigeführten Mankos. Der Gemeindevorstand dehnte das Vertrauen zu dem Angeschuldigten dann auch noch so weit aus, daß von Erstattung einer Anzeige Abstand genommen wurde. Erst im August 1903 ergab eine genaue Revision der Bücher, daß sich S. ganz grober Vergehen und Verbrechen schuldig gemacht hatte. Als er nunmehr zur Verantwortung gezogen werden sollte, war er spurlos verschwunden. Erst nach einem hinter ihm erlassenen Steckbrief, konnte sein Aufenthaltsort eruiert werden. Er wurde verhaftet, später aber nach Stellung einer Kaution durch den Vater wieder auf freien Fuß gesetzt. Eingehende Ermittelungen ergaben schließlich folgende Anklagefälle. In den Gemeindeakten wurden Zahlungsanweisungen mit der quittierenden Unterschrift eines gewissen Korbstein in Breslau vorgefunden, der angeblich von der Gemeinde Pankow insgesamt 640 M. Unterstützungsgelder für einen gewissen Paul Grosser erhalten haben sollte. Es wurde festgestellt, daß jener Korbstein niemals Unterstützungsgelder bekommen hatte und die Unterschriften gefälscht waren. — In einem anderen Falle hatte die Gemeinde Pankow Unterstützungsgelder für ein Kind Martha Irrgang zu zahlen. Trotzdem die Unterhaltungspflicht der Gemeinde schon in dem Jahre 1898 durch den Tod des Kindes erloschen war, wurden in den Gemeindeakten Zahlungsanweisungen über den Betrag von 490 M. vorgefunden, die bis zum Jahre 1902 datiert waren. In einem anderen Falle hatte ein Pankower Einwohner namens Moser für seine geistesschwache Tochter um eine Beihilfe petitioniert. Das Gesuch wurde von Professor Bußler abschlägig beschieden. Trotzdem fanden sich später fünf Zahlungsanweisungen im Gesamtbetrage von etwa 350 M. vor, welche die Unterschrift des Moser und seiner Ehefrau trugen. Die Anklagebehörde geht in diesen wie auch in den übrigen Fällen davon aus, daß der Angeklagte die Unterschriften gefälscht hat und sich dann später entweder selbst oder durch eine Mittelsperson das Geld an der Gemeindekasse hat auszahlen lassen. Wie der als Schreibsachverständiger geladene Obersekretär Drogolin vor Gericht begutachtete, handele es sich in allen Fällen objektiv um Fälschungen, die durch Pausen angefertigt worden sind, auch bestehe eine gewisse Aehnlichkeit mit der Handschrift des Angeklagten. — Staatsanwalt Dr. Honemann hielt den Angeschuldigten durch das Ergebnis der mehrstündigen Beweisaufnahme für völlig überführt und beantragte, da es sich um überaus schwerwiegende Verfehlungen handele, zwei Jahre Zuchthaus. Rechtsanwalt Arndt plädierte auf Zubilligung mildernder Umstände mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, falls der Gerichtshof nicht auf Grund eines non liquet zu einer Freisprechung kommen würde. Die Strafkammer hielt den Angeschuldigten völlig überführt und erkannte unter Zubilligung mildernder Umstände auf ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Arzt, Automobil und Dorfbürgermeister. Wegen Mißbrauchs seines Amtes durch eine versuchte Nötigung ist am 8. Juni vom Landgerichte Wiesbaden der Bürgermeister des Dörfchens Lemmethal, Landwirt Heinrich Zeiger, zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Er hatte eine Verordnung erlassen, wonach den Automobilen die Benutzung der Dorfstraße verboten war. Durch dieses Verbot fühlte sich der Arzt Dr. Sch., der seine Wege im Automobil zu machen pflegt, in der Ausübung seiner Berufspflicht behindert. Er beschwerte sich beim Landrat des Untertaunuskreises und erreichte, daß die Verordnung gemildert wurde. Dr. Sch. hatte die ärztliche Behandlung des Angeklagten und anderer Dorfbewohner wegen der Differenzen mit jenem aufgegeben. Der Angeklagte wollte ihn nun zur Wiederaufnahme der ärztlichen Tätigkeit bewegen und schrieb ihm einen Brief. Er sagte darin, daß er nun die Verordnung abgeändert habe, aber sofort wieder die alte, schärfere Fassung wiederherstellen könne, wenn Dr. Sch. sich weigere, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Das Landgericht hat in dieser Drohung einen groben Mißbrauch der Amtsgewalt erblickt, denn der Angeklagte hat in Aussicht gestellt, seine Amtsgewalt anzuwenden, nicht aus Gründen der allgemeinen Wohlfahrt, sondern um persönliche Vorteile zu erreichen. — In seiner Revision machte der Angeklagte geltend, er sei nur ein einfacher Landmann und kenne die Gesetze nicht so genau. Er betonte ferner, daß er innerhalb seiner Befugnisse gehandelt haben würde, wenn er die ältere Verordnung wiederhergestellt haben würde. — Das Reichsgericht erkannte aber am Montag auf Verwerfung der Revision.

Gerichtlich beglaubigter Innungsmeister-Terrorismus.

Vier Berliner Schlossergesellen standen in der vorigen Woche vor den Gerichtsschranken in Moabit, um sich wegen Beleidigung und Bedrohung Arbeitswilliger in Verbindung mit § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Sie sollen diese Schreckenstat während des allgemeinen Schlosserstreiks im letzten Frühjahr begangen haben. Nun bestritten die Angeklagten jedoch nicht nur sehr entschieden, sich gegen die Arbeitswilligen vergangen zu haben, sondern sie ließen auch durch ihren Verteidiger Dr. Heinemann den Beweis erbringen, daß hier der § 153 schon deshalb nicht in Anwendung gebracht werden könne, weil sie selbst keinerlei Lohnforderungen gestellt hatten, sondern unter recht eigentümlichen Umständen entlassen worden waren. Der Großschlossermeister Ernst Franke in der Admiralstraße, bei dem die Angeklagten beschäftigt gewesen waren, sagte als Zeuge darüber ungefähr folgendes aus: Er habe damals laut Anschlag in der Werkstatt bekannt gegeben, daß wenn bis zu einem bestimmten Tage der Streik bei der Firma Blume-Charlottenburg nicht beendet sei, er dann seine sämtlichen Gesellen entlassen werde. Bei ihm selbst hätten die Arbeiter keine Forderungen gestellt und auch nicht mit Streik gedroht. Als der Streik bei Blume aber trotzdem fortdauerte, habe er seine Leute sämtlich entlassen mit dem Bemerken, daß er nur diejenigen wieder einstellen wolle, die einen Revers unterschreiben würden, wonach sie sich verpflichteten, keiner Organisation anzugehören resp. aus derselben auszutreten. **Ein derartiges Vorgehen sei ihm auferlegt worden auf Grund eines Innungsbeschlusses, der besagte, daß sämtliche Berliner Schlossermeister ihren Arbeitern jene Bedingungen stellen mußten,** um den Streik bei der Firma Blume mit einer Aussperrung zu beantworten. Da die Schlossergesellen auf diese Bedingungen nicht eingingen, sei ihre Entlassung erfolgt. Trotz dieser gewiß einwandsfreien Zeugenaussage des Herrn Franke beantragte der Staatsanwalt gegen jeden der Angeklagten eine Woche Haft. Das Gericht hielt es nicht für nötig, noch andere Zeugen wie Herrn Franke zu vernehmen. Es folgte vielmehr den Ausführungen des Verteidigers, indem es anerkannte, daß hier ein Vergehen gegen § 153 überhaupt nicht vorliege. Die Arbeiter hätten gar keine Forderungen behufs Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen gestellt, sondern sich lediglich darauf beschränkt, einen unberechtigten Eingriff der Arbeitgeber in das Grundrecht der Arbeiter, das Koalitionsrecht, abzuwehren. Das Verlangen der Arbeitgeber, daß die Arbeiter durch Unterschrift jenes Reverses zum Verzicht auf ihre gesetzlich statthafte Organisationszugehörigkeit gezwungen werden sollten, qualifiziere sich dagegen als ein Verstoß gegen die guten Sitten. Das Urteil lautete daher auf Freisprechung. — Das Verlangen der Reversunterschrift charakterisiert sich über einen Verstoß gegen die guten Sitten hinaus als **Erpressungsversuch.** — Wird der Staatsanwalt nunmehr gegen die Innungsmeister, die nach der Frankeschen Zeugenaussage erwiesenermaßen erpresserischen Terrorismus geübt haben, Anklage erheben?

Ein „christlicher" Verleumder

stand jüngst in der Person des Schlächtergesellen Otto Brednow vor der Berufungsstrafkammer des Landgerichts I. Der gute Mann war am 7. Juli d. J. vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er den Berliner Filialleiter Paul Hensel vom Verband der Schlächtergesellen in der gröblichsten Weise beleidigt und verleumdet hatte. Anläßlich der Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Schlächter war auch von den „gut christlichen, meistertreuen" Gesellen eine rührige Agitation entfaltet worden, um den Verbandsgesellen das Wasser abzugraben. Nach den Feststellungen des Schöffengerichts hatte damals der Führer dieser „Christlichen", der Angeklagte Brednow, etwa acht Tage vor der Wahl in einer Vorbesprechung mit Bezug auf Hensel geäußert: „Dieser sei ein schöner Vorsitzender, ein Spitzbube; dem seien die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen; er habe eine Oberschale „verschoben" und dafür einem anderen Gesellen ein Schweigegeld gegeben." Am Tage der Wahl hat er ferner gesagt, Hensel habe bereits im Zuchthause gesessen. Vor Gericht wurde nun auf die Klage des Genossen Hensel hin festgestellt, daß jene ehrenrührigen Behauptungen des Brednow **total unwahr,** teils auf falschen Mitteilungen von anderen Personen beruhend, teils **direkt erlogen** waren, um den unbequemen Vorsitzenden der Schlächtergesellenorganisation in den Augen der Gesellen bewußt und mit Absicht herabzuwürdigen. Gegen das oben erwähnte Urteil des Schöffengerichts hatte der „Bruder in Christo" Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht tat ihm denn auch den Gefallen und setzte die Strafe auf 60 Mark Geldstrafe herab. Trotz der vielen Entlastungszeugen, die diesmal von dem Angeklagten aufgeboten worden waren, die aber meistens nur bekundeten, daß sie „nichts gehört" hätten, hielt das Gericht aber auch hier die Tatsache der bewußten und wider besseres Wissen ausgesprochenen Beleidigung und Verleumdung für erwiesen. Nur billigte es dem Angeklagten wegen der Erregung während des Wahlkampfes mildernde Umstände zu. — Die Strafmilde ändert an der Tat des christlichen Verleumders nicht einen Deut. Die Herabsetzung der Strafe anerkennt vielmehr, daß zu den Waffen der Gegner der Sozialdemokratie die Verleumdung gehört; uns scheint, die so anerkannte Gewohnheit der „Ordnungsleute", zu verleumden, hätte einen Grund zur Milderung der Strafe nur dann bieten können, wenn man der Ansicht ist, der Angeklagte sei durch die gewohnheitsmäßige, gewissenlose Hetze der Gegner der Sozialdemokratie zu seiner Verleumdung verführt worden.

Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek. Nr. 4831—4836. **Friedrich Albert Lange.** Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart. Herausgegeben und mit einem biographischen Vorwort versehen von Dr. O. A. Ellissen. Zweites Buch: Geschichte des Materialismus seit Kant. Geb. 1,75 M. — 4837. **Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem.** Die Fürstäbtissin. — Der Spiegel der Lucrezia Borgia. Zwei Erzählungen. 20 Pf. — 4838. **Gustav Raeder.** Flick und Flock. Zauberposse mit Gesängen und Tänzen in vier Aufzügen und fünf Bildern. Durchgesehen und herausgegeben von Karl Friedrich Wittmann. 20 Pf. — 4839. **Ferdinand Bonn.** Sherlock Holmes. Detektivkomödie in vier Aufzügen. Frei nach Motiven aus Conan Doyles Romanserie. Einrichtung des Berliner Theaters. 20 Pf. — 4840. **Karl Bleibtreu.** Bei Jena und andre Novellen. Geb. 60 Pf. Sämtlich erschienen bei Ph. Reclam, Leipzig.

Sozialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Sonntag, den 4. November, verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied

Alfred Blankenstein.

1. Abteilung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

245/18 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin

Berta Teichmann

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. November, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Charlottenburg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

159/15 **Die Ortsverwaltung**

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes

Richard Spieß

sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Wahlvereins, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Drechslerkasse und des Männer-Gesangvereins „Namenlos" meinen herzlichsten Dank. 28792

Im Namen der Hinterbliebenen:
Die trauernde Witwe **Martha Spieß.**

Zur silbernen Hochzeit!
Unserem Genossen und Genossin
Wilhelm Fleischhammel
und Frau 26065
Reinickendorferstr. 44
die herzlichste Gratulation!

Mögen sie uns noch recht lange erhalten bleiben und stets in unserer Mitte die Alten bleiben.

Das wünschen von ganzem Herzen die Familie **Heinrich Müncheberg,** Drontheimerstr. 26.

Dem Genossen
Fleischhammel nebst Frau
ein donnerndes 28809
Hoch!
zu seinem 25jährigen
Ehe-Jubiläum!
Die Genossen des 694. Bezirks.

Verein Berliner Hausdiener
gegründet 1883.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Kollege

Emil Seiffert

(Holzmarktstr. 13)
verstorben ist. 26015

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Städtischen Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Um rege Beteiligung wird gebeten. **Der Vorstand.**

Steppdecken
billigst direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72,
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel,** Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Wählen Sie zwischen

Spiritus- u. Petroleum-Beleuchtung,

so beachten Sie, daß

Petroleum	Spiritus
die Bassins u. Lampen durch Schwitzen stets unrein hält,	vollkommen reinlich ist,
tägliches Reinigen des Zylinders erfordert,	etwa alle 4 Wochen eine Reinigung des Zylinders erfordert,
tägliches sorgfältiges Putzen des Dochtes verlangt,	kein tägliches Putzen, sondern nur alle 3 bis 4 Monate einen leicht zu bewirkenden Ersatz der Dochte verlangt,
blakt und riecht,	vollkommen blak- und geruchfrei ist,
stark belästigende Hitze ausstrahlt,	durch Wärmeausstrahlung nicht lästig wird,
ein mattes gelbes Licht gibt,	schönes, weißstrahlendes, dem Gasglühlicht ebenbürtiges Licht gibt,
gegen Wind und Luftzug leicht empfindlich ist,	selbst bei starkem Winde und Luftzug nicht erlischt,
nach dem Anzünden ein wiederholtes Regulieren der Flamme erfordert,	gleichmäßig ohne jegliche Regulierung brennt,
pro 10 Hefnerkerzen und Stunde ⁵/₁₀ Pf. kostet.	pro 10 Hefnerkerzen und Stunde ⁵/₁₀ Pf. kostet.

Spiritus-Glühlicht-Lampen u. -Brenner

für **Innen- und Außen-Beleuchtung** in nur erprobten und bewährten Konstruktionen sind erhältlich in den **einschlägigen Geschäften** oder in unserem

Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal:
BERLIN NW. 7, Friedrichstraße 90, gegenüber dem Central-Hotel.

Preisermäßigung für Brennspiritus Marke „Herold"
in Patentflaschen mit Original-Verschluß.

Original-Literflasche: ca. **90 Vol.** %, **28** Pf. (bisher 30 Pf.) / ca. **95 Vol.** %, **30** Pf. (bisher 33 Pf.) } exkl. Glas.

Ueberall erhältlich! 2803L*

Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., BERLIN W. 8.

Besichtigung ohne Kaufzwang! | Illustrierte Preisliste kostenfrei!

Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.

Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin S.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefere elegante Herren-Garderobe nach Maß. Billigste Preise.
J. Tomporowski, Schneidermeister.
Berlin, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Nähe Belleallianceplatz.

Gegründet 1864.

Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 II
(Ordonnanzhaus).
Einzel-Verkauf
wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Pelz-Stolas Muffen, Pelzhüte,
schick garniert, federleicht, zu fabelhaft billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 165
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zahn-Klinik. Preise billigste. Bequeme Teilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.

Vorzügliche Sumatra-Decken zu billigsten Preisen offeriert
S. Hammerstein-Filiale,
Vertr. Gustav Boy,
Berlin N., Brunnenstraße **183.**

Die Kleidung der Säuglinge bildet schon lange vor deren Geburt ein wichtiges Studium für die jungen Mütter. Viel wichtiger ist es jedoch, daß sich dieselben mit der Nahrung beschäftigen, welche die Kinder bekommen müssen, falls die Mutter nicht selbst nähren kann. Die rationellste Nahrung bildet in diesem Falle Kufekes Kindermehl mit oder ohne Zusatz von Kuhmilch. Kufekes Kindermehl, welches selbst leicht verdaulich ist und den Kindern vom ersten Monate an gegeben werden kann, macht die dem Alter des Kindes entsprechend verdünnte Milch durch Herbeiführung einer feinflockigen Gerinnung derselben im Magen des Kindes leichter verdaulich, regelt den Stuhlgang und erhöht die Nährkraft der Milch durch seinen reichen Gehalt an Eiweiß- und Mineralstoffen. Es bietet auch einen gewissen Schutz gegen Erkrankungen des Magendarmkanals.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 20058*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig, Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. 19368

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldsachen spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 19628*

Gardinen, Portieren, Reste 1 — 2 — 3 Fenster, enorm billig. Gardinenhaus Jerusalemerstraße 12. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18429

Dringend sollen aufgabehalber sämtliche Möbel von fünf Zimmern, auch Küchensachen, billig verkauft werden, darunter geschnitztes Büfett, Ankleideschrank, Satin-Schlafzimmer, Stand Betten 20 Mark, Stühle, Tische, Sofas, Waschtoiletten, Bilder, Gardinen, Steppdecken, Verschiedenes. Dresdenerstraße 38, vorn 11 links. *

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Zeichings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Fleischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 25885*

Restaurant billig mit Kohlensäure-Niederlage, Zahlstelle vom 4. Wahlkreis. Erfragen Greifswalderstraße 46, Zigarrenladen. †80*

Teppiche, Rückseite angeleimt, unter Fabrikpreis. Stoehr, Münzstraße 17. 19638*

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Nußbett 27, Schlafsofa 38, Nußbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 174/2*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstraße 1—6, Barschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Maurer! Kennen Sie Schlesingers Struckanzüge? Joppen, Hosen, Westen. Eisenfest. Viel haltbarer als Englischleder. Alleinverkauf: Turmstraße 58. 19668*

Strickmaschinen, günstige Bedingungen. Homburger, Spandauerbrücke 2. 17248*

Ringschiffchen (Singer) 38,00, Langschiffchen 25,00, fast neu, wegen Schneidereiaufgabe Merkmann, Große Frankfurterstraße 20. †30

Singerbobbin Schneidermaschine 45,00, Langschiffchen 20,00, wie neu, sofort Tilsiterstraße 16, Milchgeschäft.

Schleunigst hocheleganter Plüschsofa, Kleiderschrank, Spiegelvertiko, Spiegel mit Spind, Bettstellen, Matratzen, Spottpreis bis Donnerstag. Müller, Gubenerstraße 6, Hof III.

Nähmaschinen! Vergüte bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †30*

Uebergardinen, Teppich, Stores, Betten, Steppdecken, Gaskronen, Gardinen billig. Hoffmann, Naunynstraße 52. 26090

Eckrestauration sofort zu verkaufen. Zu erfragen Böhmischestraße 48, Milchladen. †114*

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft Gerhardy, Brangelstraße 22. †8*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 9275*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kneisebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †121*

Pfandleihe. Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2 [19088*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Alteisen, Metallbruch kauft höchstzahlend Riedel, Markusstraße 43. *

Zeichenunterricht für Maurer und Zimmerer. Ausbildung von Baupolieren. R. Buchholz, Architekt und Baumeister. Rixdorf, Welserstraße 15. Anmeldungen 7—9, Sonntags 9—1. 25329*

Waschanstalt. Den Genossen empfehle bei Bedarf meine Wasch- und Plättanstalt. Wäsche wird sauber und chlorfrei gewaschen, im Freien getrocknet. Karl Koch, Köpenick, Grünauerstraße 21. Abholung Sonnabends. 19443*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 18729

Saal, 100 Personen, Sonnabends frei. Brauereiausschank Büllner, Bankow, Schönhauser Allee. †69*

Masseure für sämtliche Krankenkassen. Rummelsburg, Goethestraße 10a. 25385*

Ehrenerklärung. Die beleidigenden Aeußerungen über Herrn Conrad nehme bedauernd zurück. Frau Hillei, Gubenerstraße 30. †30

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Russisch gegen Deutsch austauschen. Kleine Hamburgerstraße 24—25 III. Sprechstunde 2—6 nachmittags.

Küchenmöbel, andere Malerarbeiten streicht in allen Preislagen. Mathes, Maler, Lychenerstraße 9.

Papiere auf den Namen Karl Panzer verloren; abzugeben bei Müller, Rosinenstraße 3, Charlottenburg. †125

Umsonst! Zementfüllungen, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 269/11*

Vermietungen.

Schlosserkeller, langjährige Brotstelle, sofort vermiethar. Wirt, Holzmarktstraße 9. 26005*

Wohnungen.

Stube und Küche, Seitenflügel 1 Treppe, sofort zu vermieten, Schönleinstraße 6. †108*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet sofort Frau Jacoby, Kolbergerstraße 26 III. 25108

Leeres Vorderzimmer Ziethenstraße 19, vorn III, Schulz. †110

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn. Witwe Gretzling, Straßmannstr. 29.

Möblierte Schlafstelle Schönleinstraße 12, vorn I. †108

Schlafstelle für anständigen Herrn oder Fräulein, Danzigerstraße. Auskunft Kodlandstraße 10 II, Münch.

Schlafstelle, anständige Dame, vermietet Reicke, Borhagenerstraße 10, Seitenflügel III. 177/2

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Glasvergolderin (perfekt) wünscht Stellung. Tausch, Straßmannstraße 26. †120

Bildner Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 14688

Stellenangebote.

Tüchtige Zusammensetzer verlangt Piano-Mechanikfabrik, Reichenbergerstraße 63a. 176/15

Gürtlerlehrling. Hohes Kostgeld, Bronzewaren, Gipsstraße 15. 20108

Farbigmacher verlangt. Rixdorf, Prinz Handjerystraße 73. †114

Kunstschlosser und Schmiede auf Bronzekronen. O. Nachtigall, Hollmannstraße 32. 26106

Einrichtee verlangt Schraubenfabrik Rixdorf, Schönewelderstraße 11.

Sattler für dauernd gesucht. Mörtelwerke, Köpenickerstraße 8.

Bilderrahmenmacher verlangt Köpenickerstraße 21. †8

Leistenfurnierer verlangt Köpenickerstraße 21. †8

Versilberer und Versilberinnen verlangt Max Leonhard, Goldleistenfabrik, Schlesischestraße 31. †8

Stimmer auf Accordeons verlangt Kaibe, Harmonikafabrik, Gipsstraße 13.

Tüchtiger nüchterner Schlosser, Arbeiten nach Zeichnung. Adresse: Postamt Görlitzerbahn, SO. 100.

Putzfederarbeiterinnen finden dauernde, lohnende Beschäftigung bei S. Mosbacher, Berlin, Wallstraße 17/18, Lichtenberg, Hagenstraße 49, Friedrichshagen, Kurzestraße 15. 26035*

Gehilfe Schraubendreherinnen verlangt Schraubenfabrik Rixdorf, Schönewelderstraße 11. †114*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 177/3*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. *

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Charlottenburg, Kantstraße 34. (Tour: Wallstraße.) 176/19*

Schirmnäherin wird verlangt auf Reparaturen und neu, liefern wie will. Rutkowski, Admiralstraße 34. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Oekonom
gesucht!

Für **einen größeren Wirtschaftsbetrieb, Verkehrslokal der Partei und Gewerkschaften,** in einer

rheinischen Stadt

in der **Nähe von Köln wird bis zum 1. Dezember ein tüchtiger Oekonom** gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 15. November unter **V. 18** an die **Expedition der „Rheinischen Zeitung", Köln,** Ursulaplatz 6, zu senden. [269/9*

Offerten ohne Gehaltsansprüche werden nicht berücksichtigt.

Bildhauer.

Bildhauer, gut bewandert in Marmorfigurarbeiten, findet dauernde Stellung. Schriftliches Ansuchen wird gestellt an **Mekaniska Stenhuggeriet, Stockholm.** 212/17

Isoliermonteure.

Sauber und flott arbeitende Isoliermonteure finden sofort dauernde Beschäftigung.

Gesellschaft für Wärme- und Kälteschutz m. b. H., Leuben bei Dresden.

28352*

Deutsch. Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin).

Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.

In der Firma **E. Bartels,** Buchdruckerei, **Weißensee,** Generalstraße 8, hat das Gesamtpersonal wegen glatter Ablehnung des Tarifs einmütig die Arbeit niedergelegt.

Achtung! Präger.

Die Firmen **M. Beck,** Adalbertstraße 58 und **A. Radicke,** Fruchtstraße 4, sind für Präger und Prägerinnen gesperrt.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

26/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Kürschner!

Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma

Joka u. Co.

die **Sperre** verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten.

103/2* **Der Vorstand.**

Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Werkstelle streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der

Gips- u. Zementbranche.

Die Firma: Rabitzunternehmer **Gottlieb Schulz** ist wegen Nichtanerkennung der Organisation für sämtliche organisierte 148/3*

Rabitzputzer, Spanner und Träger gesperrt.

Die Bauten sind in **Rixdorf,** Bodestr. 14 und Innstraße, Ecke Donaustraße. — Wir ersuchen alle **Kollegen,** die Firma strengstens zu meiden.

Der Sektionsvorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter!

Wegen Maßregelung von 5 Kollegen sind die Bauten der **Lolat-Eisenbeton-Gesellschaft** und ihrer Unterakkordanten **O. Schille** und **J. Jüngers** bis auf weiteres gesperrt. 180/14*

Die Bauten sind **Kurfürstendamm 174, Neue Wilhelmstraße und Lankwitz, Pestalozzi-Stift.**

Kollegen! Lasse sich niemand täuschen. Keiner darf dort Arbeit nehmen.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Fr. Starker.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Boll & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zuzug ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Achtung!
Textilarbeiter!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der **Teppich-Fabrik M. Prozen u. Sohn** in Stralau bei Berlin befinden sich im Ausstand. Zuzug ist streng fernzuhalten. 197/10

Filiale Stralau-Rummelsburg.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen",

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Bülowstr. 53.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 2.
Gustav Vogel, Koppenstr. 63.

Nordosten:
L. Zucht, Rethelstr. 42.
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Wars, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Eisenstr. 41/42.
L. Dechaud, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
W. Reske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.